



PRESESPIEGEL

PAUSE IM RAF-PROZESS

Staatsanwaltschaft versucht, mit neuem Haftbefehl Freilassung von Monika Berberich zu verhindern.

Nach kurzer Verhandlung wurde gestern der Prozeß gegen die drei RAF-Gefangenen Monika Berberich (44), Angelika Goder (37) und Gabrielle Rollnick (37) wegen Widerstands gegen Justizbeamte im Moabiter Hochsicherheitstrakt auf Antrag der Verteidigung ausgesetzt. Nachdem bei der Durchsuchung der Kanzlei des Verteidigers Thomas Herzog und der Zellen der drei Angeklagten am 20. Januar zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden seien, so die Begründung des Gerichts, sei eine ordentliche Verteidigung nicht gewährleistet. Zurückgewiesen wurde jedoch der Antrag des Staatsanwalts, der mit der Forderung eines neuen Haftbefehls für Monika Berberich wegen Widerstands im Trakt zu verhindern suchte, daß die Gefangenen im kommenden März entlassen wird. Die drei Frauen, sitzen als einzige politischen Gefangenen immer noch im Hochsicherheitstrakt. Dort sollen sie der Staatsanwaltschaft zufolge im November '86 gegen die Durchleuchtung bei einer Sicherheitskontrolle Widerstand geleistet haben. Die Staatsanwaltschaft forderte den Erlass eines Haftbefehls für Monika Berberich - ihr Strafende steht am 18. März nach 18jähriger Haft unter schärfsten Bedingungen bevor -, weil zu befürchten sei, daß die Gefangene sich wieder "dem Untergrund zuwenden" und somit dem aktuellen Verfahren wegen Widerstands entziehen würde. Daß Monika Berberich sich nicht vom Gedankengut der RAF abgewendet habe, verdeutlichte der angeklagte Vorfall im Hochsicherheitstrakt. Das Gericht gab dem Antrag jedoch nicht statt.

(TAZ, 28.1.88)

SORGE UM SICHERHEIT AUF DER TAGUNG DES IWF IN BERLIN

Verfassungsschutz befürchtet Anschläge der Terrorszene

Zum "Sicherheitsrisiko" wird die IWF-Tagung, weil in ihr nach allen vorliegenden Erkenntnissen das linksextremistische Spektrum über die "Autonomen" bis zum engeren RAF-Umfeld "über ideologische Gegensätze hinweg zu einem gemeinsamen Nenner" gelangt seien.

RAF orientiert sich neu

Die "Rote Armee Fraktion" (RAF) befindet sich nach Auffassung Krügers gegenwärtig in einer Phase thematischer Neuorientierung. Zwar müßten Justiz und Polizei, Politik und Militär unverändert als "potentielle Ziele" terroristischer Anschläge gelten. Neu hinzu kämen jedoch der Bereich Hochtechnologie/Weltraumforschung sowie die "Achse Bonn-Paris", also Objekte der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet.

Kopfzerbrechen bereitet den Behörden die inzwischen "relativ lange Phase scheinbarer Inaktivität" der RAF. Krüger hält es für möglich, daß ihr harter Kern in "Ruheräume außerhalb der Bundesrepublik" abgetaucht ist, um neue Aktionen vorzubereiten. Bestimmte Hinweise deuteten aber auch auf einen intensiven "Analyse- und Diskussionsprozeß" innerhalb der Gruppe hin, in den auch wichtige Personen des Unterstützervereiches eingebunden seien. Dieser habe sich gegenüber den militanten Autonomen teilweise geöffnet. "Beide Lager sind im Dialog miteinander", sagte Krüger. Zu mehr als einer punktuellen Zusammenarbeit sei es bisher aber nicht gekommen.

(Die Welt, 23.1.88)

EICHLER IN STRENGER ISOLATIONSHAFT

Angehörige erfuhren erst durch die Medien vom Suizidversuch Eichlers

Eichler unterliege in der Haft strengster Isolation. Er dürfe an keinerlei Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen und verbringe täglich 23 Stunden in Einzelhaft. Die eine Stunde Hofgang, die ihm zugestanden worden sei, müsse er alleine "hinter einer Betonbrüstung" - abhalten. Selbst die Teilnahme an Gemeinschaftsduschen sei ihm verwehrt worden. Besuche müßten hinter Trennscheiben stattfinden und seine Post werde zensuriert. Darüberhinaus, so die Rechtsanwältin, sei Eichler "nächtlicher Schikanen" ausgesetzt. Besuchsansprüche der Verlobten seien bisher regelmäßig abgelehnt worden. Rechtsanwältin Verleih: "Weder die Bundesanwaltschaft noch das LKA-Hessen und auch nicht die Anstaltsleitung hielten es für notwendig, die Angehörigen bzw. den Verteidiger zu verständigen."

(TAZ, 1.2.88)

ROTE BRIGADEN PLANTEN ANGEBLICH NEUEN ANSCHLAG

Möglichkeit des Strafnachlasses vermindert.

Fosso wurde am Mittwoch voriger Woche in Rom in der Nähe der Wohnung von De Mita verhaftet als er aus einem Bus stieg. Er hatte einen Plan des Stadtteils dabei. Die Polizei hatte ihn schon einige Tage im Auge. Er hat sich sieben Jahre vor der Justiz versteckt.

Wahrscheinlich haben Fosso und seine Freunde mit ihrer geplanten Aktion eingreifen wollen in der Debatte die in Italien im Gange ist über eine mögliche Amnestie oder eine andere Form der Strafverminderung für die gefangenen linken und rechten Terroristen. Diese Debatte ist aus dem Gefängnis gestartet durch die Errichter der Roten Brigaden, Renato Curcio und Mario Moretti. Diese Letzteren finden, ohne ihre Vergangenheit zu verneinen, daß die Zeit des bewaffneten Kampfes vorbei ist.

(VK, 3.2.88)

ERMORDETE FRANZOSE IN BEIRUT WAR GEHEIMAGENT

Drei bewaffnete Männer haben gestern einen Franzosen erschossen in West-Beirut. Der Franzose, Jaques Meurant (27), präsentierte sich in Libanon als Geschäftsreisender, aber scheint ein Agent gewesen zu sein des Französischen Geheimdienstes (DGSE) und in Wirklichkeit Jaques Merrin zu heißen. Merrin wurden erschossen als die drei neben seinem roten BMW fuhren in einem Stadtteil, das von der Libanesischen Armee und den christlichen Milizen kontrolliert wird. Merrin versuchte noch seine Pistole zu ziehen um zurück zu schießen, aber dies gelang ihm nicht, und er starb einige Minuten später in einer Blutlache. Von den drei Tätern gibt es keine Spur. Laut den Libanesischen Polizei kehrte Merrin zurück von einer Verabredung mit einem Beamten des Libanesischen Sicherheitsdienstes. Merrin soll Sous-Chef gewesen sein der Libanesischen Abteilung des DGSE und Polizeikreise in Beirut sagten daß die Mörder das Opfer beraubt haben von einem Stoß Dokumenten.

(NRC, 3.2.88)

NATIONALE GP-BRIGADE ARBEITET SEIT GESTERN

Diese neue Polizeistelle - inoffiziell die "23. Brigade" - wird hauptsächlich den 22 lokalen Brigaden der Gerichtspolizei Hilfe leisten bei der Bekämpfung des Terrorismus, des Drogenhandels und der großen Kriminalität.

Die Errichtung einer national zuständigen GP-Einheit ist eine (späte) Folge der CCC-Anschläge und der Terroraktionen der sog. "Bende van Nijvel".

Die 23. Brigade ist untergebracht im 7. Stock des Nebengebäudes des Brüsseler Gerichtshofs.

Die nationale Brigade wird administrativ geleitet durch Kommissar-General Roger Moens und sein Adjunkt Vander Zwalmen. Für die Koordinierung mit den verschiedenen Staatsanwaltschaften wurden auf Gutachten der 5 Belgischen Staatsanwälte 2 national zuständige Magistraten ernannt: der Brüsseler erste Substitut-Rechtsanwalt André Vandoren und Substitut-Rechtsanwalt Patrick Duinlaeger.

In der Praxis wird die Einheit dem Befehl des Kommissars Fons van Rie (ex-GP Aalst) und Fabrot (ex-GP Bergen) unterstehen.

Die neue Polizeimacht besteht aus 56 Mannschaften. Innerhalb der Einheit befindet sich u.a. die Gruppe zur Beschattung und Observation (GSO), wie eine Antidrogenabteilung und die Gruppe für Repression des Terrorismusses.

(DS, 2.2.88)

RAF-ANSCHLAG BEI WELTBANK-TAGUNG?

Werner Kahl

Erkenntnisse deutscher und ausländischer Stellen bringen den "harten Kern" der RAF in Verbindung mit einer Kampagne gegen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, die vom 27. bis 29. September in West-Berlin eine gemeinsame Tagung abhalten. Es müsse davon ausgegangen werden, daß die Terroristen durch unverdächtige Unterstützer Großbanken und Repräsentanten internationaler Kreditinstitute in der Bundesrepublik sowie in anderen westeuropäischen Ländern auspähen lassen.

"Das RAF-Umfeld hat sich bereits zurückgemeldet", sagte der Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen, Günther Scheicher, der WELT. Das habe sich bei der Suche nach den bisher unbekannten Tätern eines Überfalls am 2. Februar auf das Institut Francais in Frankfurt herausgestellt. Mit dem Eindringen in das Institut wollte die Gruppe ihre Solidarität mit inhaftierten Mitgliedern der von der RAF umworbenen französischen Terrororganisation "Action Directe" (AD) demonstrieren.

Ein terroristisches Umfeld existiert außer im Rhein-Main-Gebiet an Rhein-Ruhr, Rhein-Neckar sowie in Hamburg (Hafenstraße) und in Berlin-Kreuzberg. In letzter Zeit gab es Hinweise, das RAF-Kommando habe auf der Iberischen Halbinsel, vermutlich in Spanien, eine neue Anschlagstrategie entwickelt.

(WELT, 18.2.88)

INGRID STROBL BLEIBT IN HAFT

Bundesanwaltschaft schafft sich Haftgrund: Weil die Kölnerin einsitzt, besteht erhöhter Fluchtanreiz.

Am 27. Januar hatte der BGH bereits beschlossen, auch Ulla Penselin in Haft zu halten. Die von Ingrid Strobls Anwältinnen Edith Lunnebach und Hartmut Wächter beantragte Haftprüfung hat bereits am 4. Februar stattgefunden. Anlässlich des Haftprüfungstermins hatte die Bundesanwaltschaft ihre beim Haftbefehl erhobenen Vorwürfe erneuert: Ingrid Strobl habe einen Wecker der Marke Emes Sonochrom gekauft und für den Anschlag aus das Verwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa in Köln zur Verfügung gestellt. Begründet wird die Haftfortdauer mit angeblicher Fluchtgefahr. Die Anwältinnen wandten ein, daß Ingrid Strobl am 20.12.87 nach Hause zurückgekehrt sei, obwohl sie durch die Berichterstattung der Medien über die Durchsuchungen informiert gewesen sei. Wenn sie hätte fliehen wollen, hätte sie sich anders verhalten. Bemerkenswert ist, daß anlässlich der Haftprüfung von der Bundesanwaltschaft präzisiert worden ist, wie die Identifizierung von KäuferInnen des Weckers der Marke Emes-Sonochrom vonstattengegangen sein soll. Oberstaatsanwalt Beese erklärte dazu: "Wir haben bei der Herstellung des Weckers mitgearbeitet. Wir haben eine Falle gestellt, indem wir den Wecker zum Verkauf geliefert und präpariert haben. Und siehe da, er wurde gekauft." Bekannt war bisher nur, daß die Wecker, von denen angeblich 40 Stück bei Anschlägen der RZ als Zeitzylinder verwendet worden sein sollen, Registriernummern hatten, und daß das Verkaufspersonal angewiesen worden war, KäuferInnen des Weckers zu notieren bzw. den Kauf mit Videokameras zu filmen.

(TAZ, 12.2.88)

ACTION DIRECTE...

Dennoch lautet das Urteil gegen Baudrillard und Benoit, unter anderem mit der Begründung, "Action Directe" eine Medienstruktur zur Verfügung gestellt zu haben, auf fünf Jahre Freiheitsentzug. Entgegen den ersten Ankündigungen ihres Anwalts erschienen die vier, seit 74 Tagen im Hungerstreik befindlichen Hauptangeklagten Rouillan, Menigon, Aubron und Cipriani am Freitag vor Gericht. Die außergewöhnliche Länge des Hungerstreiks begründet Ripert mit der Tatsache, daß seine Klienten zur Zeit des Gerichtsverfahrens Vitamine zum Erhalt des Geistesgegenwart genommen hätten.

(TAZ, 12.2.88)

IMPRESSUM International Institute Docom

REDAKTION Niederlande

Drs. Decoy, Administrator
Drs. W.J. de Jong, Redaktionsmitarbeiter
DOCOM/Groningen
Frankreich

Prof. Lancomte, L.T., Dienstchef französisch
DOCOM/Paris
Griechenland

Mr. P.Y. Anthradikki, Auslandsredaktor
DOCOM/Athene
England

Mr. P.K. Thompson, Inlandsredaktor
DOCOM/London

B.R.D.
Dr. A.P. Ranitz von Hebel, Inlandsredaktor
DOCOM/Hamburg

U.S.A.
Mr. G.R. Donovan, Wirtschaftsredaktor
Wellesley College

Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung Benson & Hedges/Amsterdam
ISSN 0166-2449

URTEIL IM PROZESS GEGEN DIE ACTION DIRECTE

Das Verdikt im Prozess gegen Action Directe, bei dem vorerst nur über den Straftatbestand des **kriminellen Zusammenschlusses** zu urteilen war, hat am Freitag kaum viel Überraschungen gebracht. Die Maximalstrafe lautete auf zehn Jahre Gefängnis. Mit der Höchststrafe belegt sahen sich somit die vier Anführer von Action Directe, die am 21. Februar letzten Jahres von der Polizei verhaftet worden waren. Es sind dies **Jean Marc Rouillan, Nathalie Menigon, Joelle Aubron und Georges Cipriani**. Seit dem 1. Dezember stehen sie im Hungerstreik. Sie mussten von Krankenpersonal und Gendarmen zur Urteilsverkündung in den Gerichtssaal getragen werden.

Der Hungerstreik, der sie an den Rand der Lebensgefahr gebracht zu haben scheint, stieß bisher nicht auf das geringste Echo in Frankreich. Gleichfalls mit der Höchststrafe belegt wurden **Régis Schleicher und Claude Halfen**.

Auch der Italiener **Vincenzo Spano** wurde gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das gleiche Verdikt traf den flüchtigen Algerier **Mohand Hamami**.

In zwei Fällen folgte das Gericht nicht dem Antrag auf Zuteilung der Höchststrafe. **Héllyette Bess** kam mit acht Jahren Gefängnis davon.

Claude Halfens Bruder **Nicolas** erhielt mit sechs Jahren Gefängnis sogar vier Jahre weniger, als die Staatsanwaltschaft beantragt hatte.

Jean Asselmeyer, der jede Zugehörigkeit zu Action Directe abstreift, wurde mit sieben statt acht Jahren Gefängnis bestraft. Genau gleich erging es dem Italiener **Salvatore Nicotola** sowie **Bruno Baudrillard**, während zwei ebenfalls schon seit Jahren in Untersuchungshaft gehaltene weibliche Mitangeklagte, **Dominique Poirré** und **Annelise Benoit** mit fünf statt acht Jahren davonkamen.

Andererseits kamen fünf schon vor einiger Zeit aus der Untersuchungshaft entlassene Angeklagte, denen im Grunde zur Hauptsache "logistische" Unterstützung für die Terroristen zur Last gelegt worden war, teilweise besser weg, als man erwartet hatte. Statt zwei Jahren Gefängnis erhielten die Journalistin **Paula Abadi** und der Schriftsteller **Daniel Franck** 18 Monate Gefängnis bedingt. Die aus Deutschland gebürtige Rechtsanwältin **Charlotte Granier** und ihr Nichte **Sandrine Guilbert**, gegen die je ein Jahr Gefängnis beantragt worden war, wurden sogar freigesprochen, während **Frédérique Germain**, eine "reue" Mittäterin der Terroristen, die zumindest an einem Banküberfall beteiligt gewesen war, im Austausch gegen ihre Mithilfe bei den Ermittlungen von einer Strafe dispensiert wurde, wie es die Staatsanwaltschaft beantragt hatte. Das Gerichtsverfahren gegen Action Directe hatte am 11. Januar begonnen. Die Hauptverhandlung nahm insgesamt neun Tage in Anspruch.

(Neue Züricher Zeitung, 14./15.2.88)

PLÄNE FÜR ATTENTATE IN BONN AUFGEDECKT

Schußwechsel in Köln führt auf Spur von Terrorgruppe

Ermittlungen zum Tod des angeblichen Studenten **Armin Victor Wawroschek** beim Schußwechsel mit Kölner Polizeibeamten am 6. Februar nach einem Geldraub haben die Sicherheitsbehörden auf die Spur mutmaßlicher Anschläge und Attentatspläne in der Bundeshauptstadt geführt.

Die Tatortgruppe des Bundeskriminalamtes übernahm die Spurensicherung in der Bonner Dachgeschosßwohnung des Getöteten in der Eifelstraße 36. Dort befanden sich vier Faustfeuerwaffen, darunter Pistolen des Kalibers 7.65 und neun Millimeter nebst Munition, ferner Materialien zur Herstellung und zum Zünden von Bomben sowie ein Nachtsichtgerät.

Unter linksextremistischen Schriften war auch das Original einer Selbstbezeichnung ("Bekennerschriften") bisher anonymen Täter zu mehreren Brandanschlägen mit Millionenschäden. Ungeklärt ist bisher, ob der 26jährige an den Anschlägen gegen Straßenbauunternehmen am 5. Dezember 1987 in Köln-Weiden und am 14. Januar dieses Jahres in Hilzingen bei Konstanz beteiligt gewesen war.

(WELT, 12.2.88)

ZUFÄLLIG EINEN MILITANTEN ERSCHOSSEN?

Ein 26jähriger wurde nach einem Tankstellenraub von der Polizei erschossen/ In seiner Wohnung wurde ein **Bekennerschriften** zu einem Brandanschlag gefunden/ Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf eine Straftat nach Par. 129a

Bei dem Schußwechsel war der 26jährige **Armin Wawroschek** getötet und ein Polizist durch einen Bauchschuß schwer verletzt worden. Bei Wawroschek, so der Polizeibericht, seien 4.000 Mark Beute aus einem Tankstellenüberfall gefunden worden. Merkwürdig bleiben die Umstände der Erschießung des 26jährigen. Er soll an einer Telefonzelle "auffällig" gewartet haben. Deswegen und weil zwei Stunden vorher eine Tankstelle überfallen worden ist, so die Polizeiversion, habe der Streifenwagen angehalten, um den Mann zu überprüfen. Nachdem die Polizisten ausgestiegen seien, habe Wawroschek sofort eine Pistole (eine Sig-Sauer) auf sie gerichtet. Die Beamten hätten daraufhin ihr Hände hochgenommen, der Mann habe aber dennoch geschossen. Erst daraufhin will der unverletzte Polizeiwachmann seinerseits das Feuer eröffnet und achtmal geschossen haben.

(TAZ, 11.2.88)

HAFTSTRAFEN WEGEN WERBUNG FÜR TERRORISTISCHE VEREINIGUNG

Die 25jährige **Andrea Kinkel** erhielt wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung sieben Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung und der Angeklagte **Werner Lochmann** vier Monate

mit Bewährung wegen Beihilfe zur Werbung. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Angeklagten war vorgeworfen worden, im Juli 1986 in Baden-Württemberg 65 Exemplare der Alternativzeitung **Radikal** verbreitet zu haben.

(SDZ, 10.2.88)

BRANDANSCHLAG AUF PROFESSORENAUTO

Auto des Historikers Nolte wurde durch einen Brandsatz zerstört

Auf das Auto des rechts-konservativen Historikers Prof. Ernst Nolte ist letzten Dienstag auf dem Parkplatz der Freien Universität Berlin ein Brandanschlag verübt worden. Das Auto brannte völlig aus. In einer Kommandoerklärung werfen die Brandstifter dem Professor seine reaktionäre Haltung im sogenannten Historikerstreit vor. Nolte, so das Bekennerschriften, "sei Mitbegründer des antikommunistischen Kampfbundes 'Bund Freiheit und Wissenschaft' der 'Notgemeinschaft für eine Freie Universität'".

"Wir greifen Nolte an, weil er einer derjenigen ist, die in ihrer Person die Kontinuität von Faschismus und der BRD verkörpern."

(TAZ, 12.2.88)

DAS INSTITUT FRANCAIS WURDE IN FRANKFURT VON SYMPATHISANTEN DER ACTION DIRECTE VERWÜSTET

Am Mittwoch, den 3. Februar ist in Frankfurt das französische Kulturinstitut von etwa 50 verummten und behelmten Personen verwüstet worden, die zugunsten der gefangenen Militanten von Action Directe demonstrierten. Die Operation hat nur einige Minuten gedauert, trotzdem wird der materielle Schaden auf ungefähr 50.000 Francs geschätzt. Die Demonstranten begingen den Überfall mitten am Nachmittag im Universitätsviertel, wo sich das Institut befindet. Sie haben Reifen in Brand gesetzt und die Straße mit Autos und umgeworfenen Mülltonnen blockiert. Eine kleine Gruppe von 6-8 Personen, darunter 2 Frauen, mit großen Hämmern und Knütteln bewaffnet, haben dann die Büroräume des kulturellen Zentrums angegriffen. Zahlreiche Einrichtungsgegenstände wurden zerstört. Vor der Ankunft der Polizei hatten die Protestler die Flucht ergriffen. Vor dem Gebäude hatten sie ein riesiges Transparent gespannt, auf dem man lesen konnte: "Wir grüßen die Gefangenen von Action Directe, seit 65 Tagen im Hungerstreik für ihre Zusammenlegung."

(Le Monde, 5.2.88)

wir haben am mittwoch, den 3.2.88 mit angeketteten, brennenden reifen und einem grossen transparent die bockenheimer warte blockiert.

um die anschließende kundgebung vor dem französischen institut zu schützen, stellten wir auf beiden seiten der jordan str. parkende autos quer und hingen transparente über die fahrbahn. die barrikaden hatten für uns die funktion, uns gegen die bullen zu wehren, sie auf distanz zu halten. während der beirat gehalten wurden, gingen einige ins institut rein, sprühten parolen und zerstörten die einrichtung. danach zogen wir uns zurück.

das ist der kundgebungsbeitrag. was genaueres von uns zu unseren erfahrungen und dazu was sich unter uns entwickelt hat kommt noch.

BEITRAG

seit dem 1.12.87 sind vier genossen innen georges cipriani, nathalie menigon, joelle aubron und jean marc rouillan von ACTION DIRECTE im unbefristeten hungerstreik und kämpfen für ihre zusammenlegung und die schliessung der isolations-trakte.

unsere initiatve jetzt ist bestimmt vom gemeinsamen ziel: aufbau der westeuropäischen front aus guerilla, widerstand und den gefangenen so wie die hungerstreikenden in der konfrontation das kämpfende kollektiv im knast aufbauen, organisieren wir uns auf dem terrain des widerstands, so, wie wir es brauchen, um die konfrontation offensiv führen zu können, mit dem ziel, gemeinsam zur wirkung zu kommen.

diese kundgebung, als einheits von reden und handeln hat die bestimmung die möglichkeit für jede/n zu schaffen, sich in dieser konfrontation praktisch zu bestimmen und somit den subjektiven boden für weitere schritte zu schaffen.

in der organisierung, als offener prozess haben wir die erfahrung gemacht, wie wir zusammen kämpfen können. immer am ziel orientiert, die kundgebung machen zu wollen, das solidarische verhältnis praktisch zu machen und uns die nähe zueinander zu erkämpfen die wir brauchen, um der revolutionären prozess in der metropole mit- und weiterzuentwickeln.

es geht uns mit diesem schritt darum, die politische und praktische handlungsfähigkeit des widerstands zu vertiefen. in der offensive '86 haben die westeuropäische guerilla und die kämpfenden einheiten den aufbau der front vorangetrieben doch der widerstand als ganzes war nicht in der lage, sich in der offensive praktisch zu bestimmen.

wir begreifen unsere initiatve als einen schritt in der politischen und praktischen bestimmung des widerstands in der front und druchbrechen damit unsere defensive.

wir haben die kundgebung von anfang an als offensives moment für uns bestimmt, da wir wissen, daß wir nur auf diesem niveau die schärfe entwickeln können und werden die wir brauchen, um uns gegen die imperialistischen staatenkette durchzusetzen.

für unsere ziele und gegen ihre projekte, heißt das jetzt: die zusammenlegung aller kämpfenden gefangenen in westeuropa gegen das imperialistische vernichtungskalkül und die isolationshaft erkämpfen.

in direkten schritten und initiativen werden wir stärker!

frankreich und die brd, als westeuropäische kernstaaten treiben das imperialistische projekt der formierung aller kräfte westeuropas und die umstrukturierung aller gesellschaftlichen bereiche voran.

für ihr projekt der politischen, ökonomischen und militärischen kräftekonzentration in westeuropa brauchen sie menschen, die diese projekt tragen und voran treiben, so soll über ihre "europäische idee", ihre französisch/deutsche 'freundschaft' die unter dem deckmantel von "fortschritt und völkerverständigung" daherkommt, die mobilmachung der menschen für die herrschaftssicherung des kapitals laufen.

doch die erfahrung von vielen ist, daß es genau das kapitalistische gesellschaftssystem ist, daß der entfaltung der menschen die grenzen setzt und sie zerstört.

das institut francals und das goethe institut der brd übernehmen im kultur und bildungsbereich eine wichtige funktion, für die vernetzung und ausdehnung der zusammenarbeit zwischen der brd und frankreich und sollen gleichzeitig für 'ihr' europa werben und den wahren charakter verschleiern.

SEIT DEM 1.2.87 HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN AUS ACTION DIRECTE FÜR IHRE ZUSAMMENLEGUNG UND SCHLIESSUNG DER ISOLATIONSTRAKTE ZUSAMMEN KÄMPFEN - FÜR DIE EINHEIT DER REVOLUTIONÄRE IN WESTEUROPA

(das war das grosse transparent quer über die warte)

VOR PROZESSBEGINN BOMBENANSCHLAG IN PARIS

Offenbar im Zusammenhang mit den Prozessen gegen Mitglieder der Terrororganisation "Action Directe" ist am Montagmorgen ein Bombenanschlag auf das Gerichtsmedizinische Institut in Paris verübt worden.

Am Tatort wurden Flugblätter einer bisher unbekannten Gruppe "Internationale Revolutionäre Solidarität" gefunden. Die Unterzeichner behaupteten, sie sympathisieren nicht mit der "Action Directe". Durch die Explosion wurde der Haupteingang des Instituts beschädigt sowie mehrere Fenster zerstört.

(TAZ, 22.2.88)

TERRORISTIN IN PARIS VERURTEILT

In den Pariser Terroristenprozessen gegen Mitglieder der links-extremen Action Directe ist die 30jährige Nathalie Menigon zum zweitenmal verurteilt worden. Frau Menigon, die nach einem Hungerstreik nur noch rund 30 Kilogramm wiegt, muß wegen versuchten Mordes an zwei Polizisten für zwölf Jahre ins Gefängnis. Die Tat hatte sie gestanden. Damit sie zur Urteilsverkündung überhaupt erscheinen konnte, hatte Frau Menigon zuvor eine Spritze erhalten. Die Verhandlung war mehrere Male unterbrochen worden, um der ausgemergelten Angeklagten eine Ruhepause zu geben.

(SDZ, 19.2.88)

FREISPRÜCHE FÜR TERRORISTEN IN PARIS

Ein Sondergericht in Paris hat drei führende Mitglieder der linksextremen Action Directe (AD) vom Vorwurf des versuchten Totschlags freigesprochen. Entscheidend für den Spruch zugunsten von Nathalie Menigon und ihrer Mitangeklagten Régis Schleicher und Jean-Francois Galliac war die entlastende Aussage des angeblichen Opfers einer Schießerei im Jahr 1982. Jean Carpentier hatte vor den sieben Berufsrichtern eine Erklärung gefälscht, in der er die drei Angeklagten als Täter identifiziert haben soll.

Die Staatsanwaltschaft hatte auf diese Erklärung ihren Vorwurf gestützt, daß das angeklagte Trio Carpentier zum Eintritt in die AD habe zwingen und ihn dann habe ermorden wollen, als er sich widersetzt habe.

(SDZ, 22.2.88)

KRONZEUGIN IM ACTION-DIRECTE PROZESS

Wegen zweier Raubüberfälle zur Finanzierung konspirativer Tätigkeit, begangen am 30. Juli und am 13. Oktober 1983, verurteilte das für terroristische Verbrechen zuständige Pariser Sondergericht am Freitag Régis Schleicher zu lebenslänglicher Haft, seine Mitangeklagten Jean-Marc Rouillan, den Italiener Vincenzo Spano sowie die Brüder Claude und Nicolas Halfen zu je 13 Jahren.

Die Kronzeugin der Anklage, Frédérique Germain, genannt Blond-Blond, die durch ihre Aussagen ihre ehemaligen Mitverschwörer schwer belastet hat, wurde zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt.

(SDZ, 29.2.88)

BRANDANSCHLAG AUF LAGERPLATZ EINER BAUFIRMA IN MARIENFELDE

Im Zusammenhang mit dem Bau der Wackersdorfer Wiederaufbereitungsanlage wurde am Sonntag gegen 5 Uhr 30 auf einen Lagerplatz der Firma Heitkamp, Hossauerweg in Marienfelde, ein Brandanschlag verübt, bei dem erheblicher Sachschaden entstand.

Nach Polizeiangaben wurden Holzstapel, Baubaracken, Baumaschinen, Container und ein Lastwagen zerstört, auf dem angrenzenden Grundstück einer Holzhandlung brannten mehrere Holzstapel ab. Nähere Angaben über die Höhe des Schadens waren von der Firma gestern nicht zu bekommen.

Insgesamt wurden elf Brandausbruchstellen festgestellt, weiter wurden vier nicht entzündete Brandsätze gefunden, jeweils zwei zusammengebundene Plastikflaschen mit brennbarer Flüssigkeit. Am Tatort stellte die Polizei zwei Selbstbezeichnungsschreiben sicher, worin gefordert wird, das "Kriegsobjekt WAA Wackersdorf" zu verhindern. Weiter werden "Feuer und Flamme für das WAA-Firmenkonsortium" angekündigt. Auf den Schreiben befinden sich ferner zwei Bilder, die einen ausgebrannten Büroraum sowie einen Mann mit Helm und Schußwaffe zeigen, sowie ein fünfzackiger Stern.

Die Firma Heitkamp ist ein Tochterunternehmen der am Wackersdorf-Bau beteiligten Hoch-Tief AG. Bereits im März 1987 hatte es im Büro der Firma am Kurfürstendamm gebrannt, wodurch erheblicher Schaden entstand.

Im selben Monat hatte ein vorsätzlich gelegter Brand bei der Firma Hafemeister in Schöneberg, sie ist ebenfalls eine Hochtief-Tochter, einen Schaden von über 750.000 DM verursacht.

(Der Tagesspiegel, 16.2.88)

REBMANN GEHT GEGEN KURDEN VOR

Bundesanwalt bezeichnet "Teilkomitees" der Arbeiterpartei Kurdistans als terroristische Vereinigung/Zur Tarnung sollen scheinbare legale Organisationen benutzt werden

Gegen elf türkische Staatsangehörige kurdischer Nationalität hat der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof bislang Haftbefehl erlassen.

Als terroristische Vereinigung wertet die Bundesanwaltschaft (BAW) die in der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) organisierten Teilkomitees für "Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst".

Zur Tarnung würden diese Komitees scheinbar legale Organisationen (Feyka, Ernk, Hunerkom) in der BRD benutzen.

Rebmann wirft unter anderem dem verhafteten Hassan Güler vor, an der Planung und Vorbereitung der Ermordung des "abtrünnigen" Parteimitgliedes Zülfü Gök am 7. August 1984 in Rüsselheim beteiligt gewesen zu sein.

Vier der inhaftierten Kurden, darunter auch Frau Yasemin Gedik, Vorsitzende des kurdischen Vereins Feyka, wirft der Generalbundesanwalt versuchten Mord und Freiheitsberaubung vor.

Ebenfalls im Februar sind im Anschluß an eine versuchte Entführung in Braunschweig insgesamt vier Personen festgenommen worden, die dem PKK-Umfeld zugerechnet werden.

(TAZ, 19.2.88)

REBMANN BEFÜRCHTET TERROR VON KURDEN

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann befürchtet auch in Zukunft terroristische Aktionen von Türken kurdischer Nationalität in der Bundesrepublik. Trotz der jüngsten Festnahmen von zwölf Kurden, die einer terroristischen Gruppe innerhalb der kurdischen Arbeiterpartei PKK zugerechnet werden, scheine man bis jetzt nur die "Spitze eines Eisberges terroristischer Verhaltensweisen der PKK" entdeckt zu haben, sagte Rebmann am Donnerstag in Karlsruhe.

Nach seinen Worten wird die innere Sicherheit der Bundesrepublik durch Ausländerorganisationen gefährdet.

Die PKK strebt nach Rebmann die Bildung eines selbständigen Staates Kurdistan an und verübt deshalb Terroranschläge auf militärische und zivile Einrichtungen in der Türkei. In der Bundesrepublik Deutschland unterhalte die PKK Teilorganisationen, die von hier aus den Kampf der Partei unterstützen. Die straff organisierte PKK, die sich als marxistisch-leninistische Kaderpartei begreife, verberge ihre illegalen Strukturen in der Bundesrepublik hinter "scheinbar legalen Vereinen".

(SDZ, 19.2.88)

BUNDESKRIMINALAMT SUCHT VIER BOMBENLEGER

Das Bundeskriminalamt fahndet nach vier mutmaßlichen Mitgliedern der "Revolutionären Zellen" und der Frauen-Organisation "Rote Zora". Wie Generalbundesanwalt Kurt Rebmann in Karlsruhe sagte, handelt es sich dabei um die 35jährige Journalistin Corinna Kawaters, die 37jährige Juliane Balke, die 39jährige Adrienne Gerhäuser und den 39jährigen Thomas Kram.

Frau Kawaters und Frau Balke stehen im Verdacht, je einen Wecker der Marke "Emes-Sonochron" gekauft zu haben, der bei etwa 40 Bombenanschlägen der "Revolutionären Zellen" als Zeitverzögerer eingesetzt wurde. Zusammen mit Adrienne Gerhäuser werden sie laut Rebmann ferner beschuldigt, sich im August vergangenen Jahres an mehreren Anschlägen auf die Bekleidungsfirma Adler beteiligt zu haben, bei denen 35 Millionen Mark Schaden verursacht wurde. Thomas Kram stand den Angaben zufolge in engem Kontakt zu Adrienne Gerhäuser und wird der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung beschuldigt.

Die Fahnder hätten keineswegs das Tatmittel hergestellt und vertrieben, sondern wegen der häufigen Benutzung dieser Wecker bei Bombenanschlägen auf die Rückseite des Zifferblatts eine Nummer eingravieren lassen und die Vertriebslisten in bestimmten Gebieten verfolgt. Die Einzelhändler seien gebeten worden, Hinweise auf die Käufer zu geben. Laut Bundeskriminalamt konnte Frau Strobl auf diese Weise gefaßt werden.

Rebmann teilte ferner mit, der 28jährige Student, der am Mittwoch aus Nicaragua kommend in Zürich verhaftet worden ist, werde der Beteiligung an dem Diebstahl der Polizeipistole in Hanau verdächtigt, mit der am 2. November 1987 zwei Polizisten an der Frankfurter Startbahn West erschossen worden sind.

(SDZ, 19.2.88)

DER SPIEGEL, 22.2.88

"Rückschuß vom Tatmittel auf den Täter"

Ansätze gab es nicht viele. Die selbstgebastelten Bomben waren zwar bisant, in ihrer Zusammensetzung aber simpel. Alle Bauteile stammten aus unterschiedlichen Massenproduktionen, die Batterie im Zeltzylinder ebenso wie Drähte und Gasflaschen, die als Hülle verwendet wurden - bis auf eine Ausnahme: In 40 Fällen wurden als Zeitverzögerer ein bestimmter Wecker benutzt - "Emes Sonochron", hergestellt von einer Schwarzwälder Firma.

Ende 1984 lief das damalige "Emes"-Modell, das sich mit wenigen Handgriffen zur sekundengenaue Explosionhilfe umbauen ließ, beim Produzenten aus. Das Bundeskriminalamt brachte die Firma mit einer Ausgleichszahlung dazu, den Restposten, wohl etliche tausend Stück, geschlossen einzulagern.

Wochenlang gab es keinen dieser Wecker auf dem Markt. In dieser Zeit verpaßte ihm der Hersteller gleichlautende Zahlenkombinationen auf der Rückseite des Ziffernblattes und auf einem Uhrwerksteil. "Bei der Auslieferung an die Geschäfte", so die Bundesanwaltschaft, wurden die Ziffern vom Werk registriert.

Zugleich wurden 40 Uhrfachgeschäfte in Städten, die als RZ-Hochburgen gelten - etwa Bochum, Dortmund, Essen und Köln -, mit Videokameras ausgestattet. In manchen Geschäften verbargen sich auch Observanten. Die Kameras wurden ausgelöst, wenn auf Kunden eine Polizeibeschriftung paßte: Frau, Alter zwischen 18 und 45, dringender Wunsch nach genau diesem Uhrentyp, intellektuell auf der Höhe.

Am 11. September 1986 wurde eine junge Frau mit kurzem dunklem Haar fotografiert, die in einem Uhrengeschäft in der Kölner City einen "Emes"-Wecker kaufte. Sechs Wochen später explodierte die Lufthansa-Bombe. Aus den Explosionsresten konnten BKA-Spezialisten die eingestanzte Nummer ablesen - und verfolgten den Weg zurück, bis ins Geschäft. Das Bild der Käuferin wurde entwickelt, doch niemand kannte die Identität der Frau: Erst ein Zufall brachte das Bundeskriminalamt weiter.

Im Februar 1987 strahlte das Fernsehen einen Film über "Emma" aus - mit im Bild: Ingrid Strobl. Ein Hauptkommissar, der mit einer Sonderkommission in der Kaserne der Essener Bereitschaftspolizei hockte, erkannte sie auf Anhieb; von diesem Zeitpunkt an wurde Ingrid Strobl observiert.

ERSTE PROZESSRUNDE GEGEN MUTMAßLICHE VERTREIBERINNEN DER 'RADIKAL 132' IST BEENDET/DIE MEISTEN DER PAR. 129A VERFAHREN WURDEN EINGESTELLT

Ein kurzer Blick auf die Prozeßbilanz könnte zufrieden stimmen: etwa 30 Verfahren sind eingestellt worden, mindestens fünf der eröffneten Prozesse endeten mit Freisprüchen. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Ermittlungsbehörden ihr Ziel weitgehend erreicht haben: Die 'radikal' ist aus dem Buchhandel verbannt und kann von Handverkäuferinnen nicht mehr offen angeboten werden.

Das Abdrängen der Zeitung in den Untergrund ist in recht kurzer Zeit vollständig gelungen.

Besonders offensichtlich wurde die Praktizierung bloßer Gesinnungsjustiz während des gerade beendeten Prozesses in Stuttgart. Die Ausgangslage war für die drei Angeklagten völlig gleich: Nach Auffassung des Gerichts waren sie als Handverkäuferinnen mit der 'radikal' beliefert worden. Der vierte Angeklagte war Buchhändler. Er distanzierte sich im Verlauf des Prozesses jedoch von der 'radikal' und ihren Inhalten und wurde freigesprochen.

Die Urteile für die anderen drei fielen trotz gleicher Anklage und gleicher Beweislast sehr unterschiedlich aus. Einer wurde freigesprochen, weil von den zehn 'radikal', die er laut Paketkarte erhalten hatte, sieben bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurden, er die fehlenden drei später ans LKA geschickt hatte und ihm deshalb eine Verbreitung nicht nachzuweisen war.

(TAZ, 18.2.88)

POLEMIK UM DEN HUNGERSTREIK VON VIER FÜHRENDEN TERRORISTEN

Während die Regierung Entschlossenheit markiert, haben zahlreiche Intellektuelle in einem Aufruf die Aufhebung der Isolierhaftbedingungen für die Angeklagten verlangt.

Der Hungerstreik, der seit einem Jahr Inhaftierten vier Anführer der französischen Linksterrorbewegung Action Directe, Jean-Marc Rouillan, Nathalie Menigon, Joelle Aubron und Georges Cipriani, beginnt erstmals ein gewisses Echo in der Öffentlichkeit zu finden. Weit über hundert Angehörige des kulturellen und intellektuellen Lebens in Frankreich unterzeichneten eine Appell an Justizminister Chalandon, in welchem sie die Aufhebung der Isolierhaft für die Angeklagten verlangten. Zu den Unterzeichnern zählen die Präsidentschaftskandidaten Pierre Juquin und Antoine Waechter, der im Mai 1968 emporgelommene Pseudorevolutionsveteran Daniel Cohn-Bendit.

Nathalie Menigon wurde so zusätzlich zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie bei ihrer ersten Verhaftung am 13. September 1980 auf die sie festnehmenden Polizisten geschossen hatte. Unmittelbar an dieses Verfahren schloss sich ein Prozess gegen Nathalie Menigon und Régis Schleicher sowie einen obskuren Mitläufer vor demselben Tribunal an: die Anklage lautete auf Mordversuch bei einer sechs Jahre zurückliegenden Schießerei in einem Pariser Slum.

Am Montag sind nun zu einem dritten Prozess der Anführer von Action Directe, Jean-Marc Rouillan, sowie Régis Schleicher, die Brüder Claude und Nicolas Halfen, der Italiener Vincenzo Spano und die "reue" Terroristin Frédérique Germain, die im Austausch gegen ihre Fahndungsmithilfe beim allerersten Verfahren ohne Strafe davonkam, vor demselben speziellen Schwurgericht erschienen. Diesmal geht es um zwei Raubüberfälle, welche die Angeklagten am 30. Juli und 14. Oktober 1983 verübt, um mit dem Erlös ihre damalige Terrortätigkeit im konspirativen Untergrund zu finanzieren.

Nathalie Menigon wurde während der häufigen Unterbrechungen in den beiden Prozessen der letzten Woche in dem nahe dem Justizpalais gelegenen Spital Hotel-Dieu behandelt und erhielt auch in kurzen Abständen Glukosetransfusionen im Gerichtsgebäude. Am Montag befand der medizinische Experte des Schwurgerichts, dass Rouillan, der sich auf den in der Vorwoche von Nathalie Menigon benutzten Liegestuhl im Gerichtssaal legte, durchaus am Verfahren teilnehmen könne.

(NZ, 25.2.88)

ATTENTAT AUF DRUCKEREI FEHLGESCHLAGEN

Eine Gruppe die sich REV. COMMANDO NO PASARAN nennt, hat am Wochenende versucht, einen Brand zu legen bei der Druckerei ELBA in Schiedam. Dort wird das neue Modell des Passes gedruckt. Die 'Spezialdruckerei' ELBA arbeitet mit Phillips zusammen an der Entwicklung eines neuen Passes nach europäischem Modell. In ihrer Erklärung sagt die Gruppe, daß die Einführung des neuen Passes eine Verschärfung der repressiven Funktion des Staates beinhaltet. Laut Polizeisprecher ist es den Einbrechern nicht gelungen, in das Gelände einzudringen. Die Polizei weiß nicht, aus wievielen Personen die Gruppe der Einbrecher bestand. Ihrer Meinung nach sei es zu früh um Verbindungen herzustellen zu anderen, ähnlichen Bränden, wie z.B. bei den MAKRO-Supermärkten.

(VK, 27.1.88)

KOMMUNIQUE

In der Nacht vom 24.-25. Januar haben wir versucht ein Attentat auf die ELBA-Druckerei, fokkerstraat in Schiedam zu verüben. ELBA ist verantwortlich für die Produktion des neuen niederländischen Passes. Bei dem Anschlag wurden u.a. sechs J.-Benzin und sechs Sprengladungen verwendet, um diese zu entfachen. In der Berichterstattung über das Chaos beim Zustandekommen des neuen Passes, scheint die Betonung beim Machtkampf zwischen dem Innen- und Außenministerium zu liegen, namentlich zu der Frage, wer die Ausgabe organisieren soll. Zweiter Aspekt scheint die Aufregung zu sein angesichts der Privatisierung. Unser Pass ist, wie es sich erweist, verdingt an einer privaten Holding, bestehend aus Phillips und ELBA. Dieser Schleier von -scheinbaren - Interessengegensätzen vernebelt die Sicht auf die wirklichen Ursachen und Hintergründe, die sie für die Entwicklung eines neuen einheitlichen europäischen Pass benötigen.

Das Europa der Bürger

Im Dezember 74 wurde in Paris auf dem europäischen Gipfel eine Arbeitsgruppe installiert, die die Möglichkeiten einer sogenannten Paßunion untersuchen mußte. Die Maßnahmen, die die Paßunion zu einer Tatsache machen mußten, bestanden aus:

- die Einführung eines einheitlichen Passes
- die schrittweise Gleichschaltung der Ausländergesetzgebung
- Abschaffung der Paßkontrolle innerhalb der EG
- gemeinschaftliche Kontrolle an den Außengrenzen

Dies führte im Juni 81 zu einem Vorschlag des Aufstellens von Richtlinien für einen Paß mit einheitlichem Modell. Im Februar 86 wurden Änderungen angebracht im EG-Vertrag und festgelegt in der sog. europäischen Akte. Darin steht, daß die Mitgliedstaaten eine völlige Abschaffung der Kontrolle an den Innengrenzen bis 92 anstreben wollen. Dies, um zu einem Innenmarkt zu gelangen, damit ein freier Verkehr von Gütern, Diensten und Kapital gewährleistet ist. Das Bilden des Innenmarktes wird in Phasen verwirklicht werden. Einer dieser Phasen ist die Ausführung des Schengen-Vertrages, ein Vertrag der 85 zwischen der BRD, Frankreich und der Benelux abgeschlossen wurde. Ziel ist die Abschaffung der Kontrolle an den Innengrenzen bis 90. Es beinhaltet eine schrittweise Einführung von Maßnahmen, um so die Effekte zu testen und mittels intensiver internationaler Zusammenarbeit der Polizei, diese zu beurteilen und anzupassen.

Sie fürchten, daß die Einstellung der Kontrolle an den Innengrenzen Folgen haben wird für die Kontrollierbarkeit der illegalen Einreisen von Ausländern, der illegalen Einfuhr von Gütern und für die Bedrohung der Staatssicherheit. Die in diesem Zusammenhang zu nehmenden Maßnahmen werden auf amtlichem Niveau in Arbeitsgruppen ausgearbeitet, namentlich die Arbeitsgruppe:

- Polizei und Sicherheit
- Personenverkehr

In der Arbeitsgruppe Polizei und Sicherheit arbeitet man in engem Zusammenhang mit den Innenministern, Justizministern, der TREVI-Gruppe und den Mitgliedern des europäischen Rats - an konkreten Harmonisierungsmaßnahmen in Beziehung zu Fahndung und Datenaustausch auf dem Gebiet der Kriminalität, Drogen, Waffen, Terrorismus und der illegalen Immigration, zusammen.

In der Arbeitsgruppe Personenverkehr geht es namentlich über Vorschläge in Beziehung zu der Gleichschaltung von Asylgesetzen, der Kriterien der Zulassung, Verbleibgründe, Visa und Asylrecht.

Neben dem haben die Schengen-Fünf verabredet, ihre Außenpolitik gemeinsam abzustimmen auf die Verwirklichung der Zielsetzung der EG, die TREVI-Beratungen und dem Europarat. Die Maßnahmen, die von diesen amtlichen Arbeitsgruppen ausgearbeitet werden, sind:

- Eine strikte Kontrolle an den Außengrenzen
- Koordinierung der Visumpolitik
- Informationsaustausch zwischen Ausländerstellen/behörden
- Zusammenarbeit bei der Auslieferung von illegalen

Die politischen Verbände der Zusammenarbeit auf EG-Niveau sind:

- Die Europäische Politische Zusammenarbeit. Ursprünglich errichtet, um die Außenpolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren und abzustimmen auf europäischem Niveau.
- Die TREVI. 76 verabschiedet, eine Resolution, die als Ziel hat, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu intensivieren. Später wurde diese Zielsetzung ausgeweitet mit der Bekämpfung der internationalen schweren Kriminalität, Drogen, Ausländer und politischer Radikalismus.

Internationale Restrukturierung und europäische Vereinheitlichung

Ihre obengenannte Entwicklung des "Europas der Bürger" führt zu einem Verwaltungsproblem, namentlich der offenen Innengrenzen, die nötig sind für die Verwirklichung des Innenmarktes. Verwaltungsprobleme besonders in Beziehung zur Kontrolle der Bewegungen von Ausländern, aber auch von Europäern, die zu einer der marginalen Gruppen gehören. Korthals-Altes (Justizminister der Niederlande) dazu: "Das herangehende SOFI-Nummer (Sozial-Fiskal Nummer) müßte kombiniert werden mit einem allgemeinen Identitätsnachweis durch Photo, Namen und Adresse und Folgenummer. Und so ein Identitätsnachweis müßte Teil sein eines neuen europäischen Passes, sodaß die Eurocomputer jeden besser im Auge behalten können." Ergebnis wird sein, daß das Kontroll- und Verwaltungsproblem gelöst werden muß mittels Einführung der Identifikationspflicht. Die Form in der die Identifikationspflicht sich manifestieren wird, wird abhängen von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Konkret, je nachdem die Krise sich vertieft und der Widerstand wächst, wird die Identifikationspflicht schärfere Formen annehmen.

Sie denken an unbemerkte elektronischer Registration, wo der Magnetstreifen auf dem Paß die Information weitergibt an angekuppelte Eurocomputerbestände, womit Kategorisierung leicht stattfinden kann (Ausländer, Sozialhilfeempfänger, politische Aktivisten, AIDS-Kranke oder Menschen aus den sog. Risikogruppen usw.).

Die Einführung des neuen Passes nach europäischem Modell, bedeutet eine Verschärfung der repressiven Funktion des Staates. Es wird antizipiert auf Verwaltungsprobleme die die europäische Vereinheitlichung mit sich bringt. Der Grund weshalb wir dies angreifen ist nicht die Sorge um das Verschwinden des sog. liberalen Rechtsstaates oder der toleranten Gesetzgebung. Die Vertiefung der Krise und die Verschärfung der Repression zeigen, daß bürgerliche Freiheiten und "liberale" Strafgesetzgebung verschwinden in dem Moment, wo es dafür eine politische, ökonomische oder militärische Notwendigkeit gibt. Internationale Restrukturierung ist die Triebkraft hinter der europäischen Vereinheitlichung. Gelenkt von mächtigen Interessengruppen - wie die "industrielle Tafelrunde", bilden nationale und europäische Politiker die sozialen und politischen Bedingungen, die notwendig sind, um der ökonomischen Restrukturierung eine gesellschaftliche Basis zu verleihen.

Die Gründe der internationalen Restrukturierung finden sich in der Krise der Weltökonomie, anfang der 70. Jahre. Das wachsende Bewußtsein als Folge des anticolonialen und anti-imperialistischen Kampfes der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, führte zu verheftigten militärischen Interventionen und zur Installation von Diktaturen. Diese Interventionspolitik sollte zu einer verschleunigten Transformation führen von halb-föidalen und präkapitalistischen Gesellschaftsformen, zu einer kapitalistischen Gesellschaftsform.

Dies führte zu:

- Internationaler Arbeitsteilung. Die - zu teuer gewordenen - arbeitsintensiven Teile des abendländischen Produktionsprozesses wurden verlegt von den Zentren zur Peripherie. Japan hat Südkorea, Europa den Nahost und Nordafrika, die USA Lateinamerika.
- eine forcierte Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Dies ist notwendig um regionale Märkte zu schaffen für überflüssige Vorräte und Konsumgüter.

Das Resultat der respektiven kolonialen, neokolonialen und imperialistischen Durchführung der kapitalistischen Produktionsweise ist für jeder/jeden sichtbar. Eine Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes. Diese resultiert, neben auflodernder Widerstand, in einer Flut Flüchtlinge und Arbeitsmigranten als Folge der Hungersnöte und Armut, Verelendung und Repression.

Für den Westen hat dieselbe Krise einen gesellschaftlichen Erderschlag zur Folge: die Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Die (westeuropäischen) Arbeiter sind zu teuer geworden. Verminderte Arbeitsproduktivität - als Folge des Kampfes um den Arbeitsbedingungen - und die zu hohen Lohnkosten führten dazu, daß alle Varianten eines Sozialstaates anfang der 80. Jahre mit europäischem Elfer abgetragen wurden. Man verabschiedet sich von einem Nachkriegsmodell. Kapitalismus mit einem menschlichen Gesicht - Neu-Rechts führt die Restrukturierung durch (Thatcherismus, No-nonsense-politik).

Die Lösung ist eben einfach wie rigoros. Realisierung der Zielsetzungen der EG bei der Errichtung 57. Das Zustandekommen eines gemeinschaftlichen Marktes und das Führen einer homogenen ökonomischen Politik. Dieser Innenmarkt soll größer werden, dann der der USA oder Japan.

Die Multinationalen haben ihre Bedingungen diktiert an den (nationalen) Politikern. Nationale Grenzen sind ein Hindernis für die Gewinnmargen, der berechnete Verlust beträgt 125 Milliarden pro Jahr (in Gulden).

Wisse Dekker (ex-Topmanager Phillips) dazu: "Die niedrigen Gewinnmargen entstehen durch: erstens das Auseinanderfallen in kleine, nationale Staaten, zweitens das Fehlen von Uniformität in industriellen Vorschriften, Handelsgesetzgebung und Steuersysteme und drittens die finanzielle Unterstützung (pro Land). Für manche Produkte (Glasfaserkabel, europäische Raumfahrt, Megabit usw.) sind die nationalen Länder zu klein, für die große Kapazität, die diese Betriebe gezwungenermaßen haben müssen." Wisse Dekker: ex-Phillips Topmanager, machte diese Äußerung in seiner Eigenschaft als Mitglied der "industriellen Tafelrunde", die Lobby der europäischen Multinationalen. Reine Machtpolitik wird es wenn er sagt: "Kein einziges europäisches Land ist, alleine und unabhängig von den anderen Mitgliedstaaten, im Stande eine technologische Politik zu entwickeln die unterstützt wird von den Multinationalen". Kein einziges europäisches Land alleine kann sich dieser Unterstützung entziehen, weil die Multinationalen, mit ihren Milliardeninvestitionen in neuen Technologien, bestimmend sind für den Prozeß der industriellen Entwicklung. Es ist die Entwicklung der neuen Technologien als Mikro-Elektronik, Bio- und Gentechnologie, die Europa das nächste Jahrhundert hineinstoßen sollen als ökonomischer, politischer und militärischer gleichwertiger Konkurrent der USA und Japan.

Der Schwerpunkt der europäischen Industrie befindet sich nicht länger bei der Schiffsbau- Stahl- und Bergbauindustrie. In Südostasien baut man billiger und schneller. In Südafrika und Lateinamerika fördert man die Rohstoffe billiger. Der Schwerpunkt liegt bei den neuen Technologien. Und die immer schnelleren Veränderungen innerhalb dieses Prozesses nötigen sie zu adäquatem Einspielen auf diese Veränderungen. Bedingung ist dann wohl, daß die Arbeitsverhältnisse auf sowohl nationalem, als auch auf europäischem Niveau aufgebrochen werden.

National nimmt es, mit der Einführung des neuen Arbeitslosen-gesetzes, die Form an eines jeden Individuums umfassenden Arbeitseinsatzes. Es ist die Beherrschung und Verwaltung der totalen Arbeitsleistung einerseits und der unbeschränkte Einsatz der individuellen Arbeitsleistung andererseits.

Zwei Aspekte hiervon:

- Interne Flexibilisierung. Weniger Menschen sollen mehr arbeiten. Durch Einschränkung der Personalbesetzung muß der Einsatz der/s individuellen Arbeiter/in viel höher sein. Mit als Folge mehr Überstunden am Wochenende, am Abend und in der Nacht.
- externe Flexibilisierung. Vortwährende Offensiven auf die kollektiven Arbeitsübereinkünfte und Umgehung davon einerseits, und die Einführung von flexiblen Arbeitskontrakten andererseits sollen die/den individuellen Arbeiter/in vortwährend mobil halten und bereit sein lassen, sich anzupassen an die sich ändernden Anforderungen des Produktionsprozesses.

Auf europäischem Niveau bedeutet das Aufreißen der Arbeitsverhältnisse, daß der europäische Innenmarkt, geschützt durch den sog. "sanitären Gürtel", das permanente Arbeitsreservoir bilden soll.

Solche gesellschaftliche Veränderungen verwirklicht man nicht durch die Überlassung des "Spiels" der gesellschaftlichen Kräfte. Es ist die Arbeit von Lubbers, Kohl, Thatcher und Konsorten. National sollen sie die Konditionen schaffen, die die Restrukturierung gelingen lassen sollen. Unterricht nach Bedürfnis des Betriebslebens, drohen mit Lohnmaßnahmen wenn Gewerkschaften sich nicht "Verantwortungsvoll" genug zeigen.

Europäisch gesehen bedeutet dies das Gleichschalten der Etatprobleme. Kein teurer Sozialstaat mehr; ein billiger Beamtenapparat; kurz, eine Sanierung des Haushaltsbuches. Der Regelleber zieht sich zurück, sodaß es ein freier Verkehr von Kapital, Gütern und Diensten gebe.

Die Niederlande hat als Handelsnation, Handelstransitzentrum und als einer der größten agrarischen Exporteure der Welt alles Interesse an "offene Grenzen". Deshalb ergreift sie in allen politischen Organen der EG die Initiative. Es gibt aber immer noch viele Gegensätze zwischen den nationalen Mitgliedstaaten. Das Schengen-Akkord muß als Brechstein dienen, um die festgelaufenen Positionen innerhalb der anderen europäischen Zusammenwirkungsverbände, wie die E.P.S. (Politik) und die W.E.U. (Militär) aufzubrechen. Dies nach der Taktik des "Europas der zwei Geschwindigkeiten". Der harter Kern (Frankreich, BRD und Benelux) zwingen damit den anderen Staaten sich anzuschließen. Dies alles unter der Bedingung, daß die Länder ihre inländische Opposition mittels Gesetze, Repression, Veränderungen der Arbeitsverhältnisse, überrennen.

Die Folgen

Die Einführung des neuen Passes und der Weg, den es freimacht für die Einführung einer allgemeinen Identifikationspflicht ist wichtiger Teil des obengenannten Prozesses gesellschaftlicher Veränderungen.

Um die für den Staat und für die Betriebe so notwendige Kontrolle der gesellschaftlichen Verhältnisse zu vergrößern, wird in einem raschen Tempo ein Netzwerk von Registrierungs- und Kontrollpunkten installiert.

An mehreren Punkten im täglichen Leben wird man hiermit konfrontiert. An jedem Kontrollpunkt sind Sanktionsmöglichkeiten eingebaut gegen sog. "unangepaßtes Betragen".

- Bekannte Beispiele sind die periodischen Personenuntersuchungen, die zahlreichen Sanktionsmittel und die verschärfte Kontrolle durch das Sozialamt.
- Zentrale Registrierung gibt es inzwischen auch im Unterricht, es gibt den Studienpaß, Ausschuß von Unterricht von z.B. ausländischen Kindern kann durchgeführt werden.
- Registrierung innerhalb der Gesundheitspflege schafft Raum für Selektion der Patienten, vor Allem gekoppelt an die Forderungen von eigenen Beiträgen und der Handlung von verschärften Versicherungsbedingungen.
- Die automatisierten Bestände der Bevölkerungsliste sind in einer Zahl Gemeinden geöffnet für die Ausländerpolizei in ihrer Jagd auf illegal Erklärte. Dies gilt auch für die Zahnärztstanzähler des Sozialamts (Kontrollierung Sozialhilfeempfänger).
- Auf dem Arbeitsplatz findet zunehmend individuelle Produktionsregistrierung statt, womit der Weg nach dem Leistungslohn u.a. geöffnet wird.
- Der neue Paß fügt noch mehr Möglichkeiten an dieser zweifelhohn unvollständige Liste hinzu.

Wenn der Paß automatisch ablesbar wird, kann jede Grenzüberschreitung an den Innengrenzen der EG registriert werden. Dies z. B. mittels eines Magnetstreifens im Paß der abgelesen werden kann durch die Kontrollpunkte, die man bei der Grenzüberschreitung passieren muß, wie Signalmasten. Dies an Stelle der stichprobengemäßen Kontrolle. Der Paß bringt auch neue Inlandskontrollmöglichkeiten. Die Verweigerungsgründe für Anforderung oder Ungültigkeitserklärung sind ausgeweitet. Neben Steuerschulden oder auch auf Andrag der Justiz, können z.B. Studiensschulden ein Verweigerungsgrund sein. Der Paß wird so Zwangsmittel bei Inkassoforderungen. Die Registrierung davon (die Signallerungsliste) wird zentralisiert. Nicht der Bürgermeister, sondern der Minister des Auswärtigen Amtes entscheidet über Abgabe oder Ungültigkeitserklärung. Die Nichtbefolgung des Befehls zur Einlieferung wird einem 5 Jahre Paßverweigerung kosten. Mit der Abgabe der Pässe an Kinder ist von 65% nun 85% der Bevölkerung aufgenommen im Paßbestand. Diese Maßnahme ist notwendig seit dem Moment, da alle genannten Pläne, um aus dem Paß einen allgemeinen Identitätsnachweis zu machen, eingehen. Die Möglichkeit dazu ist bereits in den Bestimmungen des Paßentwurfes aufgenommen.

Alle formalen Barrieren für die danach folgende Identifikationspflicht sind damit geschlittet.

Die Harmonisierung der Gesetzgebung nach europäischem Modell und der verschärfte Einsatz der Polizei und Justiz als repressives Organ gegen inländische Opposition, von Korthals-Altes betrachtet als die zwei wichtigsten Prioritäten die notwendig sind für die europäische Vereinheitlichung, bringen große Folgen mit sich.

- Die Umkehrung der Beweislast, wie sie eingeführt ist bei verschiedenen anderen Registrierungs- und Kontrollmaßnahmen, finden wir auch bei der Justiz wieder. Ein Beispiel ist der Plan um Vollstreckungsmaßnahmen an Gütern oder Geld zu vollziehen. Der Besitzer soll dann darlegen, wie sie/er an der Sache oder das Geld gelangt ist.
- Die zunehmende Strafverfolgung des Softdrogengebrauches ist deutlich europäischer Signatur. Dasselbe gilt für die Ausländergesetzgebung, die Meldepflicht, Ausweisung usw.
- Das Anti-Hausbesetzungsgesetz ist jetzt schon ein Jahr in Wirkung
- Der Versuch Menschen zu verurteilen mit Hilfe des Art. 140 geht in der Richtung eine politischen Strafgesetzes (Art. 140 ist die niederländische 129a).
- Die Zahl der Zellen ist erweitert, es gibt sogar Vorschläge für das Festhalten von mehreren Personen in einer Zelle.
- Es gibt Pläne der Polizei das Recht zu verleihen, jeder/jeden zu durchsuchen.
- Zum Schluß gibt es noch neuere Ideen, die Schließvorschrift der Polizei zu erweitern.

Die Umstrukturierung der Polizei und Justiz im repressiven Sinne verläuft mit großer Geschwindigkeit.

Wichtig für die Beherrschung der inländischen Opposition, sicherlich gekoppelt an einer drastischen Änderung des Produktionsprozesses, ist natürlich die Frage, ob sie imstande ist, ihre Maßnahmen den Arbeitern und Arbeiterinnen (wohl oder nicht arbeitend) aufzudrängen. Mittels das Zwangsmittel der Massenarbeitslosigkeit sind schon große Verschleibungen innerhalb der Arbeitsverhältnisse aufgetreten, in der Richtung einer (durch die ökonomische Elite erwünschte) Flexibilisierung der Arbeit. Ein wachsender Prozentsatz der Arbeit wird besorgt mittels Überstunden, Schichtdienst, Aufrufkontrakte und Heimarbeit. Diese Arbeit wird vor allem durch der anderswo, aus dem Produktionsprozeß verwehrt, Frauen verrichtet, in vollstreckter Rechtlosigkeit und für ein unvorstellbaren niedrigen Akkordlohn.

Der durchschnittliche Stundenlohn fällt, die individuelle Arbeitsleistung wird erhöht, zum Nutzen der flexiblen Arbeitsleistung wird das Entlassungsrecht für Arbeitgeber vereinfacht. Die von den Arbeitsämtern und Betriebsvereinigungen beschränkte Definition von passender Arbeit macht es leicht Arbeitslose zu zwingen Teilzeitarbeit oder provisorischen Kontrakte zu akzeptieren.

Pläne gibt es weiter, nach dem Minimumjugendlohn auch jetzt den Minimumlohn für Erwachsene zu erniedrigen, und den freien Samstag abzuschaffen usw.

Wie ein System von Maßnahmen auf verschiedenen Niveaus endgültig zu einem schließenden Netzwerk werden kann, kann man sehen am Beispiel der "Ausländerpolitik".

Innerhalb einer schon Jahren mehr auf europäischem Niveau eingestellten Politik, werden alle Existenzmöglichkeiten systematisch abgerissen. Die Einführung des sog. "sanitären Gürtels" um Europa heißt, daß keiner aus der 3. Welt mehr reinkommt und daß diejenigen, die hier schon wohnen, ausgewiesen werden. Die Niederlande vertreten in dieser Politik eine Initiativrolle. Die Niederlande nimmt schon Jahren viel weniger Flüchtlinge auf im Vergleich zu anderen Ländern und das letzte Halbjahr geht sie auch voran, was den Prozentsatz an Ausweisungen betrifft.

Immer größere Gruppen Menschen werden glattweg illegal erklärt.

Ein Erlaubnissystem mit unmöglichen Forderungen ist eingeführt worden. Die Kontrolle wird gesteigert über eine Meldepflicht, die es übrigens schon länger gibt. Als Sanktion folgt eine unvermeidliche Deportation über die geölte Ausweisungsmaschine.

Das Staatsapparat institutionalisiert den Rassismus durch diejenigen, die durch den Rassismus minimale Aussichten haben auf Wohnraum oder Arbeit, gleich abzuweisen. Keine Arbeit-Kein Haus-Keine Aufenthaltserlaubnis-Ausweisung.

Wenn die letzten Vorschläge der Staatssekretärin Korte- van Hemel verabschiedet werden, werden die verschiedenen (neuen) Datenbestände für diese rassistischen Ziele verwendet. Innerhalb dieser Vorschläge wird schon für eine Meldepflicht plädiert für die Beamten beim Wohnungsamt, Sozialamt, Unterricht, Gesundheitspflege. Sie sollen "Illegale" an ihren Schalter melden bei der Ausländerpolizei.

Das Netzwerk der Registrierungen bei den verschiedenen Anstalten kann so verwendet werden um Menschen völlig aus der Gesellschaft zu wehren, abgeschnitten von allen Existenzbedingungen.

Perspektive

Es gibt ein gemeinschaftliches Interesse beim Widerstand gegen die politischen, ökonomischen und militärischen Reorganisirungen, neben dem notwendigen Kampf jeder einzelnen Bevölkerungsgruppe gegen den Angriff auf ihren spezifischen Existenzbedingungen.

Nicht nur weil die verschiedenen Maßnahmen uns alle treffen, vielmehr noch, weil jedes Mal wenn die herrschende Klasse den Widerstand einer bestimmten Gruppe zu schwächen versteht, ihr Halt auf das Ganze wächst.

So wird der Staat für eine erfolgreiche Einführung der Identifikationspflicht an einer für den größten Teil der Niederlande verschmähten Gruppe wie die Fußballfans Argumente entlehnen für eine Ausweitung dieser Identifikationspflicht. Und seit es gelungen ist, die Familien als erste Gruppe in einer Bed-Brot-Regelung zu zwingen, ist es in einem raschen Tempo "normal" geworden diese Lagermethoden auf immer größeren Gruppen von Ausländern anzuwenden.

Wie theoretisch dies im Moment klingen mag: für Frauen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Sozialhilfeempfänger, Ausländer, ist es ein gemeinsames Interesse offensiv Widerstand zu leisten gegen die Einführung von solchen Maßnahmen. Die Defensiv, sich beschränken auf dem Kampf der Gruppeninteressen, ergibt schließlich weniger mehr als schrittgemäßen Rückgang - was

ihnen bei der einen Gruppe nicht gelingt, hohlen sie an einer anderen Front rein.

Die Folgen - Mutlosigkeit, individuelle Ohnmacht, Verfremdung - sind die letzten zwanzig Jahren noch nie so groß gewesen. Sowohl bei den großen Gruppen mit keiner oder wenig Perspektive, als bei denjenigen die in den vergangenen Jahren Widerstand geleistet haben. Das Durchbrechen davon ist eine Bedingung zum Überleben, das Beginn des Endes der Isolation. Das ist unsere Perspektive hier, im "hochentwickelten" Westen. Und das im Bewußtsein, daß der Kampf für unsere Befreiung unlösbar verbunden ist an den Befreiungskampf in der 3. Welt. Die Entwicklung eines vereiniglichten Europas bedeutet auch eine Verschlimmerung der Perspektive der Bevölkerung in der 3. Welt. Mit ihnen und den Kämpfenden in Europa sind wir verbunden.

Mit diesem Kommuniqué wollen wir einen Beitrag machen an der Entwicklung einer Perspektive. Ein Beitrag über das wie und warum von Entwicklungen und ihren Zusammenhang. Um so, trotz gegenseitige Differenzen, zu erkennen welche Folgen gemeinschaftlich sind, und um so daraus die Notwendigkeit des gemeinsamen Widerstands zu erkennen und den Kampf zu entwickeln.

REVOLUTIONÄR COMMANDO NO PASARAN

MITTEILUNG DER KNIPSELKRANT

seit Jahren läuft gegen die rote widerstandsfront und de knipselkrant eine kampagne. die psychologische kriegsführung gegen die beiden organisationen, die sich zum ziel gesetzt haben den enormen mangel an kennntnis revolutionärer theorie, die lücke ein wenig zu schließen, in einem dialektischen prozeß mit der praxis, nimmt interessante formen an,erreicht langsam einen höhepunkt.

AMTSGERICHT WUPPERTAL BESCHLUSS

In dem Ermittlungsverfahren

g e g e n die Hersteller und Verbreiter der Druckerschaft
"De Knipselkrant", u.a.
5600 Wuppertal

w e g e n Vergehens gegen Par. 90 a StGB pp

wird die Beschlagnahme der Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 1 angeordnet.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auf sämtliche Stücke, die sich im Besitz der bei der Verbreitung mitwirkenden Personen befinden oder öffentlich ausgelegt oder beim Verbreiten durch Versenden noch nicht an den Empfänger ausgehändigt worden sind.

G r ü n d e :

Die oben genannte Schrift wird von Groningen (Niederlande) aus verbreitet. Eine für die Beschuldigte in Wuppertal bestimmte Sendung mit mehreren Exemplaren der Schrift ist gemäß Par. 99 StPO auf der Post in Wuppertal vorläufig beschlagnahmt worden.

Der Inhalt der Schrift ist derart, das die vorsätzliche Verbreitung in Kenntnis des Inhalts den Tatbestand mehrerer Strafgesetze (u.a. Par. 90 a, 111, 185 StGB) verwirklichen würde. In mehreren Beiträgen, insbesondere

- Seite 4, linke Spalte von "Es kam zu 50 bis 60 Verhaftungen" bis "....richtige Sachen sein."

- Seite 6, rechte Spalte, von "über diese konterrevolutionäre Wirkung" bis "....mit dem Mittel der rev. Gewalt umgehen".

- Seite 8, zweite Spalte, von "hier werden sowohl der Tod der zwei Polizisten" bis "....im alltäglichen Lebens- und Produktionsbereich."

Wird die Bundesrepublik Deutschland als imperialistischer faschistischer Ausbeuterstaat, in dem ein brutaler Polizeiterror an der Tagesordnung ist und Andersdenkende mit nackter Gewalt bis hin zur physischen Vernichtung verfolgt werden, beschimpft (Vergehen gegen Par. 90 a StGB).

Der Text auf Seite 4 "Den Herrschenden nicht einen Millimeter...sondern neun Millimeter!" in Verbindung mit der Abbildung eines gespannten Revolver, der Zelle "Nehmen Sie uns ernst!" und den Beiträgen über die Erschließung von zwei Polizeibeamten bei Frankfurt /a.M. stellt eine gemäß Par. 111 StGB strafbare Aufforderung zu Straftaten nach Par. 211, 212 StGB dar.

Polizeibeamte werden an zahlreichen Stellen als "Bullen" bezeichnet und damit im Sinne von Par 185 StGB beleidigt.

Die Schrift unterliegt damit gemäß Par. 74 d StGB der Einziehung und ist gemäß Par. 111 b, 111 m, 111 n StPO zu beschlagnahmen.

Wuppertal, den 28 Januar 1988

Zilkens
Richter am Amtsgericht

AMTSGERICHT WUPPERTAL BESCHLUSS

In dem Ermittlungsverfahren

g e g e n 5600 Wuppertal

w e g e n Vergehens gegen Par. 90 a StGB pp

wird die Durchsuchung der Wohnung des Beschuldigten ein-

schließlich sämtlicher Nebengelasse sowie vorhandener Kraftfahrzeuge angeordnet. Zugleich wird die Beschlagnahme evtl. aufgefundenen Beweismittel angeordnet.

G r ü n d e :

Aufgrund der bisherigen Ermittlungen steht die Beschuldigte in dem Verdacht, an der Verbreitung der Schrift "De Knipselkrant" mitzuwirken, in der die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik beschimpft, zu strafbaren Handlungen aufgefordert wird und Polizeibeamte beleidigt werden.

Es ist zu vermuten, daß die angeordnete Maßnahme zur Auffindung von Schriften strafbaren Inhalts und von Unterlagen, die Hinweise auf den Bezug und die Verbreitung der oben bezeichneten Schrift geben, führen wird (vgl. Par. 102, 105 Abs. 1 StPO). Diese Gegenstände können als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein und sind daher zu beschlagnahmen (vgl. Par. 94 Abs 1, Abs. 2, 98 Abs. 1 StPO).

Wuppertal, den 28 Januar 1988

Zilkens
Richter am Amtsgericht

BEGLAUBIGTE ABLICHTUNG

Der Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof

Karlsruhe, den 4. Dezember 1987

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen geb. am wohnhaft in (1. Wohnsitz) und (2. Wohnsitz) wegen Verdachts des nach Par. 129a Abs. 3 StGB strafbaren Werbens für die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" durch Weiterverbreiten der niederländischen Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 15 vom 26. August 1987.

hier: Einleitung und Abgabe des Verfahrens

Vermerk:

Das vorliegende Ermittlungsverfahren richtet sich gegen geb. am in, wohnhaft in (1. Wohnsitz) und (2. Wohnsitz) wegen Verdachts des nach Par. 129a Abs. 3 StGB strafbaren Werbens für die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" durch Weiterverbreiten der niederländischen Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 15 vom 26. August 1987. Ihm liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Im Rahmen des gegen die unbekannten Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter der inkriminierten niederländischen Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 16 vom 16. Sept. 1987 sowie gegen deren Redakteur Paulus Leonardus Moussault, wohnhaft in Groningen/NL, eingeleiteten Ermittlungsverfahren, das inzwischen an die Generalanwaltschaft Düsseldorf abgegeben worden ist, wird aufgrund der Mitteilungen des Hauptzollamts Kiel vom 5. Okt. und vom 22. Okt. 1987 bekannt, daß auf dem dortigen Postamt gemäß Par. 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 zwei Postsendungen mit jeweils fünf Exemplaren der vorbezeichneten Druckschrift angehalten worden sind, die für den Beschuldigten bestimmt und an die Adresse ... in ... bzw. an dessen Postfach auf dem Postamt gerichtet waren. Beide Päckchen sind aus den Niederlanden versandt worden.

Die Sendung mit der Anschrift ... war darüber hinaus mit einem Begleitschreiben der Herausgeber von "De Knipselkrant" vom 27. Sept. 1987 versehen, wo u.a. folgendes ausgeführt ist:

"Preisindikation Knipselkrant Nr. 16 die neue Situation veranlaßt uns nur noch gegen Vorauskasse zu liefern, also ein Negativsaldo ist nicht mehr möglich.
Grüßen Knipselkrant".

Zwar haben die vorbezeichneten Postsendungen der Erstverbreiter der Ausgabe Nr. 16 von "De Knipselkrant" den Empfänger nicht erreicht, so daß von diesem die darin enthaltenen Exemplare nicht weiterverbreitet werden konnten.

Aufgrund der Anzahl der zugesandten Exemplare und des vorerwähnten Schreibens vom 27. Sept. 1987, wo unter Bezugnahme eines großen Teils der Vorausgabe Nr. 15 der Druckschrift "De Knipselkrant vom 26. August 1987 auf dem Postamt in Rheine hingewiesen und eine neue Zahlungsmodalität bekanntgegeben wird, besteht jedoch der Verdacht, daß jedenfalls mehrere Exemplare der Ausgabe Nr. 15 der Druckschrift, gegen deren Herausgeber und Erstverbreiter der Generalbundesanwalt das inzwischen an die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf abgegebene Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Werbens für die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" eingeleitet hat (vgl. den anliegenden Vermerk von 2. Sept 1987), den vorgesehenen Empfänger erreicht haben und von ihm in Kenntnis ihres gemäß Par. 129a Abs. 3 StGB strafbaren Inhalts weiterverbreitet worden sind.

Die originäre Zuständigkeit des Generalbundesanwalts ist somit gegeben (Par. 142a Abs. 1, Par 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG).

Das Verfahren ist jedoch von minderer Bedeutung i.S. von Par. 142a Abs. 2 Nr. 2 GVG. Einer Abgabe an die Landesstaatsanwaltschaft stehen auch Gründe des Par. 142a Abs. 3 StGB nicht entgegen, weil besondere Interessen des Bundes nicht berührt werden und weil auch das Interesse der Wahrung der Rechtseinheit die Verfolgung der Tat durch den Generalbundesanwalt nicht gebietet.

Das Verfahren ist deshalb gemäß Par. 142a Abs. 2 Nr. 2, Par. 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG an die Staatsanwaltschaft bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig abzugeben.

Im Auftrag
Ott

BEGLAUBIGTE ABLICHTUNG

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen

a) Paulus Leonardus Moussault, geb. am 4. Juni 1958 in Zaandam, Niederlande, wohnhaft in Groningen/NL

b) Unbekannt

wegen Verdachts von Vergehen nach Par 129a Abs. 3 StGB u.a.
(Werben für die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" u.a. durch Verfassen, Herstellen und Erstverbreitung der Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 15 vom 26. August 1987)

Hier: Einleitung des Ermittlungsverfahrens; Postbeschlagnahme

Vermerk:

a) Das nach dem Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote (GÜV) vom 24. Mai 1961 (Bundesgesetzblatt I Seite 607 ff) zuständige Hauptzollamt in Münster (Zollfahndungsdienst) unterrichtete am 1. September 1987 fernmündlich die Bundesanwaltschaft davon, daß sich auf dem Postamt in 4440 Rheine 98 Streifbandexemplare der niederländischen Alternativzeitung "De Knipselkrant" Nr. 15 vom 26. August 1987 mit dem Absender "De Knipselkrant, Postbus 7001, 9701 JA Groningen, Niederlande" befinden. Eine inhaltliche Überprüfung der Zeitung gemäß Par. 2 Abs. 2 GÜV habe ergeben, daß sich auf den Seiten 755 ff der Abdruck der Selbstbezeichnung der terroristischen Vereinigung "Rote Zora", dem feministischen Flügel der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" zur Brandanschlagserie auf Filialen der Adler-Bekleidungswerke am 15. August 1987 befindet.

Hinsichtlich dieses Anschlags führt der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof das Ermittlungsverfahren 1 BJA-172/87-4.

Die zweiseitige und mit dem Symbol der "Roten Zora" versehene Bekennung hat folgenden Wortlaut:
(.....)

Die zweite Seite der Tatbekennung besteht aus einer offensichtlich aus einem Firmenkatalog abgelichteten Karte mit dem Umrissen der Bundesrepublik Deutschland, Westberlins und Teilen von Luxemburg und der Schweiz, in die die Niederlassungen der ADLER/Bekleidungswerke eingezeichnet sind. Auf der Karte sind die Orte, an denen die Brandanschläge verübt wurden, von den Verfassern des Bekenennungsschreibens zusätzlich durch aufgemalte Flammen gekennzeichnet.

b) Die Wiedergabe und Verbreitung dieser Tatbekennung begründet gegen die unbekannten Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter der Druckschrift "De Knipselkrant" sowie gegen den (mit-) verantwortlichen Redakteur Paulus Leonardus Moussault den Anfangsverdacht des Werbens für die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" gemäß Par. 129a Abs. 3 StGB. Hierfür sind auch folgende Gesamtumstände von Bedeutung:

Die hier in der Vergangenheit gewonnene Erkenntnisse zeigen, daß die niederländische Zeitschrift "De Knipselkrant" in der deutschen linksextremistischen und linksterroristischen Szene weite Verbreitung gefunden hat und dort gewissermaßen zur "Pflichtlektüre" geworden ist. Dies gilt in verstärktem Maße, seit die entsprechenden deutschen Druckschriften "radikal" und "s'Blättle" infolge hiesiger Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Verantwortlichen praktisch als Mitteilungsblätter für die interessierten Kreise ausgefallen sind.

"De Knipselkrant" erscheint seit August 1978 in ca. 35 Ausgaben jährlich im niederländischen Groningen und enthält Beiträge in Deutsch (hauptsächlich, da hier der Schwerpunkt der "Berichterstattung" und Verbreitung liegt) Holländisch und Englisch.

Intention und Zielrichtung der Druckschrift ist erklärtermaßen (siehe die Rückseite des ständigen Deckblatts) die Sammlung und Verbreitung von "Documents and Analysis of the Illegal Front" wobei die gleichzeitige Abbildung einer verummten Frau mit einer Maschinenpistole im Anschlag keinen Zweifel an der militanten Ausrichtung des Blattes aufkommen läßt.

In einer jeder Ausgabe vorangestellten Erklärung des Redaktionskollektivs heißt es dazu auszugswiese weiter:

"Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion, Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensurierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig...
Diese Zeitungen haben eine enorm wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst, über die Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis... Wir verstehen De Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstands..."

Weiterhin hieß es in einer Erklärung der Redaktion, veröffentlicht in der Ausgabe Nr. 22/86 vom 24. September 1986 auszugswiese:

"Der imperialistische Staat der Multinationals sieht sich konfrontiert mit: einer Internationalisierung des Klassenkriegs, einer Zusammenschmelzung, Zusammenarbeit sowohl politisch als organisatorisch von diversen Guerillaorganisationen...
Die aktuellen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems weltweit angreifen!
Eine Entwicklung die sich vornehmlich in der BRD abzeichnet: Beckurts - Frauenhofer Institut - Dornier - BGS-Westinghouse - BfW - Panavia...
Der Stein, den sie aufgehoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen
Sieg im Volkskrieg
Der Kampf hat erst begonnen!"

Die vorstehenden Erklärungen zeigen deutlich, daß das Ziel der Verantwortlichen von "De Knipselkrant" zumindest auch die Werbung für bestehenden terroristischen Vereinigungen in der Bundesrepublik "RAF" und "RZ" ist, deren Tatbekennungen aus den genannten Gründen regelmäßig abgedruckt werden.

Wie sich aus mehreren Beiträgen der Druckschrift, zuletzt in den "Hausmitteilungen" in der Ausgabe Nr. 9/87 vom 6. Mai 1987 ergibt, ist der niederländische Staatsangehörige Paulus Leonardus Moussault, geboren am 4. Juni 1958 in Zaandam/Niederlande, wohnhaft in Groningen, Redakteur von "De Knipselkrant" und daher nach deutschem Presserecht für deren Inhalt (mit-) verantwortlich.

c) Obwohl die Druckschrift im niederländischen Groningen hergestellt und von dort aus verbreitet wird, liegt gemäß Par. 9 Abs. 1 StGB mit ihrem Versand in die Bundesrepublik ein inländischer Tatort vor, da hier nach den Vorstellungen der Täter der gewünschte Erfolg eintreten soll. Deutsches Strafrecht findet daher Anwendung, Par. 3 StGB.

Da es sich nach hiesigen Erkenntnissen bei den auf dem Postamt in 4440 Rheine sichergestellten Exemplaren nur um einen Teil der Gesamtauflage von "De Knipselkrant" Nr. 15 handelt, ist davon auszugehen, daß die restlichen Druckschriften ihre inländischen Adressaten erreicht haben.

d) Aufgrund der vorgenannten Sach- und Rechtslage wurde seitens der Bundesanwaltschaft am 1. September 1987 hinsichtlich aller 98 festgestellten Exemplare die vorläufige Postbeschlagnahme wegen Gefahr im Verzug angeordnet und Herr Brücher vom Zollfahndungsdienst in Münster mit der Durchführung beauftragt. Dieser wird die Postsendung per Bahnkurier unverzüglich der Bundesanwaltschaft zuleiten.

Im Auftrag
Besse

MITTEILUNG DER KNIPSELKRANT

die knipselkrant ist nicht justizabel, weil der staat des kapitals als die reaktionäre seite des widerspruchs gezwungen ist, uns, die knipselkrant, in der entwicklung der sozialen krise exemplarisch als die möglichkeit und die aktualität einer revolutionären entwicklung zu verfolgen, notwendig in den kategorien des kriegs, denn die guerilla und die artikulation ihrer politik in der knipselkrant, diese politische strategie ist teil des weltweiten ant imperialistischen befreiungskriegs, der die krise in den metropolen determiniert.

NOCHMALS ZUR STARTBAHN

EINSCHÄTZUNGEN UND INFORMATIONEN ZU DEN VORFÄLLEN AN DER STARTBAHN AM 2.11.

bei einer demo am 2.11. zum 6. jahrestag der hüttendorfräumung an der startbahn wurden 2 bullen erschossen und mehrere schwerverletzt.

schon in der nacht begann die erste durchsuchungswelle. sie hatte 5 hauptstoßziele:

a) personen deren nummernschilder notiert worden waren in der nähe des demotreffpunkts, sowie solche die in der später aufgebauten ringfahndung auffielen.

b) personen, denen die bullen schon 86 einen umgesägten strommast unterschoben wollten. in diesem zusammenhang wurden andreas eichler und mike schon mal in u-haft gesteckt. andreas saß damals schon trotz akutesten beweis mangel mehrere monate. dies zeigt, daß die schweine es auf andreas schon damals abgesehen hatten.

c) wiesbaderinnen die als kontinuierliche startbahngegnerinnen bekannt waren.

d) projekte und einzelpersonen, die sich bekanntermaßen mit "bewaffnetem kampf" beschäftigen.

e) libertäres zentrum und vermeintliches umfeld.

bei dieser 1. durchsuchungswelle wurden leute mit bildern, tonaufnahmen etc. konfrontiert, um sie zu verunsichern. es sollten personen zuordnungen gemacht werden.

leider erhielten die bullen während diesen aktionen aussagen, spekulationen, zuordnungen verschiedener personen in gruppen und scheinbare informationen über die strukturen im rhein/main gebiet und darüber hinaus. mit diesen informationen starteten sie eine 2. durchsuchungswelle.

die hauptstoßrichtungen waren:
a) angebliches umfeld von frank hoffmann
b) nochmals wiesbaderinnen

bei der 2. durchsuchungswelle zeichnet sich schon ab, daß die fahndung sich nicht mehr nur auf die strüsse bezog, sondern schon darauf ausgelegt ist, militante strukturen im allgemeinen auszuleuchten. in dieser phase, liefen auf die ersten anwerbeversuche des verfassungsschutzes. langsam (leider viel zu spät) begann die scene über eine generelle aussageverweigerung zu diskutieren. in diese beginnende diskussion fiel die 3. durchsuchungswelle. diese fand hauptsächlich in rüsselsheim und nähere umgebung statt. es wurde angeblich nach frank hoffmann gesucht. bei diesen durchsuchungen gab es zwei festnahmen, die sich konkret auf aussagen einer person stützten. ab jetzt wurde entgültig klar, daß dies alles mit den schüssen nichts mehr zu tun hat. die fahndung bezieht sich

auf alle militanten aktionen die in den letzten 3 jahren im rhein/main gebiet gelaufen sind, von mastsägen über wahlurnenklaus bis hin zu anschlügen der RZ ist alles dabei. um andreas und frank wird nun eine terroristische vereinigung nach 129a konstruiert und ihnen werden als "köpfe" (rädelsführer) diese anschlüge untergeschoben. zu dieser terroristischen vereinigung zählt der staatschutz mittlerweile 9 weitere menschen. gegen alle elf besteht haftbefehl, 4 leute sitzen im knast, 2 sind noch nicht aufgefunden und die restlichen haben aus verschiedenen gründen haftverschöpfung erhalten.

anhand dieser praxis muß klar werden, das prinzipiell keinerlei aussagen gegenüber den staatsgewalten gemacht werden dürfen. wobei eigentlich klar sein sollte, daß mensch bei den bullen noch nicht mal hingehen, geschweige denn aussagen machen muß.

jeder sich im widerstand befindliche mensch sollte ein klares verhältnis zu diesem staat haben, der sie/er bekämpft. d.h. selbst wenn jemand probleme mit irgendeiner aktione hat, darf mensch dem staatsapparat nie informationen liefern. das führt letztendlich nur zur zerschlagung aller widerstandsstrukturen. sachen wie sie in rhein/main gelaufen sind, daß klaus wetzel und roberto cosh ihre bilder vom 2.11. für je 5000,- dm an die medien verkauften darf es in unseren strukturen nicht mehr geben.

hier zeigt sich, daß wir unsere prinzipielles verhältnis zu aufnahmen in bild und ton neu überdenken müssen, denn inwiefern können wir auch leuten, die schon seit jahren im widerstand bewegen, vertrauen, daß sie verantwortungsvoll mit gemachten aufnahmen umgehen.

mike der mit andreas zusammen schon einmal wegen angeblichen mastsägeaktion in u-haft kam, gab bei der festnahme wegen den schüssen ein seitenlanges protokoll ab, obwohl er nicht einmal an der startbahn war. auch wenn achim der jahrelanger sprecher der bi ist, bei den bullen aussagt, daß andreas eichler und andreas semisch immer zusammenhängen würden, ist total übel.

all diese beispiele sehen wir im zusammenhang mit verrat, da diese leute sich alle seit langem in politischen zusammenhängen befinden, und somit müßte ihnen klar sein, was diese aussagen und personen zuordnungen bewirken können, in unseren augen sind diese leute jetzt erstmal verräter, wir machen dies an den fakten fest, wie sie bislang für uns gegeben sind. wir haben für uns erstmal eine wertigkeit festgelegt woran wir verrat messen wollen, wir differenzieren dahingehend, inwiefern menschen ein gefestigtes "politisches bewußtsein" haben müßten, wenn sie sich solange in unseren strukturen bewegen. bei dem was leute da so teilweise mitkriegen könnten oder mitmachen, muß eine prinzipielle aussageverweigerung das mindeste sein, worauf wir uns verlassen müssen, da wir sonst handlungsunfähig werden.

allerdings sollte diese diskussion um und über verrat endlich geführt werden, um genau einschätzen zu können, was verrat ist wie wir damit und den verrätern umgehen. es ist sicher, daß wir immer wieder fehler machen werden jedoch ist es letztendlich wichtig, wie wir mit diesen umgehen.

wir fordern von denen die aussagen gemacht haben, daß sie genaue gedächtnisprotokolle anfertigen und für alle zugänglich machen, was sie alles gesagt haben und wen sie eventuell belastet haben. zusätzlich fordern wir das sie alle gemachten aussagen zurückziehen und ab sofort jegliche aussage verweigern.

ein gewaltiger fehler der von total vielen gemacht wurde, war, daß erstmal massenhaft distanzierungen und spekulationen über eventuelle täter kamen. auf einmal bezog mensch sich wieder auf die propaganda der schweine (incl. taz).

diese distanzierungen, und das angebot der bullen, haftverschöpfung bei aussage, hat es einigen bestimmt leichter gemacht auszusagen, da sie sich moralisch gestützt fühlten. was mittlerweile klar ist, daß die leute die ausgesagt haben immer weiter von den bullen belästigt werden, die immer neues wissen wollen.

trotz aller scheiße die bis jetzt lief, ist es gerade jetzt wichtig einen gemeinsamen und offensiven weg mit der aussageverweigerung zu finden. es gab trotz allem leute die keine aussagen gemacht haben. deshalb steht demnächst beugehaft an. bei peter paschke wurde sie nach auferlegung eines ordnungsgeldes von 400,- dem angedroht und beantragt. es ist wichtig das in allen politischen zusammenhängen in der brd reagiert wird. sollten die schweine es schaffen, die beugehaft im rhein/main gebiet durchzusetzen, werden sie versuchen das auf alle laufenden und kommenden verfahren bundesweit anzuwenden. versucht haben sie es schon im verfahren gegen luiti, eva und chris in stammheim.

was sich hier eindeutig zeigt, die 2 toten bullen werden dazu benützt, im ihre aufstandsbekämpfungsmaschinerie die sie sich schon seit langem geschaffen haben, auszuprobieren. dies läuft auf zwei ebenen, nämlich widerstand und bevölkerung. den widerstand versuchen sie in die verschiedensten teile zu zersplittern. es wird leuten bei aussage haftverschöpfung angeboten oder es geht soweit, daß sie versucht haben bestehende widersprüche zwischen anti-imps und autonomen für sich auszunutzen. anti-imps wurden im zusammenhang mit dem 2.11. kaum belästigt. in einem fall jedoch luden die staatschützer jemanden unfreiwillig in ein auto und fuhren mit ihm stundenlang durch die gegend. es wurden dabei fragen gestellt wie: wir wissen ja, ihr habt damit nichts zu tun, aber erzähl doch mal was du so weißt. (es wurde keine aussage gemacht)

bei der bevölkerung wird die akzeptanz ausprobiert, in wieweit sie ihre staatsterroristischen maßnahmen durchziehen können. sie haben z.b. die generalvollmacht überall im rhein/main gebiet, bis zum 19.1 straßensperren zu errichten, wovon sie regen gebrauch machen. kaufhäuser werden paramilitärisch abgeriegelt und leute mit der knarre am kopf herausgeführt. aus kneipen werden leute rausgeholt oder die strasse davor wird abgesperrt und mensch kommt nur mit personalienkontrolle durch. hausdurchsuchungen bei eltern oder nichtszeneangehörigen mit angeblicher gefahr im verzug durchgesetzt.

lauschangriffe jeglicher art, telefone abhören, räume, autos und startbahnwald werden über wanzen und richtmikrofonen,

auch über größere distanzen hinweg vorgenommen. dies lief schon seit langem, nur wird es jetzt in einem maße durchgezogen, wie es noch nie der fall war.

eigentlich was dies allen vorher bekannt, daß trotzdem leute noch über irgendwelche bunker am telefon erzählten, zeigt, daß immer noch kein adäquater umgang damit gefunden wurde. viele unserer fehler und versäumnisse zeigen sich nun ganz deutlich. bei vielen von uns ist anscheinend das verhältnis zu staat, repression und knast nicht geklärt. militanz ansich sagt noch lange nichts über politisches bewußtsein aus, sie darf in unseren strukturen kein selbstzweck sein. militanz muß ein ausdruck von unseren inhaltlichen auseinandersetzungen und bestimmungen sowie unserer politischen stärke sein. prinzipiell müssen wir in unseren autonomen strukturen über knast und repression neu und effektiver diskutieren.

die gefangenen aus autonomen zusammenhängen, häuserkämpfen, startbahn, berlin 1. mal, freiburg pfingsten, gehen meistens für eine gewisse zeit in den knast, und sitzen dort mehr oder weniger vereinzelt ihre zeit ab. ob und wie unser kampf im knast weitergeht ist und wurde nie geklärt. doch spätestens jetzt müßten wir ein neues verhältnis dazu bekommen, denn es kann passieren, daß die schweine die gefangenen vom 2.11. für lange zeit einbuchten. ihr und unser kampf geht weiter. wir werden nicht zulassen, daß die identität der gefangenen zerstört wird, genauso wenig wie unsere eigene.

ANDREAS EICHLER

ihm lastet der staatsschutz die schüsse auf die bullen an, außerdem soll er einer der "köpfe" einer terroristischen vereinigung sein. die schweine machen diese für alle möglichen anschlüsse in rh/m verantwortlich. andy ist seit jahren in den startbahnwiderstand sozial eingebunden. schon seit langem versuchen die bullen ihm etwas anzuhängen. um den ständigen vorverurteilungen endlich ein ende zu setzen, muß hier nochmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß andreas keinerlei aussagen gemacht hat, geschweige denn frank hoffmann denunziert hat. seit dem 3.11. sitzt andy in der jva preungesheim im 10.stock des hochsicherheitstraktes in isolationshaft, das 24 punkte programm wird voll angewendet.

FRANK HOFFMANN

der angeblich "2.kopf" der terroristischen vereinigung wurde in seinem umfeld seit dem 5.11. nicht mehr angetroffen. die medien versuchten anfangs aus frank einen durchgeknallten psychopathen zu machen, später schwenkten sie jedoch um, und versuchten aus ihm den chefileologen zu machen.

REINER HÜBNER

sitzt seit dem 23.11., zuerst in ff/m höchst, später in der jva preungesheim, vorwurf 129a. das 24 punkte programm wird voll angewendet.

ANDREAS SEMISCH

seit dem 25.11. in haft. er stellt sich bei einem vorladungstermin. obwohl er eine kleine tochter hat, um die er sich kümmern muß, er sozial eingebunden ist und gegen ihn außer einer personenzuordnung und an den haaren herbelgezogenen indizien nichts vorliegt bekommt er keine haftverschöpfung, trotzdem in einem anderen fall mit der begründung soziale einbindung haftverschöpfung gewährt wurde. auch bei ihm 129a. er sitzt in der jva frankenthal, mit dauerlicht in der zelle. das 24 punkte programm wird nicht voll angewendet. bei allen 129a verfahren brauchen sei keinen konkreten tatnachweis, sondern es genügt eine geistige mittäterschaft auszubauen.

JÜRGEN BOGUSCHESKI

wurde aufgrund einer aussage mit dem vorwurf strafvereitelung verhaftet. er wird 14 tage später wieder entlassen, obwohl er jede aussage verweigerte.

Schreibt den Gefangenen:

ANDREAS EICHLER jva preungesheim
REINER HÜBNER jva 1 preungesheim
ANDREAS SEMISCH jva frankenthal

über den zuständigen ermittlungsrichter an bgh
herrenstraße 45a
7500 karlsruhe

FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN VOM 2.11.
SOLIDARITÄT MIT ALLEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN!
FREIHEIT FÜR ANDREA UND ERIK AUS DER KIEFERNSTRASSE!
FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN FRAUEN DIE AM 18.12. FESTGENOMMEN WURDEN!
EINSTELLUNG ALLER STRAFVERFAHREN!
FÜR DIE SOFORTIGE STREICHUNG DES PAR. 129A UND ALLER ANDEREN SCHÜFFELGESETZE!

AUTONOME AUS VERSCHIEDENEN STÄDTEN

FESTNAHME UND ERPRESSUNGSVERSUCH IN MAINZ AM 13.11. IM RAHMEN DER STARTBAHNFÄHNDUNG

es fing damit an, daß die beiden - eine genossin und ein genosse, die in wiesbaden wohnen - schon in den tagen vor der festnahme sehr stark das gefühl hatten, unter dauerobservation durch die bullen zu stehen. am tag ihrer festnahme wurde dieses gefühl zur gewissheit: die beiden fuhren zusammen nach mainz, wo die genossin in einem supermarkt arbeitet dabel begleiteten sie zumindest 7 zivildfahrzeuge mehr oder weniger offen. in einer kaffeepause in sb-restaurant des marktes nach ca. 1 1/2 stunden arbeit, stürmten ca. 30 typen und eine tante auf die beiden los. einige hatte die entscherte knarre in der hand und standen in schießhaltung vor ihnen. sie schrien: "hände hoch - keine bewegung - sie sind festgenommen." die beiden genossen wurden hochgerissen und als sie die telefonnummer eines anwalts und ihrer freunde riefen, wurde der genossin der arm herumgedreht, während der genosse auf den boden geworfen und ihm ein tritt in die fresse verpasst wurde.

die bullen, die sich natürlich nicht als solche zu erkennen gegeben hatten, schleppten die beiden in handschellen heraus, durchsuchten sie und verfrachteten sie in zwei getrennte autos, wobei bei der genossin im auto eine bullenschnepfe saß. auf die frage nach dem grund der festnahme erklärte einer der bullen: "haftbefehl, wegen 129a - kommt vom generalbundesanwalt". aus gesprächen der bullen untereinander bekamen die beiden mit, daß die aktion vom mek mit streifenunterstützung durchgeführt wurde.

die beiden wurden in das polizeipräsidium mainz gebracht, wo sie in die b-zellen gesteckt wurden, in denen sie und andere genoss/innen schon nach ihrer festnahme im mainzer kessel bei der demo gegen die ata saßen. für eine kurze zeit saßen die beiden in zellen, in denen sie sich über rufen verständigen konnten, dann wurde der genosse in einer zelle an anderen ende des gangs verlegt, sodaß die beiden sich zwar hören aber nicht mehr verstehen konnten.

nach ca. 2 stunden - gegen 14.30 uhr - holten sie den genossen aus der zelle. die genossin, der vorher mitgeteilt worden war, daß sie sich im gewahrsam befände, wurde kurze zeit später freigelassen.

ein herr hess und ein herr felk, zwei bullen, die - wie sich später herausstellte - vom hessischen lka waren und der 'sonderkommission startbahn' angehörten, nahmen den genossen in handschellen mit und erklärten ihm, daß sie ihn nach ff/m brächten. da von mainz nach wiesbaden stau war und auch in richtung ffm alles dicht, erklärten die bullen unterwegs, daß sie nach wiesbaden ins lka führen.

auf die frage des genossen, ob ihm die bullen die handschellen abnehmen könnten, nahm ihm einer der bullen die dinger ab. er benutzte diese scheinbar menschliche geste gleich dazu in ein gespräch mit dem genossen zu kommen: "ich nehme ihnen die dinger jetzt ab, aber ich sage ihnen auch gleich, daß ich keine hemmungen habe auf sie zu schießen, wenn sie auch nur den geringsten fluchtversuch unternehmen - es geht nämlich nicht nur um 129a, sondern um mord"...und weiter "der ganze staatsschutzkram interessiert uns sowieso nicht, es geht uns ausschließlich um die sache an der startbahn - wir können das 129a-verfahren auch fallenlassen, wenn sie als zeuge in der startbahnsache aussagen..."

er erzählte dem genossen, das es angeblich einen zeugen aus dem autonomen spektrum gäbe, der ihn - verummt - an der startbahn in der gruppe von leuten gesehen haben will, aus der heraus die schüsse fielen. kurz darauf fragte der bulle den genossen wieder nach einem alibi.

obwohl er bereits erklärt hatte das er nicht sage und seinen anwalt sprechen wollte, redeten beide bullen immer wieder auf ihn ein. dabel versuchten sie in der folge vor allem die politische einschätzung des genossen zur aktionen an der startbahn aus ihm herauszuquetschen, da sie sahen, daß sie mit dem versuch informationen aus ihm herauszupressen, nicht landeten. es folgten provokationen, wie: "wir wissen doch, daß so so etwas nicht gut finden und wir glauben persönlich auch nicht, daß sie etwas damit zu tun haben. aber überlegen sie dochmal, wenn sie wegen einer aktionen einfahren, die sie überhaupt nicht vertreten können - lebenslänglich..." und "das passt doch gar nicht ins konzept der westeuropäischen front, naja, die GRAPO hat sich distanziert, die AD ist zerschlagen und die RAF ist eh isoliert - immer mehr springen ab, so wie wackernagel, und sogar ihre führer begehen selbstmord..."

zur art der festnahme erklärte der bulle noch: "bei ihre aktion-lage mußten wir mit dem schlimmsten rechnen. schließlich sind handschriftliche notizen von ihnen bei frau hornstein gefunden worden (das ist luiti, eine von den dreien, die letztes jahr in rüsselsheim im eiscafé verhaftet wurden) - so behauptete er einfach frech; und außerdem: "die jungs vom sonderrein-satzkommando sind halt so - sie sind eben so trainiert..." das ganze wie gesagt auf der fahrt von mainz nach wiesbaden, die ja wegen des staus beinahe 1 1/2 stunden gedauert hat.

nach ankunfts im lka in wiesbaden konnte der genosse seinen anwalt sprechen. es wurde ihm erklärt, daß er, wenn die parallel dazu stattfindende hausdurchsuchung keine wesentlichen erkenntnisse liefere, mit großer wahrscheinlichkeit freigelassen würde, ohne dem hafrichter vorgeführt zu werden, was dann auch ca. 2 stunden später geschah. das, was man landläufig unter verhör versteht, ging schließlich ziemlich schnell - die ganzen versuche waren ja schon im auto gelaufen... später erfuhr die genossin noch, daß ihr job im supermarkt auch weg war - die bullen hatten den ganzen markt umstellt, der marktleiter hatte panik bekommen - er sollt mitgeteilt haben bekommen, die ganze aktion sei eine übung. nachdem er mitgeklagt hatte, daß die beiden festgenommen worden waren, sprach er ein hausverbot aus.

in den tagen danach rief das lka noch mehrere male bei dem genossen an - die gründe waren mehr oder weniger an den haaren herbelgezogen - einmal wollten sie ihm die beschlagnahmten gegenstände bringen, was absolut unüblich ist, zumal es sich dabel nur um ein paar blätter handelte, das andere mal wollten sie den durchsuchungsbeschuß an ihm persönlich

übergeben, obwohl sie am allerbesten wußten, daß sie ihn bereits bei der durchsuchung auf den tisch gelegt hatten.

was uns an dem ganzen terror aufgefallen ist

wir begreifen das, was am 13.11 gelaufen ist, als einen erpressungsversuch. es war erpressung, weil hinter den schmierigen fragen und angeboten auch eine massive drohung gesteckt hat. wenn dir die bullen so kommen, dann wollen sie dir vermitteln: "pass bloß auf - wir können dich jederzeit und überall holen und wenn du aufmuckst, kriegst du auch noch 'ne kugel ab..."

so, wie die festnahme war, woll sie verdeutlichen: "du hast keine chance - es gibt kein entkommen vor dem apparat..." wenn sie dir in dieser situation auch noch was von "haftbefehl..." erzählen, dann glaubst du es schon beinahe selbst, daß du die nächste zeit erstmal weg bist, obwohl du weißt, daß die aussage eines bullen direkt bei der festnahme eben auch den sinn hat, dich in panik zu versetzen und zu desorientieren.

der terror, den sie in den ersten momenten und stunden nach der festnahme abziehen, zielt darauf, dich zu erpressen, sie wollen sich damit den raum schaffen, in dem du - im unklaren darüber, was sie von dir wollen und in panik, was sie mit dir noch machen, auf ihre glibbrigen annäherungsversuche einsteigst. mann kennt das ja: erst die knallharte tour mit prügeln oder drohungen - dann die verständnisvollen bullen, die auf deine momentanen probleme einzugehen scheinen. trotzdem ist diese tour in der situation, wo du noch garnichts weißt und mit ihnen alleine bist, gerade nach so einer festnahme ziemlich gefährlich. die bullen, die dich verhören wollen, arbeiten dabel mit subtilen psychologischen tricks: sie gehen davon aus, daß du durch die festnahme ziemlich angespannt und erregt bist. sie setzen darauf, daß es bei dir das bedürfnis gibt, daß sich diese anspannung löst und du endlich mal weißt, was sache ist (dieses bedürfnis ist absolut menschlich). in dieser situation versuchen sie, über banale punkte gemeinsamkeiten mit dir herzustellen, also deine anspannung wieder wegzunehmen ("das ist ein scheißtag heute - freitag der 13. wir stehen im stau und sie haben auch pech..."). diese "gemeinsamkeiten" sollen dann den boden bilden, für ein gespräch mit ihnen.

die bullen, die dir so kommen, wissen natürlich - so gut, wie es für sie möglich ist, über dich bescheid. sie kennen deine politische geschichte und deine kontakte. sie haben sich genau darauf vorbereitet, welche tour unter umständen bei dir ziehen könnte. ihre provokationen zielen darauf, an dich und deine politische identität heranzukommen. sie wollen dich aus der defensive herauslocken und wie hier, politische widersprüche, die sie zu dieser aktione vermuten, offenmachen, um dann weiter anzusetzen (originalton im auto: "sie als RAF finden das doch bestimmt nicht gut..."). sie bauen darauf, daß du diesen "lockeren plausch" z.b. mit ihnen im auto, nicht als verhör erkennst - daß du anfängst mit ihnen zu quatschen und in ihnen die menschen und nicht die bullen siehst.

MERKE:

bulle ist kein beruf, wie bäcker, bankangestellter oder lkwh-fahrer! bulle zu sein ist eine einstellung. - eine identität. zwischen uns als revolutionären und ihnen gibt es keinerlei gemeinsamkeit. die "persönliche meinung" eines bullen über die er mit dir reden will, ist genau dieselbe ideologie, aus der heraus er dir im nächsten moment einen knüppel über den kopf zieht.

deshalb:

JEDES WORT MIT IHNEN IST ZUVIEL!

der staat versucht, im windschatten der ereignisse vom 2. an der startbahn gegen den gesamten widerstand hier vorzugehen. es geht ihm nicht nur darum, den startbahnwiderstand endlich kaputtzumachen. er begreift die momentane situation für sich als möglichkeit über gerüchte, lügen und erpressung, die verschiedenen teile des widerstands voneinander zu spalten, daß sie leichter zerschlagbar sind. obwohl die 'sonderkommission startbahn' sicher das interesse hat, die ereignisse vom 2. lupenrein aufzuklären, so dem fahndungsdruck gerecht zu werden und ein paar stufen nach oben zu schleimen, wird die politische linie dessen, wie der staat weiter vorgeht, auf höherer ebene entschieden: die bundesanwaltschaft (BAW) hat das verfahren an sich gezogen, die baw ist als gehaltstelle zwischen den politischen, geheimdienstlichen, juristischen und politischen-propagandistischen interessen der herrschenden, als einzige in der lage dazu, genau die konstrukte aufzubauen, die die herrschenden für die verschärfung des konterrevolutionären krieges hier brauchen. wenn die baw entscheidet, eine hausdurchsuchung zu machen, jemanden von uns als zeugen zu laden oder zu verhaften, so ist das immer eine politische entscheidung. ihre funktion ist aufstandsbekämpfung, sowohl präventiv, als auch real.

das interesse der herrschenden, im windschatten der ereignisse an der startbahn gegen den ganzen widerstand vorzugehen und dabei seinen revolutionären teil zu isolieren und zu zerschlagen, wird an der aktion am 13.11. besonders deutlich: der genosse, gegen den der erpressungsversuch lief, kämpft schon lange im widerstand, deswegen wurde er schon desöfteren vor die bundesdeutschen klassenjustiz gezerrt und es liefen schon mehrere ermittlungsverfahren gegen unterstützung und zugehörigkeit zu einer "terroristischen vereinigung" gegen ihn. er schreibt sich mit gefangenen genossen und hat früher einmal mit einem genossen zusammengewohnt, der von den bullen als mitglied der RAF gesucht wird. aus diesem und andern gründen läuft aktuell noch ein anderes ermittlungsverfahren gegen ihn, wegen unterstützung der RAF. auch wenn sich kein konkreter zusammenhang mit den ereignissen an der startbahn konstruieren ließ, reichte seine politische geschichte dazu, den ganzen terror gegen ihn abzuziehen und ihn in der presse als drahtzieher zwischen "militanten autonomen und dem umfeld der RAF" aufzubauen (Die Welt, 27.11. und 2.12.), bzw. über ihn eine spur zum fall karry '81 zurückzulegen. offener als der bulle im auto kann man es eigentlich gar nicht mehr sagen: "wenn sie mich persönlich fragen, dann glaube ich gar nicht, daß sie etwas mit der sache zu tun haben..."

die herrschenden wissen selbst, auf was für einem dünnen Boden sie sich mit solchen Aktionen bewegen. Sie gehen davon aus, daß sich die Widersprüche zu ihrem Terror quer durch alle Schichten und Gruppen der Gesellschaft ziehen. Deshalb wollen sie erstmal Tatsachen schaffen - die Menschen hier an solche Methoden gewöhnen. Sie benutzen die momentane politische Schwäche des Widerstands hier, um mit ihrer denunziatorischen Propaganda den Menschen in den Kopf zu hämmern: Widerstand ist zwecklos und ohne jede Berechtigung.

Die Ideologie, die dahinter steckt, zeigt nur die ganze politische Schwäche, die herrschenden wissen nur zu gut selbst, daß ihr ganzer Terror noch lange nicht die Ursachen beseitigt, aus denen heraus Menschen hier aufwachen und anfangen zu kämpfen. Immer mehr haben die Schnauze voll von dem Leben in diesem System, das nichts mehr zu bieten hat, außer noch mehr abstumpfenden Konsum, noch mehr Maloche, noch mehr Drogen und Soff, noch mehr Kontrolle und Bullen. Sicher entscheiden sich diese Menschen aus der Perspektivlosigkeit des Normalzustandes hier, noch lange nicht für den revolutionären Kampf. Trotzdem haben die herrschenden mit dem Kampf um die Hafenstraße einen kleinen vorgeschmack davon erhalten, was in den nächsten Jahren auf gesamtgesellschaftlicher Ebene noch auf sie zukommt, wenn der organisierte Widerstand entschlossen und unbeirrbar - an politischen Zielen und Vorstellungen orientiert in gesellschaftliche Widersprüche eingreift und so für immer mehr Menschen hier zur Perspektive wird. Hätte es in Hamburg nicht Ansätze dieses Prozesses gegeben, gäbe es jetzt die Häuser wohl nicht mehr. Die Vielfältigkeit der Solidarität mit der Hafenstraße spricht für sich.

Genau auf diese Auseinandersetzung bereiten sich die herrschenden mit solchen Aktionen, wie am 13.11. auch vor. Ihre Aktion war militärische Übung, so wie es die Bullen auch dem Marktleiter sagten

- Festnahme im vollen Supermarkt als Test für Ihre Abgreifkommandos
- psychologischer Test - wie reagiert die Bevölkerung in Paniksituationen

und Teil ihres Abräumprogramms zugleich. Dieses Abräumprogramm haben sie, um immer, wenn es ihnen politisch opportun erscheint, genau die Genoss/inn/en von uns holen können, von denen sie denken, daß sie wichtig für den Kampf sind. Die politische Wirkung, die sich die herrschenden von solchen Aktionen versprechen ist, daß die Menschen hier noch mehr den Kopf einziehen - jeder Funke von Solidarität mit unserem Kampf aus ihren Köpfen verschwindet und daß sie an solcherlei Terror gewöhnt werden. Die Imperialisten brauchen das, für das was sie anwenden und ausweiten werden, wenn der revolutionäre Kampf hier stärker wird: Verhaftungen, Masseninternierungen, Folter, Erschließungen, neben dieser Konditionierung der Menschen hier zielen sie mit ihren Erpressungen und Drohungen darauf unseren Widerstand zu demoralisieren - und wenn einige auf ihre Erpresserischen Angebote einsteigen käuflich zu machen und zu spalten - denn - ein gespaltenen Widerstand kann leichter zerschlagen werden. Anrufe und Anquatschversuche von Bullen und Verfassungsschutz, Durchsuchungen, Alibifragen, Zeugenvorladungen, in denen bei Aussageverweigerung beugehaft angedroht wird, Haftbefehle und Cla-foltermethoden, wie sie bei einer Genossin angewandt wurden, als ihr die Bullen mit dem Handballen auf das Trommelfell schlugen, sind Mittel staatlicher Erpressungspolitik. Auch wenn die Erpressung jetzt ganz offen vom Staatsapparat organisiert wird, liegen für uns Parallelen zu den 'Millionenbriefen' letztes Jahres auf der Hand. Damals wurden aus Staatsschutzkreisen (wie sich später herausstellte) Briefe von einer anonymen und scheinbar außerhalb des Einflusses des Staates stehenden Organisation an Genoss/inn/en aus dem Widerstand geschickt. In diesen Briefen, die während und kurz nach der Offensive von Guerilla und Militanten verschickt wurden, bot man ihnen eine Million für den Verrat ("hinweise auf Aufenthaltsort...") an Genoss/inn/en aus der Guerilla.

Gerade deshalb wollen wir die Revolution! weil wir wissen, daß das Wesen dieses Systems Erpressung ist. Mit ihrer Wohnungspolitik (sozial) - im Arbeitsamt und bei der Maloche (ökonomisch) - mit ihren Gesetzen und ihren aufstandsgekämpfungstruppen (politisch und militärisch) - kämpfen wir dagegen, im praktischen Prozeß versuchen wir, zusammen, diese staatliche Erpressungspolitik zu durchbrechen - uns nicht alleine einmachen zu lassen. Und uns so Stück für Stück unserer Menschlichkeit zurückzuerkämpfen. Mit ihrem Terror wollen die herrschenden, daß wir unsere Ziele und Vorstellungen aus den Augen verlieren, sie wollen, daß wir uns nur noch mit ihrer Repression auseinandersetzen. Es ist aber eine politische Frage und liegt in erster Linie an uns, wie weit sie mit ihrem Vorstoß jetzt kommen. Wenn jetzt einige von uns auf die eine oder andere Art erpressbar sind, werden sie weitermachen mit ihrem Terror, weil sie sehen, daß er Wirkung zeigt. Niemand wird uns mehr ernstnehmen und sich an uns orientieren. Es liegt an uns, die Diskussion daran zu führen, was die Ziele dieser Erpressungspolitik sind und welche Ziele wir haben. Es liegt an uns, Wege zu finden, wie wir mit dem Staats- und Justizterror gemeinsam umgehen und ihn durchbrechen können. Die Erpressung ist kein individuelles Problem. Dagegen stark zu sein und zu bleiben müssen wir uns erkämpfen - zusammen, aber auch jede(r) von uns! so etwas ist uns nicht angeboren, sondern wir müssen lernen uns zu bewegen in der Konfrontation, auch wenn sie hart ist. Nicht als Django, an denen der ganze Terror nur abgleitet, sondern im bewußten gemeinsamen Prozeß, werden wir die Konterrevolution durchbrechen und uns Handlungsfähigkeit erkämpfen - für uns - für die Genoss/inn/en in der Hafenstraße - für die Gefangenen revolutionäre für die Revolution!

ZWISCHEN UNS UND DEM FEIND KLAREN TRENNUNGSSTRICH ZIEHEN
KEINE HINWEISE AN BULLEN UND JUSTIZ

LIEBE UND KRAFT

FÜR ANDREAS, RAINER UND ANDI
FÜR UNSERE GEFANGENEN, GENOSS/INN/EN, DIE HIER UM IHRE ZUSAMMENLEGUNG KÄMPFEN UND DIE GENOSSEN VON ACTION DIRECTE, DIE SEIT 2.11. IM HUNGERSTREIK SIND FÜR IHRE ZUSAMMENLEGUNG!!!!

ZU DEN DURCHSUCHUNGEN UND FESTNAHMEN VOM 18.2

Presseerklärung

der Prozeßgruppe Hamburg zur Verhaftung von Ulla Penselin

Schon lange ist Ulla in Hamburg politisch aktiv. Seit einigen Jahren arbeitet sie schwerpunktmäßig zu den Themen Bevölkerungspolitik, Humangenetik und Gentechnologie. In diesem Bereich hat sie die Auseinandersetzung mit anderen Gruppen geführt und auf Veranstaltungen, Seminaren und Kongressen engagiert gegen die neuen Praktiken der Auslese und Ausmerze Stellung bezogen.

Über ihre politische Arbeit hinaus ist sie vielen Menschen im Stadtteil und politischen Initiativen durch ihre Arbeit als Setzerin und ihren Copy-shop in St.Pauli bekannt.

Ullas Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Verhaftung von Ingrid Strobl in Köln und dem Ermittlungsverfahren gegen die Frauen vom Gen-Archiv in Essen und einigen anderen Leuten. Die Razzia des BKA am 18.12.87 richtete sich gegen Menschen, die sich kompromißlos gegen die herrschende Bevölkerungspolitik, Gentechnologie oder Flüchtlingspolitik stellen. Ihnen allen wird Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse sind durchweg nach dem gleichen Strickmuster aufgebaut:

Es wird festgestellt, daß die Revolutionären Zellen und die Rote Zora in den letzten Jahren schwerpunktmäßig Anschläge gegen Institutionen aus dem Bereich Gentechnologie und Flüchtlingspolitik verübt haben. Der Vorwurf der Mitgliedschaft begründet sich hauptsächlich auf die Beschäftigung mit diesen sog. "anschlagsrelevanten Themen" (Zitat Durchsuchungsbeschluss), angebliches konspiratives Verhalten und persönliche Beziehungen zu anderen Verdächtigen.

Diese so konstruierten Ermittlungsverfahren stellen einen Versuch dar, organisierte politische Zusammenhänge zu zerschlagen.

Ohne weiteres lassen sich solche Konstruktionen auf jede andere Gruppierung übertragen, die Widerstand gegen die herrschende Politik leistet.

Insofern ist diese BKA-Razzia eine Art Testballon, um anzutesten, ob eine solche Kriminalisierungsstrategie gegen wachsenden Widerstand in der BRD durchsetzbar ist.

Wir werden uns nicht spalten, nicht einschüchtern lassen und dafür sorgen, daß ihnen dieser Stein auf die eigenen Füße fallen wird.

Freilassung von Ingrid und Ulla

Einstellung aller Ermittlungsverfahren

Stop Gentechnologie, Humangenetik und Bevölkerungspolitik

Hamburg, den 28.1.88

PRESSEERKLÄRUNG

in sachen Ursula Penselin

Der Bundesgerichtshof hat am 27. Januar 1988 mitteilen lassen, daß auf die am 20. Januar 1988 stattgefundene Haftprüfung beschlossen worden sei, Haftfortdauer anzuordnen.

Damit setzt der Bundesgerichtshof die Kriminalisierung des kritischen Engagements von Ursula Penselin zum Thema "Gen- und Biotechnologie" fort.

Der Haftbefehl vom 19. Dezember 1987 wirft Ursula Penselin lediglich vor, einem Kreis von Frauen anzugehören, der sich in Gesprächen und Kongressen intensiv mit dem Thema Gen- und Biotechnologie sowie dem gewaltsamen Widerstand hiergegen auseinandersetzt. Gegen drei weitere Frauen aus diesem Kreis erhebt der Bundesgerichtshof den gleichen Vorwurf. Mit diesen drei Frauen wird Ursula Penselin vorgeworfen, sich am 31.7.1987 in Osnabrück getroffen zu haben. Eine dieser Frauen soll in einem Elektronik-Fachgeschäft in Hamburg elektronische Zeitgeberbausteine erworben haben, wie sie bei Brandanschlägen auf Filialen der Bekleidungswerke Adler am 15. August 1987 verwandt worden sind.

Die Bundesanwaltschaft hat im Haftprüfungstermin eingeräumt, daß jeder Bastler derartige Zeitgeberbausteine kenne. Dennoch schließt der Bundesgerichtshof aus der Teilnahme an diesem Treffen, daß Ursula Penselin hierbei an der Vorbereitung dieser Anschläge mitgewirkt habe.

Irgendwelche Erkenntnisse über den Inhalt der Gespräche auf diesem Treffen gibt es nicht. Das Treffen fand in einem Café in Osnabrück statt, das jedermann zugänglich ist.

Ursula Penselin wird weiter vorgeworfen, an einem Treffen in Telgte am 28./29. November 1987 teilgenommen zu haben. Dieses Treffen hat in einer Ferienwohnung stattgefunden, die nicht unter dem Namen einer der Teilnehmerinnen an diesem Treffen gemietet worden ist. Nach diesem Treffen sind, wie die Bundesanwaltschaft im Haftprüfungstermin am 20.1.1988 bekannt gab, in der Sickergrube ein Flugblatt der Revolutionären Zellen gefunden worden, ferner ein Kassenbeleg, nach dem eine der Teilnehmerinnen am Tag zuvor in Hamburg Bananenstecker und dazugehörige Kupplungen gekauft habe. Die Bundesanwaltschaft machte im Haftprüfungstermin deutlich, daß Ursula Penselin diese Käuferin nicht gewesen sei.

Behauptet wurde allerdings, daß solche Gegenstände auch bei der Herstellung von Spreng- und Brandsätzen Verwendung finden könnten.

Dieses zweite Treffen macht, laut Haftbefehl, Ursula Penselin der Mitgliedschaft in der genannten terroristischen Vereinigung dringend verdächtig.

Im Haftprüfungstermin bekannte die Bundesanwaltschaft, keine neuen Ermittlungsergebnisse gegen Ursula Penselin vorlegen zu können. Es gebe kein weiteres Beweismaterial als das im Haftbefehl aufgeführte.

Unter diesen Umständen bedeutet die Aufrechterhaltung des Haftbefehls die Fortsetzung der Gesinnungskriminalisierung. Ursula Penselin wird nichts weiter vorgeworfen, als Kontakt gehabt zu haben zu Frauen, die verdächtigt sind, Bauteile gekauft zu haben, die bei Anschlägen Verwendung finden können.

Derartigen Verdächtigungen und Vermutungen kann jeder jeder-

zeit ausgesetzt werden. Wenn derartige Vermutungen zur Konstruktion von Haftbefehlen gem. Par. 129 a StGB ausreichen, sind der Willkür bei der Verfolgung Andersdenkender Tür und Tor geöffnet.

Die Haft kann auch angeordnet werden, wenn keine Fluchtgefahr besteht, der Tatverdacht allein reicht zur Anordnung der Untersuchungshaft. Dies verstärkt die Gefährlichkeit der Vorschrift. Der Haftbefehl muß mangels Tatverdachts aufgehoben werden. Ursula Penselin muß freigelassen werden. Der Par. 129a StGB gehört abgeschafft.

Hamburg, den 27. Januar 1988

Hartmut Jacobi
Rechtsanwalt

DURCHSUCHUNGSBEGRÜNDUNG IM RUHRGEBIET

Der Generalbundesanwalt führt ein Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigte wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen". Diesem Verfahren liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

1. Nahezu sämtliche der Verlauf der vergangenen zwei Jahre von den "Revolutionären Zellen" bzw. von der sich "Rote Zora" nennenden weiblichen Mitgliedern dieser terroristischen Vereinigung begangenen Anschläge richteten sich gegen Institutionen und Einrichtungen, die im weiteren Sinne mit Asylanten- und Flüchtlingsfragen befaßt bzw. auf dem Feld der Gen- und Biotechnologie tätig sind. So hat die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen" bei einer Serie von bisher 14 Anschlägen den Versuch der Rechtfertigung mit dem von ihr geführten Kampf gegen die in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte Flüchtlings-, Asylanten- und Abschiebepolitik unternommen. Die Serie von Anschlägen gegen Einrichtungen der Gen- und Biotechnologie, zu denen sich die "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" bekannt haben, sind nach den dokumentierten Vorstellungen dieser terroristischen Vereinigung ein wesentlicher Ansatzpunkt ihres Kampfes gegen das "patriarchalische Herrschaftssystem" und für weltweite Frauenbewegung.

a) Im Laufe der Ermittlungen zu einem der Anschläge, die im Begründungszusammenhang mit der Thematik Gen- und Biotechnologie stehen und die auf Grund der als authentisch zu bewertenden Tatkenntnis und auf Grund der verwendeten Tatmittel der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" zuzurechnen sind (versuchter Brandanschlag auf das Gentechnische Institut in Berlin am 17./18. Oktober 1986 - Aktenzeichen des Generalbundesanwaltes) haben sich zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, daß insoweit - neben anderen - auch ...und ...tatverdächtig sind. Der Tatverdacht gründet sich im wesentlichen darauf, daß ...nach Sachlage den bei dem versuchten Brandanschlag verwendeten - individuell gekennzeichneten-Wecker der Marke Emes Sonochrom am 15. Oktober 1986 in Dortmund erworben hat,

- die Vorgenannten in der Zeit zwischen den 6. März und 27. Juni 1987 eine Wohnung in Duisburg mitbenutzt haben, die als sog. "konspirative Wohnung" Mitgliedern der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" im Zusammenhang mit strafrechtlichen Aktionen gegen gentechnische Einrichtungen zu vorbereitenden Treffen und zum Aufbewahren von Gegenständen gedient hat und diese im Jahre 1987 mindestens an zwei unter konspirativen Umständen durchgeführten Treffen in einem Ferienhaus in den Niederlanden mit anderen der Zugehörigkeit zu der terroristischen Vereinigung beschuldigten Personen teilgenommen haben, bei denen nach Sachlage unbeobachtet von deutschen Sicherheitsbehörden weitere Straftaten gegen Einrichtungen der Gentechnologie abgesprochen werden sollten.

Im Verlauf der insoweit durchgeführten Ermittlungen hat sich ferner ergeben, daß die Beschuldigten und sowie weitere der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" Beschuldigte einem Kreis von Frauen angehören zwischen denen enge persönliche Beziehungen bestehen und die sich in Gesprächskreisen und auf Kongressen intensiv mit der Thematik "Gen- und Biotechnologie" statt - in Form der Teilnahme an angemeldeten Demonstrationen oder bundesweit angekündigten (Gen-) Kongressen oder in Form von Aufbau und Betrieb eines sog. Gen-Archivs in Essen. Daneben finden Treffen der vorgenannten Beschuldigten mit anderen mutmaßlichen Mitgliedern der "Revolutionären Zellen/Rote Zora" statt, die unter konspirativen Umständen vereinbart und durchgeführt werden und die dazu dienen, die im größeren Kreis diskutierte Thematik militant aufzuarbeiten und strafbare Aktivitäten gegen Einrichtungen der Gen- und Biotechnologie vorzubereiten.

Eine solche offene Auseinandersetzung mit anschlagsrelevanten Themen steht auch prinzipiell im Einklang mit den von Mitgliedern der "Revolutionären Zellen/Rote Zora" praktizierten Verhaltensweise, da diese nach dem vielfältig dokumentierten Verständnis dieser terroristischen Vereinigung "mittendrin, in der Szene" leben und sich in legalen Initiativen und Protestbewegungen engagieren wollen, um so aktuell die in Bezug auf das in Frage stehende Thema herrschende Stimmungslage und mögliche Solidarisierungseffekte besser einschätzen zu können.

b.

Im Laufe des Ermittlungsverfahrens zu einem der Anschläge, die im Begründungszusammenhang mit der Asylanten- und Flüchtlingsproblematik stehen und auf Grund der Tatbekennung und der verwendeten Mittel der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen/Rote Zora" zuzurechnen sind (Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln-Deutz am 28. Oktober 1986 - Aktenzeichen des Generalbundesanwaltes) hat sich ergeben, daß der bei dem Anschlag als Zündzeitverzögerer verwendete Wecker der Marke "Emes Sonochron" zweifelsfrei von der im Verfahren... beschuldigten erworben worden ist. Darüber hinaus stellt ein vorläufiges linguistischer Textvergleich zwischen Bekennerschriften der "Revolutionären Zellen" mit authentischen Schriftgut der .. bemerkenswerte Übereinstimmungen hinsichtlich Wortwahl und Stil fest, so daß sie auch als Verfasserin des Bekennerschrifts zu dem Anschlag auf die Deutsche Luft-

hansa in Betracht zu ziehen ist.

Die Ermittlungen haben ferner ergeben, daß die gesondert verfolgte... einem Kreis von Personen angehört, der sich auch im Rahmen legaler Initiativen intensiv mit der von den "Revolutionären Zellen" u.a. propagierten Thematik "Asylanten- und Abschiebepolitik" befassen und insbesondere in sog. autonomen Flüchtlingskomitees mitarbeiten.

Dieser Kreis, in dem insbesondere die gesondert wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" Verfolgte aktiv ist, besteht aus Personen, die sich überwiegend seit Jahren kennen und teils offen, teils unter verschleiern Umständen zusammentreffen.

2.

Die im Verlauf der Ermittlungsverfahren gegen .. und .. gewonnenen Erkenntnisse haben einen Anfangsverdacht gegen die im vorliegenden Verfahren Beschuldigte ergeben, Mitglied oder Unterstützerin der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" zu sein.

Dies ergibt sich aus folgenden Umständen:

Die Beschuldigte unterhält enge persönliche Beziehungen u.a. zu den gesondert Verfolgten .. und .. Die Beschuldigte setzt sich intensiv mit dem Thema Flüchtlingsproblematik auseinander und nimmt an regelmäßigen Arbeitstreffen - u.a. gemeinsam mit den Vorgenannten - teil.

Die Beschuldigte hat ferner an einem Treffen am 29. Oktober 1987 im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft teilgenommen, bei dessen telefonischer Verabredung ganz gezielt der Zweck des Treffens auch nur andeutungsweise nicht erwähnt worden ist. Dieses Vorgehen legt den Verdacht nahe, daß das Treffen nicht legalen Zwecken, sondern nach Sachlage vielmehr der Vorbereitung von Straftaten im Zusammenhang mit dem Kampf der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" gegen die in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte Asyl- und Ausländerpolitik gedient hat.

Insbesondere der letztgenannte Umstand in Verbindung mit im Verfahren.. gewonnenen Erkenntnissen über Strukturen der "Revolutionären Zellen/Rote Zora" und über Verhaltenweisen bei ihrem Kampf gegen Einrichtungen der Gentechnologie, begründen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür, daß die Beschuldigte Mitglied oder Unterstützerin der terroristischen Vereinigung "Revolutionäre Zellen" ist und sich aktiv in einer um die gesondert Verfolgten .. und .. gebildeten Kleingruppe bestätigt, deren Ziel es ist, die Praxis der Asylgewährung in der Bundesrepublik Deutschland teils im Rahmen legaler Protestbewegungen, teils durch Begehung von Straftaten zu bekämpfen.

3.

Es ist zu erwarten, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird, die für das Ermittlungsverfahren von Bedeutung sind.

ERKLÄRUNG

Vorläufige Einschätzung der Dezembervorhaftungs- und Durchsuchungswelle.

Durch den breiten Kampf gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik werden essentielle Herrschaftsinteressen im Imperialismus getroffen. Daher erklärt sich das geradezu hysterische Vorgehen des Staates gegen die Menschen, die diesen Kampf egal auf welcher Ebene führen. Und auch, daß sich dieses Vorgehen primär gegen Frauen richtet, ist logisch.

Frauen spielen im Projekt der totalen restlosen Zurichtung der Welt auf die Interessen der Metropole eine enorm wichtige Rolle. Und Frauen haben gleichzeitig auf der ganzen Welt den Kampf gegen ihre Unterdrückung aufgenommen. Das Kapital beschränkt sich heute nicht mehr darauf, die kapitalistisch und patriarchal zugerichtete Arbeit der Frauen billig und unbezahlt zu vernutzen und gleichzeitig ihre Körper der privaten /individuellen Ausbeutung durch je einzelne Männer zu überlassen (wodurch es indirekt auch wieder profitiert). Frauen werden heute direkt auch als Körper dem Kapital unterworfen. Als sexuelle "cash crop", als billige Handelsware des internationalen Prostitutionsmarktes, als Ware "Katalogbraut", als Objekte des expandierenden und hochprofitablen Pornomarktes, als Rohstoff für die Gen- und Reproduktionsindustrie. Die Gen- und Reproduktionstechnologie, von Fachleuten als die ZUKUNFTBRANCHE qualifiziert, ist zugleich zweierlei: Mittel und Zweck des Profits.

In dem sie die Nahrungsmitteltechnologie "revolutioniert", liefert sie die Bedingungen (Hybridweizen: Pflanzen, die unter bestimmten Dünger- und Schädlingsbekämpfungsmitteln resistent sind) für die restliche Aufteilung nach dem Interesse der Metropole: Hier Zonen, in der angebaut wird und in denen die Menschen als Arbeitstiere ausgebeutet werden. Dort Zonen, aus denen die Menschen vertrieben und als Flüchtlingsströme verschubt und weiter anders vernutzt werden. Da schließlich Zonen, in denen die Menschen der direkten Vernichtung durch den Hunger preisgegeben werden. So ist die Gentechnologie selbst der profitabile Produktionszweig der Zukunft, der die Gen/Pharma/Bio und insgesamt Chemieindustrie Gewinne verspricht und zum Teil schon einbringt.

Und sie ist zugleich mit einer der treibenden Kräfte zur totalen Auspressung, Versklavung bis Vernichtung der Menschen unter dem Diktat der Metropolen. Auch die von dieser Totalisierung ausgelösten Flüchtlingsströme werden wieder im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung verschubt, vernutzt, zu bestimmten, meist "illegalen" Arbeiten eingeteilt oder als Investitionsanlage kaserniert.

Sobald aber Teile von ihnen versuchen, sich selbstständig zu bewegen und womöglich ihr Glück im Herzen der Bestie selbst zu suchen, formiert sich eine ebenso ausgeklügelte wie brutale staatliche Abwehrpolitik gegen diese "Zumutung".

Frauen spielen in dieser neu strukturierten Welt eine ganz neue Rolle. Sie werden da, wo sie noch durch minimale Subsistenzproduktion das Überleben der Familie garantieren konnten, dieser Grundlage beraubt und "freigesetzt", entweder zu Bil-

ligstarbeit auf Plantagen, in Weltmarktfabriken, als Sklav*in in Privathaushalten, "Dienstmädchen genannt" und als Prostituierte oder als "Unnütze Esser", die dem Hungertod bestimmt sind. Gleichzeitig werden sie als Ware Körper auf dem Weltmarkt gehandelt, entweder als reine Ware Körper verkauft an die Bordelle und die Pornoindustrie, oder als Ware Körper und Gratsarbeitskraft verschachert an Privatehemänner in den Metropolen. Zugleich werden die Frauen zynisch als Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung eingesetzt und kalkuliert. Jedem noch so noch erniedrigten und ausgebeuteten männlichen Plantagenarbeiter steht eine "seine" private Sklav*in zur Verfügung, die er verachten, treten, quälen, töten kann. Das soll ihn auch davon abhalten, seine Wut gegen die Unterdrücker zu wenden.

Zur totalen Beherrschung der Welt und Selektion der Bevölkerung bedarf es daher aber noch der Beherrschung der Produktionsfähigkeit der Menschen, und dies heißt konkret der Frauen. Diese Hürde wird von der Industrie und der ("ihrer") Wissenschaft gerade genommen, und sie brauchen dafür die Körper der Frauen als Rohstoff, als Einzelteile, als Versuchsobjekte. Und sie brauchen die Zustimmung eines Teils der metropoliten Frauen als Konsumentinnen des Abfallproduktes künstliche Befruchtung.

Sicher müßten diese Zusammenhänge noch mehr untersucht und aufgeführt werden. Die Stichworte hier zeigen aber schon, die Herrschenden müssen ganz besonders empfindlich reagieren, wenn zwei ihren wichtigsten Projekte, Gentechnologie und Flüchtlingspolitik massiv angegriffen werden. Alle Menschen, die diese Angriffe führen, müssen eingeschüchtert, die militanten unter ihnen isoliert und kriminalisiert werden. Es ist daher nur logisch, daß Täter/TäterInnen gefunden werden sollen und findet man keine, so kürzt man sich welche.

REPRESSION

Im folgenden Beitrag wollen wir einige Gedanken zur Entwicklung der Repression in den letzten Jahren darstellen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wir hoffen, daß dies eine Grundlage für eine Diskussion sein kann.

In den letzten Jahren stieg die Zahl militanter Aktionen, besonders im Anti-AKW-Bereich, sowie die Bereitschaft, diese als eine notwendige Widerstandsform zu akzeptieren, auch in Kreisen, die selbst Militanz für sich ablehnen.

Anschläge auf die Infrastruktur, wie Baumaschinen flambieren, Schrauben sammeln, Bahnlinien und Straßen blockieren, schienen angesichts der AKW-Katastrophe von Tschernobyl einerseits und der massiven Bullenaktionen bei Demonstrationen andererseits ein legitimer Bestandteil des Kampfes gegen das Atomprogramm zu sein. Selbst von traditionell gewaltfreien Gruppen wurde das Herausdrehen von Schrauben und Tierbefreiungsaktionen als selbstverständliche Aktionsformen durchgeführt. In vielen Zeitungen wurden Erklärungen zu Anschlägen dokumentiert und Bastelanleitungen veröffentlicht.

Diese Verbreitung und Akzeptanz von Militanz machte es für den Staat erforderlich, auch öffentliche Diskussionsmöglichkeiten von Widerstandsformen zu unterbinden, so wurde 1986 die Bundeskonferenz der anti-AKW-Bewegung in Regensburg verboten. Diese Konferenz sollte in Bayern stattfinden als Ausdruck der Solidarität zum Widerstand in Wackersdorf und zur Diskussion des weiteren Kampfes gegen die WAA. Die Verbotsvorgabe der Stadt Regensburg stützt sich auf Aussagen im Vorbereitungsreader, die die Vielfalt von Aktionsformen befürworten, als auch auf eine Erklärung der Angehörigen politischer Gefangener, die die Zusammenlegung Gefangener in große Gruppen fordern. Letztendlich ging die Verbotsvorgabe nicht davon aus, daß alle erwarteten TeilnehmerInnen diesen Positionen zustimmen würden. "Es geht vielmehr darum, daß solche Äußerungen erst gar nicht abgegeben werden dürfen". Damit ist ein praktisches Diskussionsverbot ergangen. Gleichzeitig zum Bukoverbot wurden in München die TeilnehmerInnen einer Veranstaltung eingekesselt, auf der die Forderung nach Zusammenlegung politischer Gefangener diskutiert werden sollte.

Während, wie die Beispiele zeigen, hier zum ersten Mal Diskussionsveranstaltungen verhindert wurden, waren Zeitungen schon lange dem Angriff des Staates ausgesetzt. Mit aller Gewalt sollen Informationen und Diskussionen über einen Widerstand, der militante Formen nicht ausgegrenzt, unmöglich werden. So werden Bekennerbriefe und Artikel zum militanten Widerstand Anlaß zur Beschlagnahme von Zeitungen, Hausdurchsuchungen, Verurteilungen von VerteilerInnen und Menschen in Buchläden, wie z.B. bei der radikal, Radi-Aktiv, Atom, s'Blättle, Schanzenleben und vielen anderen geschehen.

Wie erfolgreich ein Bündnis von militanten und nicht-militanten Gruppierungen sein kann, zeigt hier in Hamburg die Verteidigung der Hafenstraße.

Der Staat schuf sich ein Mittel, um gegen diese Entwicklung vorgehen zu können. Der Par. 129 a (Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung) war ursprünglich geschaffen zur Bekämpfung organisierter revolutionärer Gruppen, wie RAF, 2. Juni, und RZ. Dieser Par. 129 a wurde jetzt ausgeweitet auf massenhafte praktizierte und akzeptierte Widerstandsformen wie Strommastkappen, Inbrandsetzen von Baumaschinen, Schienenblockaden usw. Durch das durch den par. 129 a so ausgeweitete Strafmaß sollte der Abschreckungseffekt erhöht werden.

Die Gefährlichkeit der einzelnen Widerstandsformen wie Inbrandsetzen von Baumaschinen liegt für den Staat in der Einfachheit und der Durchführung und damit der massenhaften Nachahmbarkeit. Deshalb wurde gleichzeitig mit dem neuen Par. 129 a der Par. 130 a wiedereingeführt, der die "Anleitung zu Straftaten" unter Strafe stellt. Diese Mittel scheinen dem Staat aber nicht auszureichen, denn zukünftig soll durch den Par. 130 b die nur in der Gesamt Tendenz erkennbare Beförderung von Straftaten gefahndet werden. Dies könnte möglicherweise Satiren umfassen, sowie Dokumentationen von Erklärungen ohne ausdrückliche Distanzierungseinleitung. Damit wird ein absolutes öffentliches Denkverbot für militanten Widerstand durchgesetzt, wie schon das Buko-Verbot gezeitigt hat.

Zum militanten Widerstand werden vom Staat Widerstandsformen gezählt, die praktisch werden und die staatlich vorgegebene Protestform verlassen. Selbst die Richter in Mutlangen wurden wegen ihrer Straßenblockade kriminalisiert.

Unserer Meinung nach hat die BKA-Aktion vom 18.12.87 eine neue Stufe der Repression eingeleitet.

Während vorher Widerstandsformen und die Diskussion über diese verfolgt wurden, zeigt die Durchsuchung des Essener Genarchivs eine neue Qualität. wie im Beitrag vorher dargestellt, haben die Frauen vom Archiv Materialien gesammelt und zur Verfügung gestellt für Interessierte und Gruppen bis hin zu Kirchen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Was ist jetzt der Hintergrund dieser Durchsuchungen, vorläufigen Festnahmen und ED-Behandlungen?

Neben anderen Aktionen gab es auch Anschläge der Roten Zora gegen Einrichtungen der Gentechnologie. Weitere Anschläge der Roten Zora richteten sich gegen Frauenhändler, Prostitutionstourismus, oder dienten zur Unterstützung von Frauenaktionen, wie z.B. dem Anschlag auf die Bekleidungsfirma Adler zur Unterstützung eines Frauenstreiks in Süd-Korea. Bisher konnte das BKA keine Fahndungserfolge verzeichnen und steht daher unter Erfolgsdruck. Die neue Qualität der Durchsuchungen und Festnahmen liegt darin, daß versucht wird, den vom BKA angenommenen Hintergrund der Roten Zora zu treffen. Dieser stellt sich für die Bullen so dar, daß durch Diskussionen über Themen wie Gentechnologie und dem Sammeln von Materialien die Basis für Aktionen der Roten Zora möglich und begründbar wird, das diese sich immer in Zusammenhang zu einer Bewegung sieht. Dabei spielt es keine Rolle, daß sich eine Gruppe nie mit Anschlägen und Erklärungen öffentlich auseinandersetzt hat. Es reicht schon die Annahme, daß durch ein allgemein zugängliches Archiv, Hintergrundwissen und Materialien zur Verfügung gestellt werden, die sich thematisch in den Erklärungen der Roten Zora wiederfinden. Über die Analogie der Einschätzung und radikalen Ablehnung der Gentechnologie soll eine geistige Mittäterinnenschaft unterstellt werden. Die Konsequenz ist, Frauengruppen und Kongresse zu observieren und alle Frauen, die zu Gentechnologie arbeiten und radikale Positionen vertreten, pauschal zu verdächtigen, unter dem Motto "Wenn wir alle versuchen zu kriminalisieren, werden die TäterInnen schon dabei sein".

Deshalb steht zu befürchten, daß mit Hilfe von angeblichen Spuren und gewagten Denkgeläuden über den Par. 129 a eine Mitgliedschaft oder Unterstützung der Roten Zora konstruiert werden soll.

Nebenbei bemerkt, glauben wir, daß mit einer ähnlichen Konstruktion, nämlich dem Info-System, die antilperialistischen Gruppen getroffen werden sollen.

Ziel der Bullen ist dabei, arbeitende Gruppen lahmzulegen und von außen eine Spaltung in die Frauenbewegung reinzutragen, da da, wie bereits gesagt, die Gentechnokraten Ruhe und Zeit brauchen, um ungestört einen Entwicklungsrückstand aufzuholen.

Diese Zeit und Ruhe wollen wir ihnen nicht geben. Deshalb einige Gedanken, die über das Beschreiben von Repression hinausgehen und dieser etwas entgegen setzen sollen:

Wenn sie versuchen, uns zu spalten und einzuschüchtern, heißt dies für uns, unbeirrbar weiter über Widerstandsformen und Inhalte zu diskutieren und keine Berührungängste zu zeigen. Da wir bis zum 18.12. die Dimension nicht genau kannten, wie gefährlich dem Staat eine Beschäftigung mit Gentechnologie, Humangenetik und Bevölkerungspolitik scheint, heißt dies, die Diskussion weiter zu führen und eine Vielfalt von praktischen Aktionsformen zu entwickeln.

Andererseits heißt dies aber auch, uns auf einen weiteren Zugriff der Bullen vorzubereiten, daß heißt, uns auf weitere Hausdurchsuchungen, eventuelle Festnahmen und Zeugenverladungen gemeinsam vorzubereiten.

BRIEF VON ULLA

Ich höre, ihr wollt wissen, wie es mir so geht.

Ich habe mich selten so wenig einsam, so zusammengehörig mit euch gefühlt, wie jetzt. Ich weiß nicht, wie es ohne euch wäre - im Moment kann ich sagen, es geht mir gut (wie heißt es doch, den Umständen entsprechend).

Ich kriege viel mit. Mit all der Post ist schon ein ganzer Ordner gefüllt, immer mal wieder kommen Leute an die Mauer, rufen, singen. In der TAZ finde ich Grüße, Ankündigungen zu Veranstaltungen und Demos (allerdings wenig Infos um das ganze drumherum). LeserInnen schreiben Briefe, Gedichte. Das alles zusammen ist persönliche und politische Ermutigung. Geschichten aus dem Alltag und das Wissen, daß es draußen (und erst recht!) an der Inhalten weitergeht, gibt mit Kraft, macht Mut - ist einfach toll!

"Solidarität ist eine Waffe" ist kein Propagandaspruch, sondern heißt Leben - unser Leben - auch im Knast.

Gleichzeitig auch Realität der Isolationshaft - wenn sie meinen Kopf auch nicht besetzt hält. 23 Stunden am Tag in 26,22 m3 (steht draußen an der Zellentür). Raus nur bei Besuch, zum Duschen (alleine) und für die Stunde Hofgang pro Tag (alleine).

Jeder Wortwechsel mit irgendeiner Gefangenen soll verhindert werden. Gelegenheit dazu gibt es wenig: vielleicht auf dem Flur, wenn ich irgendwo hingebracht werde oder beim Hofgang vorm Haus, wenn eine am Fenster ist. Dann drohen der vorzeitige Abbruch der sog. Freistunde und infolgedessen Disziplinarstrafen, wie z.B. Sperrung des Hofgangs für eine Zeit. Das alles ist erstmal unabhängig von Inhalten, egal ob "Guten Morgen", "Wie heißt du?", "Hast du die Demo gestern gesehen?", "Welches Buch liest du gerade?", oder "Das wollen sie doch gerade bezucken, daß wir uns ducken". Selbst solche Bruchstücke, weit entfernt von Gesprächen, haben hier eine immense Bedeutung für uns!

Das verordnete Schweigen durchbrechen, nicht mundtot sein. Um diese Bedeutung wissen sie auch!

Zur Zeit komme ich zum Hofgang nicht mehr auf den Platz vorm Haus (Immerhin ein bißchen Rasen mit nem Plattenweg drumherum, Möglichkeit zu Laufen und eben die Fenster),

sondern etwas weiter weg auf einem kurzen Stück Kopfsteinstraße, zwischen Toren, auf einer Seite ca. 5 Meter hohe Mauer, an der anderen Seite Hauswand, eine Schlucht. In der Zelle laufen geht nicht, wenigstens einmal am Tag den Kreislauf ankurbeln. auf diesem Plätzchen ist alles voll mit Taubenscheiße, weil die Typen dort Brotreste und ähnliches aus dem Fenster schmeißen (ich versuche die Tauben zu beschwören, daß die Bewacherin auch mal was auf den Kopf kriegt!). Und in der Begründung für diesen Ortswechsel kommt dann klar zum Ausdruck, daß es nicht nur abstrakt darum geht, unseren Mund zu schließen, sondern besonders auch den Kontakt zu den anderen Par. 129 a Gefangenen: hier ist es Barbara Ernst, zu verhindern.

Dieses Abschneiden von jedweder gewohnten und lebensnotwendigen Auseinandersetzung wird mit den verschiedensten Mitteln, natürlich auch in Bezug auf die Kontrolle nach draußen, durchgezogen. Besuche von FreundInnen sind überwacht und mit Trennscheibe.

Anwaltsbesuche auch durch die Scheibe, die Post wird verschleppt (Postwege bis 14 Tage), Briefkontrolle (Auch Anwalts-post), ständige Beschlüsse vom BGH über Nichtaushändigung von Post (z.B. Flugblätter und Zeitungsartikeln), da wird dann ungehemmt aus einer Broschüre rausgerissen. Im Moment werden dauernd Kopien nicht ausgehändigt (unabhängig vom Inhalt, z.B. Liedtexte, damit ich mal einen Text zu Ende weiß und vor mich hinsingen kann). Das wäre z.B. eine massive Behinderung bei der Versorgung mit Material für eine längerfristige thematische Arbeit, denn es steht eben nicht alles wissenswertes in Büchern, von denen ich jeweils 20 auf der Zelle haben kann. Es gibt so viele Grenzziehungen, und ständig stößt du auf neue. Ein täglicher Kampf dagegen an, und gleichzeitig der Zwang, damit umgehen zu lernen. Du mußt z.B. einfach akzeptieren, daß du so gut wie nichts bekommst, ohne nen schriftlichen Antrag (höchstens das Antragsformular), aber diesen Antrag dann auch schreiben und nicht locker lassen, da könnte wohl jeder Gefangene Romane drüber schreiben.

Und das heißt für euch auch: die Grenzen immer wieder ausprobieren, sich nicht selber begrenzen (Neue Luftballons habe ich mit der Post gekriegt und meine Querflöte bekommen ich auch, das hätte ich beinahe nicht beantragt, das wird so wie so nichts...)

Eine Haftbedingung ist noch zu erwähnen: eine beabsichtigte "Isolation von mit selbst:Keine eigene Kleidung.

Was noch? Es fehlen tausend Kleinigkeiten, die den Knastalltag bestimmen, die sich - manchmal - unversehens zu einem Berg aufstürzen, wenn ich gerade denke, auf halbwegs sicherem Terrain zu sein. Das treibt manchmal die Tränen in die Augen - ausgeliefert sein - Wut, aber keine Entmutigung.

Seid alle ganz lieb begrüßt und laßt auch ihr euch nicht beirren.

Ulla
UG Hamburg

PRESSEMITTEILUNG

Die Angriffe gegen Anwälte, die Gefangene aus der RAF und aus dem Widerstand verteidigen und die öffentlich für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen eintreten, nehmen weiter zu.

Am 17.9.87 waren die Wohn- und Büroräume einer Hamburger Anwältin von der Bundesanwaltschaft durchsucht und zahlreiche Verteidigerunterlagen beschlagnahmt worden.

Eine zweite, erneute Durchsuchung fand dann am 2.12.87 statt, wobei der gesamte Schriftverkehr zwischen Verteidigerin und Mandant beschlagnahmt wurde.

Am 20.1.88 wurden die Wohn- und Büroräume eines Berliner Anwalts durchsucht und Verteidigerunterlagen beschlagnahmt.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen beide Rechtsanwälte wegen 'Unterstützung' der RAF nach Par. 129a StGB, wobei ihnen nichts anderes vorgeworfen wird als das, was selbstverständliches Recht und die Aufgabe eines jeden Verteidigers von Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand ist, nämlich die Forderung ihrer Mandanten nach Zusammenlegung in große Gruppen auch öffentlich zu vertreten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie sicherzustellen, daß sich ihre Mandanten dazu authentisch äußern können und über die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion informiert sind.

Mit diesem Selbstverständnis sind zahlreiche Rechtsanwälte und Strafverteidigervereinigungen aus verschiedenen Bundesländern öffentlich gegen die Angriffe der Bundesanwaltschaft aufgetreten und haben die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die betroffenen Anwälte gefordert sowie die Betrachtung des Rechts auf freie Verteidigung und erklärt: "Auch wir lassen uns nicht das Recht nehmen, über die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen öffentlich zu diskutieren und dafür auch einzutreten."

Weiterhin fanden im Verfahren gegen die beiden Anwälte Zellendurchsuchungen bei politischen Gefangenen statt, auch bei solchen, wo kein Mandatsverhältnis besteht. Umfangreiches Verteidigungsmaterial wurde beschlagnahmt - z.B. auch die von den Anwälten der politischen Gefangenen herausgegebene Dokumentation zu den Haftbedingungen.

Die Angriffe gegen eine politische Verteidigung wird daneben auch mit ganz subtilen Methoden geführt. Die Anwälte werden dadurch terrorisiert, indem sie bespitzelt und überwacht werden, z.T. laufen 24-Stunden-Observationen.

Zwei Düsseldorfer Anwaltsbüros, die im selben Hochhaus sind, werden seit mehreren Wochen von einer den Büros gegenüberliegenden Wohnung aus observiert.

Am 19.1.88 - einen Tag vor der Durchsuchung bei dem Berliner Rechtsanwalt - sind in Hannover die Wohn- und Büroräume einer Anwältin, die mehrere Gefangene aus der RAF verteidigt, in deren Abwesenheit illegal durchsucht worden. Bei ihrer

Die Westeuropäische Union (WEU) operiert in der Golfregion

Die militärische Intervention der Imperialisten in den Golfkrieg hat in den letzten Monaten eine neue Lage geschaffen. Erstmals seit der britisch-französischen Suez-Aggression 1956 gegen Ägypten führen westeuropäische Mächte eine gemeinsame militärische Aktion durch. Dabei operieren sie außerhalb Westeuropas und sogar außerhalb des NATO-Operationsgebietes, zum Teil, wie Belgien, erstmals seit 40 Jahren in einem Kriegsgebiet. Sie sind bei Schaffung eines westeuropäischen Kriegspaktes einen qualitativen Schritt näher gekommen. Dies beweist die Untersuchung der Ereignisse in ihrer Abfolge.

Anfang Juni 1987 hatten die Staats- und Regierungschefs der sieben größten imperialistischen Mächte, darunter die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, auf ihrer Gipfelkonferenz in Venedig die Ausweitung ihrer Intervention im Golfkrieg unter Benennung des Interventionsgrundes vereinbart: "... bekräftigen wir, daß der Grundsatz der freien Schifffahrt im Golf für uns und andere von ausschlaggebender Bedeutung ist und aufrechterhalten werden muß". (1)

Zu diesem Zeitpunkt hatten die USA längst unter dem Vorwand des "Geleitschutzes" ihre direkte militärische Intervention im Golfkrieg begonnen und eine große Kriegsflotte in der Region zusammengezogen. Die britische Marine hatte bereits seit Beginn des Krieges militärische Präsenz im Golf demonstriert und die französische regelmäßige Demonstrationsfahrten vom französischen Flottenstützpunkt in Djibouti (Afrika) aus unternommen. (2)

Kurz vor dem Gipfel hatten die USA auf dem NATO-Treffen in Brüssel ihre westeuropäischen Verbündeten aufgefordert, sich an "gemeinschaftlichen Anstrengungen zur Sicherung der Ölversorgung" zu beteiligen. NATO-Generalsekretär Carrington, Großbritannien, hatte daraufhin erklärt, daß die NATO für die Sicherung der Schifffahrt in der Golfregion nicht zuständig sei, und hinzugefügt, eventuelle militärische Aktionen von

NATO-Mitgliedsländern müßten entweder bilateral oder „auf einem anderen Forum“ besprochen werden. (3)

Die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ schreibt: „In weiterer Folge wurde ... die Beteiligung anderer europäischer NATO-Partner vor allem an den Minensuchaktivitäten im Golf in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft behandelt ...“ (4) Sicher ist, daß die Erklärungen der EG-Außenminister zum Golfkrieg seither eine neue Note bekamen. Vorher hatten sie ihre Interessen in relativ allgemein gehaltenen Formulierungen angemeldet, so etwa in der Erklärung vom 26.1.87: Man sehe im Golfkrieg eine „Bedrohung des Friedens und der Sicherheit auf regionaler wie auch auf internationaler Ebene“. In der Erklärung vom Juli dagegen nahmen sie den mit der Gipfel-Erklärung vorgegebenen Interventionsgrund auf: Sie verurteilten die „Bedrohung der freien Schifffahrt im Golf“. (5)

Ende August tagte in Den Haag, Niederlande, die Westeuropäische Union (WEU) zu dem Zweck, „einen einheitlichen westeuropäischen Standpunkt zur Lage am Golf auszuarbeiten. Danach hieß es, so das „Archiv der Gegenwart“, „die Teilnehmer ... hätten erklärt, die Lebensinteressen Europas erforderten es, daß die Freiheit der Golf-Schifffahrt zu allen Zeiten gesichert sei. Jede Aktion, die diesem Grundsatz zuwiderlaufe, werde von der WEU - die damit erstmals zu einer außereuropäischen Frage Stellung bezog - scharf verurteilt.“ (6)

Der Berichterstatter hat insofern Unrecht, als die WEU bereits mehrfach zu „außereuropäischen Fragen“ Stellung bezogen hatte, so etwa zum Kolonialkrieg Großbritanniens um die Malwinen und zur französischen Militärintervention im Tschad. Die WEU-Versammlung 1984, die den Auftakt zur vielbeschworbenen „Wiederbelebung der WEU“ bildete, hatte auch ausdrücklich festgehalten, daß der WEU-Vertrag „in keiner Weise auf rein europäische Angelegenheiten beschränkt“ ist. (7) Erstmals jedoch folgte direkt aus der „Stellungnahme“

ein im Rahmen der WEU koordinierter militärischer Einsatz.

Bereits am 17.8. waren zusätzlich zu den im Golf schon verstärkt operierenden Kriegsschiffen drei französische und vier britische Minensuchboote in Begleitung von Versorgungsschiffen in Richtung Golfregion ausgelaufen. Am 4.9. beschloß die italienische Regierung einstimmig, drei Minensuchboote und fünf Kriegsschiffe zur Eskortierung von Handelsschiffen in den Golf zu entsenden; das Parlament stimmte später gegen die Stimmen v.a. der KPI zu. Am 7.9. beschloß die niederländische und eine Woche später die belgische Regierung die Entsendung von Minensuchbooten. Die belgische Regierung beorderte darüber hinaus das Begleitschiff „Zinnia“, das der Ständigen NATO-Kampfgruppe Kanal zugeteilt ist, ebenfalls in den Golf. Dies wurde durch die Bundesmarine ermöglicht, die mit dem westdeutschen Tender „Saar“ die belgische „Zinnia“ bei der NATO-Kampfgruppe ersetzte. Außerdem verstärkte die Bundeswehr ihre Operationen im Mittelmeer.

Die belgische Regierung hat mehrfach betont, daß „die Intervention Belgiens ... nicht im Rahmen der NATO, sondern im Rahmen der WEU (erfolge)“. (8) Das wird auch durch das Ausmaß der Zusammenarbeit bestätigt. Die niederländischen Minenräumer unterstehen dem belgischen Freigattenskapitän der „Zinnia“, der wiederum seine Einsatzbefehle aus einer gemeinsamen belgisch-niederländischen Kommandozentrale in Den Helder erhält. Für den militärischen Schutz der belgischen Minenräumer ist die britische Marine zuständig, und der französische Stützpunkt in Djibouti steht der belgisch-niederländischen Flottille zur Verfügung. (9) Quellenhinweis: (1) AdG, 10.6.87, S. 31127; (2) ÖMZ, 5/87, S. 456ff; (3) AdG, 21.8.87, S. 31353ff; (4) ÖMZ 6/87, S. 556; (5) Europa-Archiv 17/87, S. D 466ff; (6) AdG, 2.10.87, S. 31483; (7) Pol. Ber. 18/84, Dokumente der WEU; (8) AdG, 2.10.87, S. 31484; (9) Europäische Wehrkunde 12/87, S. 682ff. - (scc)

Rückkehr fand sie eindeutige Veränderungen vor, die von Dritten herrühren mußten, weil sie persönliche Eigenarten der Anwältin betrafen.

Gleichzeitig hatte in der besagten Zeit die Schwester eines von der Anwältin vertretenen Mandanten telefonisch versucht, diese zu erreichen. Das Telefonat wurde von einer unbekannten Frau entgegengenommen, die bei der Anruferin den Anschein erweckte, die Mutter der Anwältin zu sein. Die Schwester des Mandanten erklärte später, daß die Unbekannte ihre Fragen nach der Anwältin abgeblockt habe und ihr schließlich eine Telefonnummer nannte, unter der sie diese erreichen könne. Bei allem habe die Frau sehr undeutlich gesprochen, so, als habe sie ihr Gebiß aus dem Mund gelegt.

Die genannte Telefonnummer - so stellte sich heraus - hatte keinen Anschluß.

Die Mutter der Anwältin erklärte, daß sie an dem Tag weder in den Räumen der Anwältin war, noch ein derartiges Telefonat geführt habe.

Die ganze Vorgehensweise und Durchführung deutet auf nachrichtendienstliche Stellen hin. Auch das ist nicht neu, sondern reiht sich ein in die fast 15-jährige Tradition der Kriminalisierung und Verfolgung von Anwälten, die sich engagiert für politische Verteidigung einsetzen.

Neben juristischen Schritten, diesen Maßnahmen entgegenzutreten, halten wir es für erforderlich, sie der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um eine Entwicklung zu verhindern, die auf die Ausschaltung der politischen Verteidigung zielt. Nach der Definition der Staatsschutzbehörden wird die Tatsache, einen Gefangenen aus der RAF oder aus dem Widerstand zu verteidigen und für die Zusammenlegung der Gefangenen einzutreten, zum kriminellen Delikt.

Danach kann jeder Anwalt von politischen Gefangenen wegen 'Unterstützung' nach Par. 129a StGB verfolgt und von der Verteidigung ausgeschlossen werden.

Hannover, den 15. Februar 1988

Hannoversche Anwälte von Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand

Renate Trobitzsch
Gerd Klusmeyer
Dieter Adler

Nicht mehr geheim

Neben der 'Bürgerrechte und Polizei' entwickelt sich die 'Geheim' zur zweiten ernstzunehmenden Zeitschrift, die das Geheimdienst- und Staatsschutzmilieu genau unter die Lupe nimmt. In der neuesten Ausgabe werden zwei Dokumente vorgestellt, die der 'Geheim'-Redaktion aus dem Inneren des Apparats zugespielt worden sind. Ihr Thema: die „Verkantung“ der Linken 1982. Der Sprachgebrauch der Dokumente enthüllt deren Charakter fast besser als deren Inhalte: „Bei Erstverkantung sind strengere Maßstäbe anzulegen als bei Folgeverkantungen.“ Rolf Gössner nimmt die Dokumente zum Anlaß, das Nachrichtendienstliche Informationssystem des Verfassungsschutzes (NADIS), das weitaus weniger bekannt ist als sein polizeiliches Gegenstück INPOL, vorzustellen. Der zweite Schwerpunkt des Heftes liegt auf einer Beobachtung und Analyse von CIA und dem Geheimdienst der US-Landstreitkräfte in der BRD, dessen expandierende Anzahl von Dienststellen aufgeführt wird.

'Geheim' 3/87, 48 Seiten, 7,50 DM; zu beziehen über: Lütticher Strasse 14, 5 Köln 1

Die Farbe Schwarz

Die Verhaftungen und Durchsuchungen am 18.12.1987 konnten in der neuen Ausgabe des Autonom-Blattes 'Unzertrennlich' nicht mehr berücksichtigt werden (wg. Redaktionsschluß). Trotzdem liefert die Zeitung durch eine ausführliche Berichterstattung zum Thema RZ und Flüchtlingspolitik wichtige Materialien und Argumente zum zweiten Bereich, gegen den sich die Staatsschutzaktion derzeit richtet. Außerdem wird in der 'Unzertrennlich' die Kritik vorwiegend Gewaltfreier an den Anschlüssen der Roten Zora gegen Adler ausführlich kritisiert. Zwei längere Beiträge beschäftigen sich kontrovers mit den Kübel-Aktionen des letzten Herbstes - und damit, wie mit der Alternativen Liste und der taz umzugehen sei, die früher unterstützt worden seien, die heute aber „jede Politik verneinen, die sich mit ihren staatstragenden und somit reformistischen Machtansprüchen nicht deckt“. 'Unzertrennlich' Nr. 7, 32 Seiten, 2,50 DM; zu beziehen über M. Zimmermann, Crellestraße 22, 1 Berlin 62

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK DER KÄMPFENDEN GEFANGENEN

REVOLUTIONÄRINNEN VON:

ACTION DIRECTE (FRANKREICH)

GRAPO + PCE (r) (SPANIEN)

FP 25 + FUP (PORTUGAL)

"durch die totale isolation und die ganzen repressalien bei den haftbedingungen, die jede kommunikation, jede diskussion und jede politische auseinandersetzung zerschlagen, versucht die imperialistische bourgeoisie den gefangenen kämpfer aus den gesellschaftlichen, politischen und historischen bedingungen, die die basis seines kampfes waren und sind, herauszureißen, ihn davon abzuschneiden und ihn darüber zu vereinzeln und im ihn herum einen prozess der kriminalisierung aufzubauen, durch die folter, die seine kollektive politische identität und seine individuelle integrität zerstört. heute basieren die haftbedingungen der politischen gefangenen nicht mehr auf dem bloßen entzug der freiheit, sondern auf einem konterrevolutionären gesamtprojekt von kollektiver umerziehung, die darauf zielt, den revolutionären gefangenen zu schwächen, zu vereinzeln und zu kriminalisieren, um seine kampfkraft zu schwächen und um ihn gegen die politik, die er gemacht hat, benützen zu können und so drinnen gegen draußen zu stellen, die geschichte des kampfs um befreiung von ihrer zukunft zu trennen." (aus der hungerstreikerklärung der gefangenen revolutionärInnen von action directe, 1. dezember 1987)

seit dem 1. dezember 1987 befinden sich sechs gefangenen revolutionärInnen von action directe (ad), j.m roullan, n. mënigon, j. aubron, g. cipriani, r. schleicher und h. besse, in verschiedenen französischen knästen im hungerstreik. vor einigen tagen wurden zwei frauen ins krankenhause eingeliefert, nach noch nicht bestätigten meldungen sollen sie sogar auf der intensivstation liegen, ob die aktuelle prozessoröffnung gegen über 20 angebliche ad-mitgliederInnen vom hungerstreik ablenken soll, oder ob es gar um die kriminalisierung des streiks selber geht (wie das konstrukt der "raf im knast" bei hungerstreiks in der brd) bleibt erstmal spekulativ. die forderungen der kämpfenden gefangenen lauten:

- zusammenlegung aller gefangenen kämpferInnen entsprechend dem statut für politische gefangenen, ob sie nun der "normalen" oder der sondergerichtsbarkeit unterliegen.
- sofortige schließung der isolationstrakte für verschärfte sicherheit.

dieser hungerstreik steht in der kontinuierlichkeit vieler knastkämpfe in frankreich im letzten jahr gegen isolation und differenzierung, seien es die hungerstreiks von politischen gefangenen und 20 gefangenen in fleury-mérogis, in dijón usw., die meute-reien in fleury-mérogis, die aufstände in saint-maur und in den iso-trakten von besançon oder die hungerstreiks mehrerer dutzend gefangener im august in fresnes oder die bourg-en-bresse ende letzten jahres.

auch in spanien und portugal befinden sich kämpfende gefangene genossInnen im hungerstreik. obwohl wir keine genauen infos haben, wollen wir kurz was dazu sagen, da die kämpfe alle in einem zusammenhang miteinander stehen und wirken müssen.

in portugal gibt es die fp 25 (volkskräfte des 25. april), eine bewaffnete kämpfende guerilla, sowie die fup (einheitsfront des volkes), eine 1980 legal gegründete politische partei die im juni 84 zerschlagen wurde, wobei 46 parteimitglieder in einer landesweiten razzia verhaftet wurden. obwohl es zwischen fup und fp 25 weder einen organisatorischen zusammenhang, noch eine zusammenarbeit gibt, gelten die gefangenen von fup als "legaler arm" der fp 25-guerilla und werden dementsprechend verknackt (siehe das konstrukt der "legalen raf" in der brd).

im dezember 87 wurden einige gefangene männer eines zusammengelegten kollektivs auseinandergerissen - das kollektiv zerschlagen. (ob es sich dabei um eine große gruppe oder kleingruppenisolation handelte wissen wir nicht) unter dem vorwand - gemeinsam verlegt zu werden - wurde die gruppe in knäste über ganz portugal verteilt, 3 genossen nach der "reise" quer durch's land wieder in den alten knast zurückgebracht. mit diesem trick sollte ein gemeinsamer widerstand der gefangenen selber im knast erstickt werden. gegen diese zerschlagung eines gefangenenkollektivs befinden sich jetzt die getrennten revolutionäre in einem hungerstreik. ein größeres zusammengelegtes frauenkollektiv ist aus solidarität ebenfalls in den hungerstreik getreten.

in spanien, wo wie in portugal die zusammenlegung in grosse gruppen in früheren kämpfen bereits teilweise durchgesetzt war, ging es das ganze letzte jahr über um die zerschlagung von gefangenenkollektiven. sowohl gegen eta im januar und sommer 87, als auch gegen grapo (antifaschistische widerstandsgruppen des 1. oktober) und pce (r) (kommunistische partei spaniens -wiederhergestellt-) auch im letzten sommer. dabei wurden jeweils größere gruppen von gefangenen in knäste übers ganze land verteilt, wogegen es auch kämpfe drinnen und draußen gab. der aktuelle hungerstreik von gefangenen revolutionärInnen aus grapo und pce (r) ist sowohl auf dem hintergrund zu begreifen, gegen die angriffe auf gefangenenkollektive wieder in die initiative zu kommen, gegen die vereinheitlichung der aufstandsbekämpfung in westeuropa. ein ganz aktueller anlaß ist aber auch die medizinische nichtbehandlung eines gefangenen revolutionärs, der bei fortdauernder unterlassung medizinischer behandlung gelähmt sein und an den rollstuhl gefesselt sein wird.

die gefangenen genossInnen, einige von ihnen im hungerstreik, fordern die sofortige verlegung des betreffenden genossen in ein ziviles krankenhause.

die schweine haben über die hungerstreiks eine totale nachrichtensperre verhängt, sie wollen nicht, daß in den westeuropäischen ländern etwas von diesen kämpfen überkommt. sie versuchen von vorneherein zu verhindern, daß dieser offensive schritt von portugiesischen, spanischen und französischen revolutionärInnen hier von kämpfenden menschen aufgegriffen, zur eigenen sache gemacht wird und so als gemeinsamer kampf in den metropolen eine andere scharfe bekommt. daß wir recht wenige informationen über die aktuelle situation der hungerstreiks haben hat auch bei uns gewirkt - wir dach-

ten, ohne genauere infos können wir uns nicht zu den streiks verhalten. aber das ist es ja gerade, was die nachrichtensperre erreichen soll.

als menschen die in der imperialistischen brd widerstand leisten im kampf um herrschaftsfreies/selbstbestimmtes leben, für kollektivität und menschlichkeit, gegen patriarchale und kapitalistische ausbeutung und unterdrückung, sind wir genauso mit der konterrevolutionären aufstandsbekämpfungsmaschine konfrontiert wie unsere kämpfenden genossInnen in den nato-kz's.

die revolutionären gefangenen aus guerilla und widerstand sind teil unserer eigenen kämpfe gegen lebensfeindliche technologien, entfremdete beziehung untereinander und unterwerfung aller menschlichkeit unter das diktat von patriarchat und imperialismus, auf dem weg zur endgültigen beseitigung jeglicher herrschaft von menschen über menschen.

patriarchat und imperialismus bedeuten weltweit unterdrückung und ausbeutung, elend und vernichtung!

die politik des multinationalen finanzkapitals vernichtet weltweit die lebensbedingungen der menschen und völker und macht sie abhängig - als je nach (kapital-)bedarf jederzeit verfügbare (bezahlte oder unbezahlte) arbeitssklavInnen - wer nicht mehr funktionsfähig und verwertbar ist fällt raus, verelendet... der "neue kolonialismus", der die menschen im trikont ("3. welt") nach wie vor aus ihren lebenszusammenhängen herausreißt, sie ihrer subsistenzgrundlagen (selbstversorgung) beraubt und darüber dem kapitalistischen weltmarkt "zuführt":

- sei es das "verheizen" in den weltmarktfabriken, die die metropolen mit allermeist überflüssigem schrott überfluten
- die verelendung in der großstadtlums und flüchtlingslagern, (die paar wenigen die den spuren des reichums gefolgt sind und die flucht in die metropolen geschafft haben sind hier mit dem breiten instrumentarium des repressiven "sozialsystems" konfrontiert)
- oder gar der kaltblütige völkermord in vielen teilen dieser welt - massenmord durch imperialistische bevölkerungspolitik, durch kapitalistischen macht- und profitpoker erzeugte "hungerkatastrophen" (vernichtung der "unnützen esser").

auch bei uns in den metropolen hat der imperialismus nichts mehr zu bieten als die totale entfremdung, alle lebensbereiche (maloch und schule, freizeit und familie, liebe und sexualität, kreativität und kultur usw.) sind nach patriarchalen unterdrückungs- und kapitalistischen verwertungskriterien durchstrukturiert.

die morde im trikont sind die "selbst"morde in den metropolen.

wo menschen sich zusammenschließen, um befreiung kämpfen, fahren die schweine ihr ganzes kriegspotential auf, da läuft der schmutzige anti-guerilla-krieg - jede hoffnung auf revolution soll im blut der kämpferInnen und der sog. zivilbevölkerung ertränkt werden.

hier in den metropolen wird sowohl die totale ausbeutung und unterwerfung "entwickelt", geplant und ausgeführt, sowie der krieg gegen befreiungsbewegungen und die niederhaltung von klassenkämpfen vorbereitet, beschlossen und gesteuert, sowohl gegen die völker des trikont als auch gegen uns und alle die hier - im zentrum ihrer macht - kämpfen und kämpfen wollen.

die pflicht aller revolutionärInnen ist es die revolution im eigenen land zu machen

für uns heißt das, daß wir hier mit all jenen die widerstand leisten zusammenkommen wollen. auch hier in den metropolen gibt es genügend ansätze zum kampf, auch hier gibt es elend und stumpfsinnige maloch, sexistische unterdrückung und permanente ausbeutung, folter und vernichtung an politischen gefangenen.

es geht uns um die schwächung und zersplitterung der patriarchalen, imperialistischen und kapitalistischen herrschaftsinstrumente - um den widerstand dagegen auf allen ebenen. darin um das vertiefen der fundamentalen widersprüche zwischen staat/gesellschaft, zwischen weltbourgeoisie/weltproletariat. vieles ist für uns selber noch unklar, wir haben keine rezepte in der hand. eine vorstellung wie es zusammen gehen kann, ist der kampf um's zusammenkommen in der revolutionären bewegung. zusammen kämpfen; guerilla, widerstand und die revolutionären gefangenen - den aufbau der revolutionären front in westeuropa mitgestalten, darum kämpfen. weil dadrum aber ganz einfach viel an auseinandersetzung, klarheit und eigener bestimmung fehlt bei uns hier, ist es aufgesetzt und nicht authentisch, wenn wir die westeuropäische front jetzt zu unserer parole machen. was uns aber nicht aus der verantwortung entläßt - zusammen die auseinandersetzung darum anzufangen.

der kampf der gefangenen revolutionärInnen kann dadrin ein erster schritt sein für uns, wenn wir ihre forderungen zu unseren eigenen machen und mit ihnen für die zusammenlegung kämpfen. die forderung der gefangenen nach zusammenlegung in große interaktionsfähige gruppen ist eine existentielle forderung.

gerade in einer situation verschärfter repression gegen den gesamten widerstand (frankfurt, sog. rz-fahndung/razzien, festnahmen, stammheim-prozess und anstehender prozess gegen die 4 dulsburgerInnen, usw.) oder die dreckskampagne um die amnestie, in seltener einmütigkeit von staatsschutz und teilen der "linken" forciert - alles teile des repressions- und entpolitisierungsinstrumentariums das gegen den gesamten widerstand gerichtet ist, lähmung und spaltung provozieren soll - ist es dringend notwendig wieder die initiative zu ergreifen, darin die forderung der gefangenen nach zusammenlegung aufzugreifen. wer diese forderung nicht zu ihrer eigenen macht, verneint den kern unseres kampfes und der der gefangenen; kollektivität, der kampf um bedingungen die ein menschsein und kampf um befreiung erst ermöglichen...

SOFORTIGE ERFÜLLUNG ALLER FORDERUNGEN DER HUNGERSTREIKENDEN REVOLUTIONÄRINNEN VON ACTION DIRECTE, GRAPO, PCE(r), FP 25 UND FUP!

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER RAF UND DEM WIDERSTAND!

ZUSAMMENLEGUNG ALLER KÄMPFENDEN GEFANGENEN DIE DAS FÜR SICH FORDERN!

SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG!
OPERATION FÜR ANGELIKA GODER OHNE STAATSSCHUTZ-KONTROLLE!

**drinnen und draußen eine bewegung
einheit im kampf um zusammenlegung**

KOMMUNIQUE

wir haben heute französische einrichtungen angegriffen! kraft und erfolg für die gefangenen von action directe, die sich seit dem 1.12.87 im unbefristeten hungerstreik befinden. sie fordern:

**zusammenlegung unter politischen status
sofortige abschaffung der hochsicherheitstrakte**

wir erkennen uns im kampf der gefangenen aus ad für kollektive kampfstrukturen wieder, weil auch wir als widerstand hier die erfahrung machen, daß wir kollektivität und selbstbestimmung gegen den brd-staat und die vereinheitlichung der imperialistischen westeuropäischen staaten nur in einem prozess des zusammenkommens des revolutionären, kämpfenden widerstands durchsetzen können.

- sofortige zusammenlegung für die gefangenen aus ad und ihre anerkennung als politische gefangene
- solidarität mit den gefangenen in den nato-kz's
- gegen die vereinheitlichung der repression in westeuropa unter der achse brd-frankreich
- für die zusammenlegung der revolutionären gefangenen in den ländern westeuropas
- vorwärts die revolutionäre bewegung in westeuropa

H.H., 25.1.88

Seit Freitag, den 5.2.1988 Gisela Dutzi, Ingrid Barabaß und bzw Sonntag, den 7.2.1988 Mareile Schmegner fordern die befinden sich Gisela Dutzi, Aufhebung der Kontaktsperre, Ingrid Barabaß und Mareile die gegen Georges Cipriani und Schmegner, Gefangene aus der möglicherweise gegen die anderen RAF bzw. dem antiimperialistischen hungerstreikenden Gefangenen schen Widerstand, im Hunger- aus A.D. verhängt wurde, und die streik. Erfüllung ihrer Forderung nach Zusammenlegung.

Der Hungersreik ist Ausdruck der Solidarität mit den gefangenen Militanten der Action Directe Frankfurt, 10.2.1988 in Frankreich, die sich heute seit Die Verteidiger von Gisela Dutzi, 72 Tagen im Hungerstreik befinden - Mareile Schmegner den.

VIVE L'INTERNATIONALISME PROLETARIEN!

Wir sind am 21.1.88 in paris in den prozess gegen die gefangenen frauen und männer aus der kämpfenden kommunistischen organisation ACTION DIRECTE und aus dem zeitungskollektiv l'international gegangen, um ihnen unsere solidarität mit ihrem kampf und hungerstreik auszudrücken, und uns in ihren kampf um zusammenlegung und anerkennung als politische gefangene zu stellen um ihn zu stärken. Die gefangenen aus AD sind gefangene der westeuropäischen revolutionären bewegung. Wir kämpfen mit ihnen zusammen für den aufbau von revolutionärer gegenmacht gegen das westeuropäische kriegszentrum. Wir beziehen uns auf sie, weil die initiative zur westeuropäischen front, die sie zusammen mit der RAF und den kämpfenden einheiten in den offensiven seit 85 materialisiert haben, für uns orientierung ist.

Die kämpfenden genossInnen und genossen von AD bekennen sich zu ihrer organisation und zur strategie und praxis ihrer organisation.

Revolutionäre strategie in der imperialistischen metropole bedeutet den angriff auf den imperialistischen staat zum ausgangspunkt der revolutionären aktivität zu machen. Dieser angriff mit dem ziel der zerschlagung der imperialistischen macht wird zur strategischen linie des revolutionären kampfes. Durch den bewaffneten kampf ist es möglich, inhalt und ziel der revolutionären strategie zu verdeutlichen und auch in schwachen phasen der revolutionären bewegung den bruch mit dem imperialistischen system politisch-praktisch durchzusetzen. Der bewaffnete kampf besitzt daher strategische bedeutung innerhalb der entwicklung revolutionärer politik. Diese strategie ist das ergebnis aus den erfahrungen und kämpfen der letzten 15 jahre in mehreren ländern westeuropas (brd, spanien, italien, frankreich, belgien, portugal, nord-irland). In diesen kämpfen hat sich gezeigt, daß wir mit einem staat konfrontiert sind, der in sich das konterrevolutionäre bürgerliche projekt der zerschlagung, vereinnahmung und institutionalisierung von widerstand und antagonistischer klassenbewegung verkörpert.

Es hat sich gezeigt, daß wir dagegen nur vorankommen können, wenn wir unsere revolutionäre praxis auf den verschiedenen ebenen an dieser strategischen linie des angriffs entlang entwickeln.

Auf dieser ebene stellen wir unsere verbundtheit und solidarität mit den genossInnen und genossen von AD her. Es ist die ebene des gemeinsamen kampfes, der gemeinsamen strategie für den sieg des kommunismus in der imperialistischen metropole.

Der prozess gegen die gefangenen aus AD und l'international zielt gegen den gesamten revolutionären prozess in frankreich. Es geht den schweinen konkret darum, die mitgliedschaft bzw. unterstützung einer "terroristischen vereinigung" zu verurteilen, also die politik der gefangenen-, es geht noch nicht um konkrete kriminalistische tatvorwürfe. Mit der isolierung und verurteilung eines konsequent antagonistisch kämpfenden teils des insgesamt relativ schwach entwickelten ant imperialistischen widerstands in frankreich planen sie, den revolutionären

prozeß zu schwächen und aufzuhalten. Die schweine werden mit ihrem konzept nicht durchkommen! Es bricht am hungerstreik der gefangenen aus AD. Der kampf um zusammenlegung entwickelt sich immer mehr zu einem gemeinsamen kampf der revolutionären gefangenen und bewegungen in westeuropa. Das hat seine materielle basis darin, daß die vereinheitlichte vernichtungsstrategie der schweine da bricht, wo die gefangenen ihren kollektiven kampf im knast weiterführen. Die zusammenlegung in große gruppen schafft für die gefangenen kollektive lebens- und arbeitsbedingungen. das sind gleichzeitig bedingungen, unter denen eine auseinandersetzung mit der revolutionären bewegung draußen eine weit größere intensität bekommt, der revolutionäre prozeß zusätzliche kraft entwickelt. Im kampf auf dem terrain knast, wo der zugriff der schweine auf die kämpferInnen und kämpfer am brutalsten ist und der revolutionäre widerstand immer gleich mit dem gesamten imperialistischen block konfrontiert ist, liegt der antagonismus Imperialismus/befreiung in seiner ganzen schärfe. Im kampf der gefangenen ist der revolutionäre prozeß in westeuropa schon am weitesten vereinheitlicht. Die gefangenen in spanien, euskadi, frankreich, portugal, italien, brd kämpfen gegen die gleiche vernichtungsstrategie und für die gleichen ziele - zusammenlegung und anerkennung als politische gefangene. Daran wird die reale europäische dimension über den gemeinsamen kampf von AD und RAF hinaus deutlich. Die italienischen gefangenen von BR/PCC sagen in ihrer solidaritätserklärung zum hungerstreik der französischen gefangenen: "diese strategie zu zerschlagen ist heute nur möglich in der entwicklung einer intensiven dialektik zur einheit zwischen den revolutionären kräften und der klassenbewegung in europäischer dimension. Der kampf gegen isolation und für die zusammenlegung der gefangenen aus guerilla in verschiedenen europäischen staaten ist auch unser kampf und der kampf der gesamten revolutionären bewegung und der klasse!". Wir greifen den hs der genossInnen so auf, wie er auch bestimmt ist, als teil des revolutionären kampfes in westeuropa - der nicht mehr auf nationaler ebene isolierbar und liquidierbar ist. Hier in der brd ist die forderung nach zusammenlegung im widerstand politisch durchgesetzt. Wir bestimmen unsere praxis aus der internationalen dimension des kampfes um zi: PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS

Das gerichtsgebäude war von einem totalen aufgebot von bullen und paramilitärischen einheiten umstellt. Die gewegedirekt drumherum waren abgesperrt, so daß dort niemand laufen konnte. Nach zwei kontrollen, einer am eingang des gerichtsgebäudes und einer genaueren vor eintritt in den prozeßsaal waren wir nach langem schlangestehen eindlich drinnen. Die genossInnen aus ad sitzen links, die von l'international rechts in den glaskästen, zwischen ihnen jeweils bullen. Für die reichlich vertretene presse gab es mehrere sitzreihen und erst dahinter waren noch ca. 40 stehplätze für besucherInnen, von denen der großteil von bullen und zivis eingenommen wurde, sodaß für die angehörigen und besucherInnen nur noch ca. 15 plätze übrig blieben. An diesem tag hielt a ripert sein plädoyer und auch verschiedene gefangene verlasen ihre schlußworte. Regis Schleicher sprach für die gefangenen, die im hs sind bzw. waren: Irgendwer hier hat behauptet, daß wir besetzt wurden. Besetzt? Ganz sicher nicht! Wir sind zwar gefangen, aber wir haben le waffen nicht niedergelegt. Einige werden von hier gebrochen wieder herauskommen, andere vernichtet. Aber es werden sich immer mehr leute finden, die gegen die barbarie aufstehen und sie bekämpfen." zitat aus liberation vom 22.1.88) Dominique Poirré: "Action Directe ist keine kriminelle vereinigung. Sie ist eine organisation, deren kampf politisch-militär ist. Wir haben einen prozeß gewollt, weil wir militante sind. In unsere geschichte ist die revolution, damit es niemals mehr eine Malik Ousseine (ermordet von der crs während der studentenaktionen 87) mehr gibt, keinen ermordeten machoro(?), eine gefangenen kanaken mehr..." (le figaro, 22.1.88) als die gefangenen ihre erklärungen beendet hatten, haben wir ihnen zugerufen, woher wir kommen und daß für uns viele diskussionen gelaufen sind. Die gefangenen haben alles vom ersten moment mitbekommen und die fäuste gehoben. France Soir 22.1.88: "...einige kurze zwischenfälle ereigneten sich im selben moment. Fünf bis sechs westdeutsche staatsangehörige wandten sich in ihrer sprache an die gefangenen in der linken box (Ménigon, Rouillan, Cipriani, Aubron, Schleicher) und riefen ihnen zu "solidarität mit eurem kampf". Sie wurden sofort durch die gendarmen rausgeworfen." wir wollten ihnen noch von den veranstaltungen in ffm, stuttgart und hh erzählen, der westeuropäischen sylvesterdemo in hamburg, der kundgebung gegen die schengen-gruppe und der palästina-demo in westberlin, wo es redebeiträge aus solidarität mit dem hs gab) Die unzähligen uniformierten und zivis um uns herum haben sich direkt auf uns gestürzt. Wir haben dann die parole "solidarität mit den hungerstreik" gerufen. Das tat richtig gut gegen die muxmäuschen-stille, die ansonsten den gerichtssaal gestimmt at. Die bullen haben uns dann rausgeprügelt und zu unserer totalen überraschung standen wir dann wenige augenblicke später schon auf der straße. Wir sind dann ziemlich unschlüssig und nicht besonders schnell weggegangen, weil wir nicht damit gerechnet haben, daß sie ab jetzt noch abgreifen. Aber schon wenige minuten später haben die bullen mit einem großen aufgebot (von zivis und uniformierten) nach uns gesucht, drei von uns wurden festgenommen. An der festnahme durch crs-bullen waren auch brdrbindungs-bullen beteiligt. (die bullen haben in der innenstadt in totalen aufwand betrieben: überall bullen aufgefahren, u-hnhöfe kontrolliert). Die drei wurden zur nahegelegenen bullenzentrale gebracht und später in eine bullenstation, wo sie auch an einem raum mit der aufschrift "Kriminalkommissariat 7" vorbeigeführt wurden. Bei der versuchten foto-ed-behandlung wurden ihnen fehn mit der aufschrift "ad" vorgehalten. Wir sind mit der vorstellung zum prozeß gefahren, uns dort inkret zu verhalten und haben eine festnahme als mögliche lge einbezogen. Aus diesem begriff von der konfrontation ben sich die drei im knast gegenseitig unterstützt, aus den nzelzellen heraus zusammen gesungen und den bullen immer jeder eine grenze gesetzt. Nach drei stunden, in denen auch

vergebliche verhörversuche liefen, wurden sie freigelassen. Unser fehler war, daß wir den bruch im vorgehen der bullen nicht gleich abzugreifen-, nicht schnell genug geschallt haben, um uns sofort zu verpissen. Insgesamt war es eine starke erfahrung für uns, den gefangenen genossinnen und genossen unsere solidarität direkt rüberzubringen. Wir haben mit der aktion die nachrichtensperre über den hungerstreik durchbrochen und damit den schweinen in ihrem kalkül, den kampf der gefangenen zu verschweigen und sie als isoliert und gescheitert darzustellen, einen strich durch die rechnung gemacht.

GEFANGENE; GUERRILLA; WIDERSTAND
DIE FRONT ENTSTEHT IN JEDEM LAND

DIE FRONT ENTSTEHT ALS KÄMPFENDE BEWEGUNG
EINHEIT IM KAMPF UM ZUSAMMENLEGUNG

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS ACTION DIRECTE
SOLIDARISCHE GRÜSSE AN DIE GEFANGENEN VON L'INTERNATIONAL

Kampf der imperialistischen umstrukturierung auf jeder ebene!
Kämpferische grüße an die genossinnen und genossen, die in kreuzberg STATTAU demoliert haben.

DEN PROZESSAKTEN-APPELL BEIGEFÜGT
rom, 10.2.1988

Wir, als arabische antilperialistische-antizionistische Militante, lehnen es ab, von einem imperialistischen Staat beurteilt zu werden der, während das palästinensische Volk heroisch gegen die Besatzung kämpft und während der Staatschef ins besetzte Alquds (Jerusalem) geht, voll seine Legitimation dem zionistischen Feind gibt und vollständig deren Repressionspolitik anerkennt ebenso die fortlaufenden Massaker von Sabra und Shatila bis zu den Bombardements der Lager von Saida und die Dörfer des Südlibanons, bis hin zu den Repressionen mit den Panzern von Sharon, Begin und Peres gegen die Volksrevolte überall in dem besetzten Palästina.

Dies erstaunt uns nicht, weil es genau auf gleicher Ebene mit der imperialistischen US-westeuropäischen Politik liegt und von euch zuerst angewandt wurde, in der Zeit des direkten Kolonialismus, danach mit der künstlichen Schöpfung des zionistischen "Staates" vor 40 Jahren, alle Rechte des palästinensischen Volkes unterdrückend. Jedoch in 40 Jahren ist es euch nicht gelungen das palästinensische Volk zu entwurzeln oder

zu eliminieren und heute skandalisiert sich eure "Demokratie", wenn sie die täglichen Toten zählt, die Konzentrationslager, die Deportationen, als ob es nicht schon Deir Yaseen gegeben hätte (eines der ersten Dörfer, zerstört von dem zionistischen Feind) und als ob nicht unsere Kinder, Frauen, Jugendliche jeden Tag schon seit 40 Jahren sterben würden. Aber ihr skandalisiert euch weil euer unentbehrlicher Verbündeter euch nicht die Verlegenheit hat ersparen können und zwar Massaker in absoluter Stille...Und es ist ihm auch nicht vollkommen gelungen, seine Aufgabe als imperialistische Bastion in der Region gegen die arabische Befreiungsbewegung und gegen die progressistischen Länder des Mittleren Ostens, zu erfüllen.

Der italienische Staat führt in erster Person, mittels seiner "Vermittlungspolitik" in enger Koordination mit den US, den Zionisten und seinen Alleirten, seine Attacke gegen die arabische, palästinensische und libanesische Befreiungsbewegung unter der Mystifikation des Kampfes gegen den "internationalen Terrorismus", seine Kombattanten gefangen haltend und Untersuchungen koordinierend, über die unterzeichneten Verträge von Seiten eures ex-Innenministers Scalfare mit der CIA, dem Mossad und den anderen westlichen und nichtwestlichen Geheimdiensten.

Die Tatsache, daß wir uns in dieser Aula eines italienischen Tribunals befinden, das sich anmaßt uns zu beurteilen, bestätigt eindeutig eure Funktion auf der ganzen Linie koerent mit der Politik des Staates, den ihr vertreten und als wenn dies nicht genügen würde, beurteilt ihr uns für das was wir "gemacht haben würden" und mit vollkommener Ruhe falsifiziert ihr die sogenannten "Akten" des Prozesses. Es ist klar, daß ihr uns beurteilt weil wir Anti-Imperialisten sind und wir darin eine Gefahr für eure Ordnung des "Friedens" und der "Demokratie" darstellen, dies kann jedoch sicher niemals geschehen, solange unser Volk ohne seinen Boden lebt, ohne sein Recht auf Freiheit und Würde.

Wir sind stolz, daß wir Teil dieses Volkes sind, das heroisch gegen die Besetzung im besetzten Palästina und im Südlibanon kämpft.

FÜR DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN UND ANTIZIONISTISCHEN KAMPF

FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF DES PALÄSTINENSISCHEN UND LIBANESISCHEN VOLKES

RUHM UND EHRE FÜR DIE IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND ZIONISMUS GEFALENNEN GENOSSEN

Josephine Abdo
Abdullah Almansouri

Political Prisoners and P.O.W. Update

"Can't Kill The Spirit"



LEXINGTON CONTROL UNIT UNDER FIRE

In the beginning of October, the Federal Bureau of Prisons publicly announced that it would make a few modifications in the restrictions on Puerto Rican POW Alejandrina Torres, and North American revolutionaries Silvia Baraldini and Susan Rosenberg, along with two other women held in the Control Unit of Lexington Federal Prison for Women. While acknowledging that conditions in the Control Unit are not liveable, the BOP maintained that it would nevertheless take nine months to find a replacement for Lexington. At the same time, and more ominously, the BOP stated that a survey of the federal prison population indicated that there were between 150 and 200 women who "had greater security needs than could currently be provided for in the system," and that the five women currently in the Control Unit would eventually be moved to a new maximum security unit housing a much larger number of women.

This announcement came in response to a growing campaign to shut down the Control Unit. The most recent development was a scathing report issued in September by the National Prison Project of the American Civil Liberties Union. ACLU staff attorneys had toured the unit and spoken with the prisoners and prison staff, examining administrative policies of isolation, sensory deprivation, constant monitoring, harassment and humiliation, repeated strip searches, severely restricted visits and threats of perpetual confinement to the unit. The conclusion of their report argued that "cosmetic changes will not alter the reality of this unit that, as it was designed and operates, is a living tomb for women who are assigned to it." The ACLU report supported the charges that the unit targets political prisoners with the goal of breaking them

physically and psychologically.

Dr. Richard Korn, a correctional psychologist and criminologist, also toured the Control Unit. He reported that the goals of the unit are first, "to reduce the prisoners to the state of submission essential for their ideological conversion. That failing, the next objective is to reduce them to a state of psychological incompetence sufficient to neutralize them as efficient, self-directing antagonists. That failing, the only alternative is to destroy them, preferably by making them desperate enough to destroy themselves."

The BOP decision reflects the tremendous pressure which has been brought to bear by the National Campaign to Abolish the Lexington Control Unit. Concretely, the Bureau has promised to stop the daily strip searches, replacing them with random strip searches and daily pat-downs by male guards. The conditions of isolation will not change, but the authorities have said they will build another visiting room so that two visits can occur simultaneously. They also indicated that Alejandrina would be allowed to see her grandchildren and that applications for other visitors would be entertained. At press time, however, the first such request had been denied.

While these changes, if they occur, are victories for Alejandrina, Silvia, Susan and their supporters, it is important to keep up and intensify the pressure. We need to demand that they be transferred immediately to general population in a regular women's prison. There is also the danger that the BOP will use this opportunity to build a new prison which will function as a gigantic Control Unit for many more women, a women's version of Marion. ➤

LEXINGTON continued

The National Campaign to Abolish the Lexington Control Unit is calling on everyone to write letters expressing their concerns to the new Director of the Federal Bureau of Prisons, J. Michael Quinlan (320 First St. N.W., Washington, D.C. 20534). The urgency of the campaign to shut the unit down is underscored by the news that the women are already beginning to suffer from lethargy, inability to concentrate, weight loss and eye and other medical problems. They also stress that it is critical to help break through the isolation by writing to the prisoners directly. (See prisoners' addresses in back of this issue of *Breakthrough*.)

PUERTO RICO INDEPENDENCE 16

Since the August 30, 1985 military assault by 260 machine gun-toting FBI agents on the homes and offices of dozens of labor, community and independence activists and the arrests (now totalling 16) of widely known and respected independentistas, Puerto Ricans by the thousands have come together to denounce U.S. violation of Puerto Rico's territory.

The pre-trial proceedings—currently underway—have served, not to criminalize the 16 activists as the state had hoped, but to expose the widespread crimes of the FBI: electronic surveillance (specifically prohibited by the Puerto Rican constitution), informers, searches without warrants, improper seizure of property, preventative detention and altering tapes of secret voice recordings. National outrage increased when the Puerto Rican Police Intelligence Division admitted in court that its massive surveillance efforts against the Independence Movement includes files on 74,000 individuals!

A beginning date for the trial has not yet been set, but it is already clear that this latest U.S. attack on the Puerto Rican Nation will be defeated by an Independence Movement growing stronger and more united in resistance.

MUTULU SHAKUR & MARILYN BUCK

The RICO conspiracy trial of New Afrikan revolutionary Dr. Mutulu Shakur and North American anti-imperialist Marilyn Buck is set to begin on November 9th in New York. They are charged with the 1981 Brinks armored car expropriation attempt as well as with assisting in the liberation from prison of POW Assata Shakur in 1979.

While pre-trial battles continue over the admissibility of evidence seized in police/FBI raid, Dr. Shakur is preparing a motion asserting his status as a New Afrikan Prisoner of War and challenging the court's right to try him. In Marilyn Buck's case, a key informer failed to positively identify her and police labs have been unable to match either her blood or her hair to "incriminating" evidence.

Can't Kill The Spirit is an insert to the Fall 1987 issue of *Breakthrough*, the political journal of Prairie Fire Organizing Committee. Subscriptions may be obtained by writing to P.O. Box 14422, San Francisco, CA 94114.

From Behind the Walls:

"The Issue is Courage. Whether to Flee or Fight or Seek Accommodation"

In conventional military forces it is an axiom that a soldier never lets his/her rifle fall to the ground. There are several reasons for this: to avoid accidental discharge, to prevent damage to the weapon and to avoid contamination with dirt.

To drop one's weapon is also symbolic of defeat.

The unconventional soldier - or guerrilla - is armed with more than a rifle. S/he is also armed with ideology and a will to fight that is rooted in the class and national character of those whose liberation we risk our lives for.

The guerrilla is a political-military soldier. Revolutionary in orientation; military in operations. When the captured guerrilla loses his rifle s/he is neither weaponless nor defeated. Even imprisonment or death cannot rob us of the ideals and principles upon which we base a lifetime of struggle. National liberation and socialist revolution cannot be snuffed out so easily. The most serious defeat we can suffer at the hands of the enemy is to surrender our principles for then we have stripped the will to fight from our hearts. If there is any rehabilitation program in the minds of our captors it revolves around capitulation.

OHIO 7

The Ohio 7—Jaan Lamaan, Barbara Curzi-Lamaan, Ray Levasseur, Carol Manning, Tom Manning, Richard Williams and Pat Gros-Levasseur—are facing trial in Boston for seditious conspiracy and RICO criminal conspiracy related to armed actions in solidarity with liberation struggles in South Africa, Puerto Rico, Central America and against the U.S. war machine.

Kazi Toure, a Black community activist working around community self-defense in the Boston area, was charged along with the Seven, but his case has been severed from the others in a defense move because the prosecution has a very weak case against him. Kazi has also been charged with participating in all actions by the Jonathon Jackson/Sam Melville Brigade and the United Freedom Front, despite the fact that he was in jail during the UFF actions and had no association with any alleged member of the Brigade. He is being held in preventative detention while his trial proceeds.

The Seven—currently serving terms of 45 to 98 years in New York for bombing corporate and military targets—will begin their trial after Kazi's is completed, possibly in January of 1988.

LINDA EVANS

Linda Evans was sentenced in a New Orleans federal court to 40 years in prison last May. Her unusually-heavy sentence for purchasing three guns under a false name—more than many people get for murder—stems from attempts to connect her with the 1981 Brinks expropriation attempt and from her long history of militant support for the Black Liberation Movement. Linda is currently being held at Pleasanton FCI in California, as is anti-imperialist Laura Whitehorn who was convicted of entering false information on a passport.

ALAN BERKMAN

North American doctor and revolutionary Alan Berkman was sentenced in May to a ten-year prison sentence on weapons and explosive charges. Although this is considerably less than the 48 years that the prosecutor demanded, Alan now faces armed robbery charges in Connecticut. On October 7, Alan was sentenced to two years on bail jumping charges to be served consecutively following his ten-year term. As of press time, he had not yet been designated to another prison. For information on his new address, contact Committee to Fight Repression, P.O. Box 1435, Cathedral Station, New York, NY 10025.

WATANI TYEHIMBA

Watani Tyehimba, a founding member of the New Afrikan People's Organization and a longtime activist in the Los Angeles Black Community, has been released from detention. In August 1986, Watani was jailed for refusing to collaborate with a grand jury investigating the Black Liberation Movement. Welcome home, Watani!

By Raymond Luc Levasseur

Anti-Imperialist Political Prisoner

The enemy designs propaganda and isolation units to break us down and destroy our spirits. They will exploit any sign of weakness and maximize our losses. They kill some of us and bury others with decades of time. They play on white supremacy, sexism and the brutality of prison. They isolate leaders and selected individuals while trying to rub our noses in the dirt. They attempt to disarm us, realizing that we are revolutionaries, not criminals.

The guerrilla is no armchair revolutionary. One does not rely on university degrees, class privileges or artificial bravado to carry out one's duty to make the revolution. This applies whether in the field or in the penitentiary. We must recognize that it is the intention of our captors to make us suffer for our political commitment. As in the 'Myth of Sisyphus' they have sentenced us to what they think is hell on earth - a futile lifetime of trying to reach the top of a mountain whose peak always seems beyond reach.

But these are fools with their hierarchical way of thinking. Time and conditions change but some things do not and one is the essence of the guerrilla which flows from the hearts and minds of people willing to resist and wage war against imperialism. We are never without means to resist unless we're clinically dead or abandon our principles.

The FMLN (El Salvador) began with two .38 pistols; the Vietnamese with a half a dozen rifles and the Sandinistas with not much more. The resistance in Azania has continued to grow in the face of the most vicious fascism on this earth and we are all aware of the heroic beginnings and victory of the Cuban revolution. Each of these struggles suffered extraordinary setbacks but never lost sight of their goals or a simple fact of life that they would rather die fighting than to live on their knees. To paraphrase Fidel - you don't have to be a communist to be a revolutionary but you damn well better be ready to fight.

While we look for our weapons left behind to be picked up and utilized by others, this is not always the case. The struggle ebbs and flows based on many factors and we must adjust to this reality. The level of support for captured combatants and political prisoners is not what it could or should be. To some degree this is directly related to mass organizations' unwillingness to integrate the political prisoner/POW issues with national liberation/class struggles. While this can be discouraging and requires more analysis and planning, we must not let such a decline in mass struggle at a particular point in time dampen our efforts to advance ourselves as revolutionaries. We need to redouble our efforts to put the plight of political prisoners/POWs on the agenda of mass organizations.

The urban jungle does not field soldiers with camo's, field packs and M-16's. It produces armed guerrillas with the political and military skills to wage a protracted struggle that can lead to mass mobilization and people's war; cadre that must develop fundamental skills, organization, moral character, courage and commitment. All under conditions that are far from ideal.

This process does not end when we are captured. We do not waiver at the first sight of the interrogator or in the face of beatings, separation from our children and comrades or the years in isolation cells. If one thing the guerrilla experience teaches it's to overcome the odds - by any means necessary.

In the camps we must summon up the same skills and commitment that have enabled us to elude and battle the enemy for extended periods of time in clandestinity. Resistance isn't a strategy we begin at the time of capture, it's a strategy we continue in spite of being captured. The more severe the isolation, the greater the challenge to persevere, and it is a challenge we must spare no effort to take on.

Within the camps political prisoners/POWs naturally gravitate to each other. We are natural allies. The camp commanders are aware of this and if they don't break it up with transfers or control units they put it under surveillance by their lackeys. We need to be aware of this while recognizing that solidarity among political prisoners/POWs is one of our foremost weapons.

We do not collaborate with the enemy. The intense propaganda battles called trials are the first step after capture to fight criminalization and let our voices be heard. The demands of clandestinity are well suited to the camps. Security has always been paramount to avoid eyes and ears; without initiative we know we cannot succeed and we must be innovative and flexible; we recognize the importance of self-discipline, political education, strong bodies and maintaining our health; we emphasize moral character and respect the more spiritual needs of some of our comrades; we share old skills and learn new ones; we learn who to trust and who not to trust; we analyze and criticize and learn from our errors; we acquire patience, and we adjust to being without and make the most of what we have when we have it; we learn to go it alone when necessary in hostile environments, but know the day will come when "... dawn is no longer beyond our reach."

In conclusion, I am reminded of something told to me many years ago by a fellow worker. He said that it takes as much courage to carry a lunch pail to a sweatshop every day to feed your kids as it does to shoulder a weapon. There's an element of truth to this little parable, and we would do well not to lose sight of it as we continue the fight for political recognition and survival.

ERKLÄRUNG

heute am 14.1. läuft im amtsgericht FFM ein verfahren gegen mich.
die anklage lautet:
widerstand gegen vollstreckungsbeamte in 2 fällen.
tateinheitlich in einem fall wegen versuchter körperlicher mißhandlung und schädigung der gesundheit "mittels eines gefährlichen werkzeuges".

ich werde an diesem prozeß nicht freiwillig teilnehmen.
d.h. daß ich durch mein wegbleiben als einen praktischen ausdruck meines verhältnisses mit den politischen boden der realen konfrontation zurückhole. es ist mein versuch, teil einer politischen lösung zu werden und das inhaltlich mit diesem flugblatt zu entwickeln, an dem punkt, wo für mich die konfrontation mit der konterrevolutionären gegenoffensive läuft.
ich möchte die entscheidung entwickeln aus meinen eigenen erfahrungen und dem politischen kalkül, worum es meiner meinung nach mit der durchführung des prozesses in wirklichkeit geht.

das ziel, was mit diesem prozeß an mir vollstreckt und weiter gegen den widerstand vorangetrieben werden soll, ist die legalisierung rechtsfreier räume für folter und mord und die totale unterwerfung des individuum unter den apparat.

am 13.januar 1986 am tage der festnahme einer genossin, nach der steckbrieflich gefahndet wurde, wurden ich und am folgenden tag eine weitere genossin in der nähe unserer wohnungen durch eine überfallmäßige zivilbulleblitzaktion von der straße weg verschleppt. die genossin wurde verschleppt, ohne daß passanten ihre schreie registrierten bzw. reagierten. unter der behauptung, sie nach wiesbaden zu bringen wurde sie mit einem hubschrauber mit der begründung einer sog. gegenüberstellung direkt nach hannover transportiert, einer ed-folter unterzogen und dann wieder rausgelassen.
bei mir gelang es durch meinen widerstand, die geplante heimlichkeit der verschleppung zu durchbrechen und passanten aufmerksam zu machen, die einen rechtsanwalt verständigten. darauf folgten ed-folter durch die sogenannten zeugen des heutigen verfahrens, z.b. der bulle tieze, fast 4 monate knast unter isolationsbedingungen nach dem 24-punkteprogramm unter dem vorwurf 129a und ohne daß in der ganzen zeit ein blatt der akte rausgedrückt wurde. auf diesem boden startete die baw durch bundesanwalt hofmann den erpressungsversuch zu einer geringen schuld und verzicht auf haftentschädigung. ich sollte einen blankoschein für eine geringe schuld ausstellen, die sie sich weigerten zu definieren. dann könnte ich rauskommen. zusätzlich sollte ich eine summe von etwa 500.-mark zahlen. 12 tage später komme ich auch ohne zustimmung raus, noch vor einem haftprüfungstermin.

draußen dann zog die bundesanwaltschaft wiederum die drohung mit einigen unbekannten aus dem sack und stellte ein ultimatum. 'z.b. ein verfahren wegen widerstand gegen vollstreckungsbeamte', um mich nachträglich in den deal reinzuzwingen, in der hoffnung, daß ich unter dem druck der isolation ein denken entwickelt hätte, was -erstmal draußen- nur noch die nackte haut zu retten zum inhalt hat und von daher bereit bin, ihre terrormethoden gegen mich und damit auch alle, die hier kämpfen, zu legitimieren. wenn ich eine geringe schuld eingestehen würde, würden sie von diesem verfahren auch absehen und die sache sei erledigt. andererseits werde in der ursprünglichen anlage weiterermittelt, sie hätten noch einiges, was wüßte ich ja selbst.

der nächste vorstoß erfolgte etwa 1 monat nach der entlassung wieder durch die BAW als sie zu beginn der offensive im frühjahr 86 von guerilla und kämpfenden einheiten, konkret direkt nach dem angriff der raf auf den siemensmanager beckurts unter dem fahndungsdruck standen und in die presse in 2 versionen die behauptung lancierten: mal die genossin, mal ich hätten bei unserer verhaftung im januar eine sog. todesliste dabei gehabt. am 15.7.86 wenig später stand das bka vor meiner tür mit der frage: 'wollen sie nicht mit uns reden, frau S?'

als die BAW laut einem spiegelartikel vernehmen ließ: das dilemma sei, daß leute aus dem widerstand durch geld und dealangebote nicht erreichbar seien und kurz danach im sept.86 bei etwa 40 genossinnen in verschiedenen städten drohbriefe von einem anonymen konsortium auftauchten, erhielt ich auch eine drohung.

allein weil ich mich nicht unter den allmachtsanspruch des apparats unterwerfe, hat die BAW jetzt dieses verfahren eingeleitet.

was also nichts ist, als ein weiteres moment in der permanenten konfrontation mit der realität des 'schmutzigen (verdeckten) krieges', daß es die situation ist, für alle, die hier widerstand leisten hat sich in frankfurt besonders in den letzten monaten an dem konterrevolutionären vorstoß nach den schüssen an der startbahn massiv gezeigt, wo unter dem eindruck von willkür alles und jedes legitimiert sein soll.

sobald man ihre überlebensstrategie nicht frißt, ist das konzept der entpolitisierung, legitimierung ihrer gewalt/herrschaft bedroht.
kriminalisiert werden sollen deshalb in diesem verfahren die natürlichen reflexe gegen folter und verschleppung - alles, was über den zustand eines willenlosen objektseins hinausgeht. wie sehr sie das ärgert, daß es ihnen in diesem fall nicht gelungen ist, den rechtsfreien raum der verdeckten verschleppung aufrechtzuerhalten, in dem alles möglich ist (wie z.b. kürzlich bei der verhaftung von rico aus düsseldorf, den sie gleich danach an die reihweisen fuhren. wo ihm die handschellen abgenommen wurden mit der eindeutigen anspielung, wenn er versucht zu fliehen, wird er erschossen), daß es solidarität gab - zunächst als die bulle noch nicht als solche erkenntlich waren durch direktes eingreifen, später in form von anrufen beim anwalt, drückt sich noch in den 'zeugenaussagen' der folterter aus.

die BAW und die staatsanwaltschaft sind in diesem verfahren auf knast aus, was von dem frankfurter staatschutzgericht gegen marelle schmeigner als gefangene (wo sie 3 monate zusätzlich für ihren bei der ed-folter ausgeschlagenen zahn gekriegt hat) als fakt geschaffen wurde, aber in den niedrigen instanzen noch nicht durchkam; weshalb sie die anklage ver-

mutlich von ursprünglich angedrohtem widerstand erweitert haben und tränengas zur angriffswaffe deklarieren.

mit meiner verurteilung jetzt sollen im nachhinein jegliche methoden legitimiert werden: verhaftung, die monate knast, die haftbedingungen. sie haben bis jetzt rausgezögert, die zugestandene haftentschädigung zu zahlen. vermutlich wollen sie nach dem urteil mit nen neuen dealangebot kommen, das ganze aufzurechnen, bzw. ist es ein teil ihres vorstoßes auf dieser ebene politisch durchzudrücken, die konkrete schärfe zu vertuschen und fakten zu schaffen (ob es nun ist wie in meinem fall, daß ich mich wehre gegen folter oder auch der inhalt eines briefes, den jemand aus dem knast schreibt), Konkret auch um solche konstrukte, unter denen viele genossinnen und genossen jetzt festgenommen werden, ermittlungsverfahren laufen, überflüssig zu machen.

ihre rechnung, sei es nun durch verdeckte oder offene vernichtung, vereinzelung, spaltung und damit ihre herrschaft durchzusetzen gegen gemeinsame lernprozesse/bestimmung, wird da nicht aufgehen, wo die isolation als innere herrschaftsstruktur keinen boden mehr findet.

das war die wesentliche erfahrung für mich im knast, mit dem sie jetzt drohen. die erfahrung eine herrschaftsstruktur in mir selbst zu finden, die mit ihrem isolationskonzept konform geht, hat für mich zunächst eine totale härte ausgemacht. meinen eigenen prozeß hatte ich vorher lange zeit der wirksamkeit gegen die schweine unterworfen, weil ich so verkürzt verstanden hatte: strukturen kann man nur im kampf verändern. subjektiv konnte ich mich aus diesem begriff heraus kaum begreifen und bestimmen. der 'haß gegen' und was daraus für mich entstand, sind aber die momente, wo ich mich noch wesentlich über das imperialistische Wertesystem definiert habe. der knast erschien mir in erster linie als ein angriff auf etwas, was bei mir noch gar nicht oder nur total verkümmert da war, auf etwas, was ich erst noch mit anderen genossinnen und genossen entwickeln wollte. weil mir nicht bewußt war, daß es genau dieser keim ist, wo ich mich real in den kampf stelle, den sie in mit töten wollen, wo kampf ganz existentiell/bedürfnis ist nach einem anderen leben und daraus der kampf um mich selbst als politisches subjekt. um diese schärfe, die ausgeht vom ziel und der schärfe der konkreten situation - HIER UND JETZT - und die ich im kampf der gefangenen wiederfinden konnte, für mich zu entwickeln habe ich angefangen aus all meinen bisherigen erfahrungen heraus meinen wirklichen/subjektiven boden neu rauszufinden, mich neu und bewußt zu bestimmen im zusammenhang mit anderen kämpfenden genossinnen und genossen. es war ein anfang, und ich begreife die entscheidung jetzt als einen schritt zur konkretisierung von diesem bedürfnis/verhältnis.

das ist auch der subjektive boden damals gewesen, wo sie mit ihren deal- und erpressungsversuchen nicht mehr rankommen. konkret jetzt ist die bestimmung: daß den schweinen das ziel, durch die kriminalisierung einzelner, rausgreifen, abgreifen und instrumentalisieren gegen den kampf scheitern soll, weil die entscheidung ausdrückt, daß nicht die bedingungen, die sie uns setzen 'das schlimmste' sind, sondern das lassen von dem, was mich mobilisiert.

die justizielle und geheimdienstliche linie der aufstandsbekämpfung zielt direkt gegen den begriff des/r einzelnen und damit auf die auseinandersetzungen um ziele und inhalte revolutionärer politik und entwicklung authentischer strategie. der 'kampf um die eigene haut' (originalton eines experten für 'schmutzigen krieg') soll an die stelle von dem geschoben werden, was uns verbindet. wo aufhebung der isolation, fraktionierung und abgrenzung durch den kampf laufen/laufen könnte, soll das äußere regime sie wieder reinpressen. dafür müssen sie den ganzen apparat tiefer durchstrukturieren, um ihn als instrument gegen die gesamte breite des widerstands bis in die niedrigsten instanzen einsetzen zu können. in diesem zusammenhang hat dieser prozeß/haben solche prozesse auch eine weitergehende funktion, um ihre raster, die sie sich schaffen wollen mit dem ziel kurz und bündig, hohe strafen bei klar definierten sacheverhalten zu verankern.

dagegen begreife ich den widerstand nicht als 'notwendiges übel' bzw. als widerspruch zu nem selbstbestimmten handeln, z.b. dem kampf um die hafenstraße, sondern die bestimmung ist: daß wir uns den politischen raum erkämpfen müssen, den wir brauchen. darin hat sich die mobilisierende kraft der hafenstraße entwickelt, wo es um den gesamten prozeß geht einschließlich dem konkreten willen, die widersprüche untereinander lösen zu wollen.

ich sehe die entscheidende frage darin, ob ich mich auf die mobilisierenden momente, auseinandersetzung die ich hatte oder die ich haben will, praktisch inhaltlich beziehe, da keinen trennungstrieb mehr will zwischen wunsch und wirklichkeit, sondern um die wirklichkeit kämpfen. zwischen uns läuft noch ganz oft so, daß die 'politik gegen die wichtigen projekte' und sorum objektiv bestimmte wird, wo wir nicht vom subjektiven bedürfnis ausgehen, das wir die eigenen bedingungen realisieren, mobilisierungen und initiativen, die immer wider zusammenbrechen, wo dann jede/r nachher im loch steckt, sich mühsam wieder rauskämpfen muß und entfremdung nicht schon gar nicht zusammen - aufgelöst wird. konkret an den diskussionen an diesem prozess waren reaktionen auf das, was ich mir vorstelle oft so: 'ist ja nur so'n relativ unbedeutender prozess' oder 'es ist "dein" prozess' bishin, daß alle möglichen fragen vorher geklärt sein sollten. das hat das entwickeln von dem, was mir wichtig ist zur realen konfrontation hin lange zeit blockiert.

ich nehme an dem prozeß nicht freiwillig teil und versuche gleichzeitig, die von mir hier entwickelten bestimmungen/überlegungen draußen unter von mir bestimmten bedingungen zu diskutieren, so wie es im prozeß nicht möglich und als entscheidung auch ausgangspunkt ist, d.h. aber auch, daß das, worum es im prozeß geht auf das reale politische niveau gehoben wird - zwang und unterwerfung - klassenjustiz. ich muß dann von zwangsvorführung oder haftbefehl ausgehen und die erfahrung der detmolder genossinnen und genossen zeigt, daß allein auf die tatsache, nen politischen/praktischen begriff dagegen finden zu wollen der staat reagiert wie auf eine aktion, die genossinnen und genossen haben ein 129a verfahren, weil sie in einem flugblatt entwickelt hatten, weshalb sie nicht zur zeugenvernehmung gegangen sind.

für mich bedeutet der praktische ansatz, daß der widerspruch nicht mehr quer durch mich geht, indem ich mich der prozedur

aussetze, sondern ich halte fest an meinen erfahrungen und mache mich selbst, meine eigene mobilisierung zum ausgangspunkt.

aus diesen überlegungen würde ich auch die parole umformulieren in:

EINHEIT IM KAMPF IST DER BODEN FÜR ZUSAMMENLEGUNG!

ES GIBT KEINE DROHUNG, DIE UNS AUFHALTEN KANN

De Knipselkrant erscheint seit August 1978.

Themen: Antimperialistischer Kampf in Westeuropa, Antimilitarismus, Bullenapparat, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency. Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus. Unser Ziel ist die Verbreitung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseins, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellsten Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als "Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im gefäufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglichen und subjektiven Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kapitalismus zu vernichten.

Marxist zu sein bedeutet auch, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretisch und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, die die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß die Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein Ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre ebenfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allein von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde.

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis.

Schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als gar nicht.

Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto

Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch die Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.

Zahlungswise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).

Buchladen: erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim).

ARBEITSPAPIER ZUM IWF

Wir meinen, daß in unserem Kampf um Befreiung, in unserem Ziel, hier revolutionäre Gegenmacht zu entwickeln, die Verhinderung der IWF-Kongresses für den Widerstand der nächste Schritt ist.

Seit fast 2 Jahren gibt es in Westberlin die Diskussion über die IWF-Kampagne. Sie ist bestimmt als gemeinsame Initiative des Widerstands zur Einheit als anti-imperialistische Bewegung. Die KWU-Kampagne im Mai 87, Volkszählungsmobilisierung und Reagan-Demo waren gedacht als konkrete Schritte, an denen wir in eine breite, gemeinsame Auseinandersetzung kommen, praktisch und theoretisch ("militante Debatte"). Das ist nicht gelaufen. Obwohl sich oft viele Leute eingeklinkt haben, gab es kaum Ansätze von perspektivischer Diskussion.

Was am 1. Mai an Haß und Power von den Menschen in Kreuzberg zum Ausdruck kam, hat uns nochmal überraschend deutlich gemacht, wie weit über uns selbst hinaus die gesellschaftlichen Widersprüche in dieser Stadt schon zugespitzt sind. Ausgelöst durch die Revolte gab und gibt es Versuche von Genoss/inn/en mit den aus den unterschiedlichen Gründen Widerstand leistenden Menschen in Kreuzberg durch eine kontinuierliche Diskussion langfristig zusammenzukommen, wie z.B. Klezpalaver, Mietboykotteninitiative, Wrangelstraßen- und O-Strassenfest, Klezdemo am 14.11. usw. Ein wichtiger Einschnitt waren die äußerst kontroversen Diskussionen um die "Kübel"-Aktion gegen das Schickli-Restaurant Maxwell, durch die die soziale "Aufmischungsstrategie" der Schweine in Kreuzberg offengelegt wurde. Es gab wie nach dem 1. Mai einen Schwall von Distanzierungen, die die schon bestehende Polarisierung innerhalb der Szene noch weiter vorantrieben.

In antilperialistischen Zusammenhängen haben wir daran gearbeitet, einen Blick für die Situation hinzukriegen - uns als Teil im Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Befreiung zu begreifen, wie es im HS der Gefangenen aus RAF und Widerstand 84/84, beim antilperialistischen und antikapitalistischen Kongreß in Frankfurt Januar 86 und in der Mobilisierung gegen den NATO-Angriff auf Libyen materiell wurde und sich in den Anti-Atom-Kämpfen in Wackersdorf, Brokdorf, bei der KWU-Blockade in Westberlin im Mai 86 fortsetzte. Eine starke Erfahrung war die Lagerkriegdemo im Februar 87. Wir haben darin einen Schritt gemacht, weg vom reinen Unterstützerverhältnis für die Palästinenser und Palästinenserinnen, hin zu einer Orientierung gegen die Herrschenden hier, die eben nicht nur uns unterdrücken, sondern "mit Bohnen und Gewehren" direkt für den Lagerkrieg verantwortlich sind. In dieser Bestimmung ne Demo für die palästinensische Revolution und unsere Befreiung, gegen die westeuropäische Formierung und ihren Krieg nach innen und außen, sind wir in vielen Diskussionen zusammengekommen und haben einen kleinen Teil Einheit hergestellt. Diese Erfahrung hat sich in Aktionen für die palästinensische und kurdische Revolution fortgesetzt, z.B. Özal-Demo im Oktober 87.

Nach der breiten, aber politisch unbestimmten Mobilisierung gegen Reagan gab es den Versuch, die unterschiedlichen Ebenen von militantem Widerstand und Protestbewegung in einer gemeinsamen Initiative gegen den Kongreß der Carp/Munsekte zusammenzulegen. Darin gab's ansatzweise die Erfahrung, wie das gemeinsam wirken kann und wir darin Gegenmacht sind, wo Jede/r einzelne/r von sich aus die Schärfe der Konfrontation mitbestimmen kann, also als Subjekt im Kampf um die revolutionäre Front. Gerade danach gab es die heftigen Diskussionen um die Bullenenttarnung, Stadtteil-/Kübel Diskussionen.

An den Auseinandersetzungen um den 18.10 ist uns klargeworden, daß unsere Vorstellung von Einheit oft zu wenig an greifbaren Initiativen orientiert ist und so die Diskussionen um Front, unser Verhältnis zur Guerilla, ziellos ist. Die Kundgebung und Aktionen gegen die westeuropäische Innenministerkonferenz (sog. Schengen-Gruppe) im Dezember in Westberlin war wieder eine gute Erfahrung. Sie war aus verschiedenen Ansatzpunkten heraus bestimmt: gegen die westeuropäische Vereinheitlichung zur "Reduzierung" der Flüchtlinge, Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus Action Directe, Solidarität mit den Kämpfen in Palästina. Am 24.12. gabs nach langer Zeit einen ersten Versuch, in einer Hausbesetzung Raum zu erkämpfen. Die Besetzung war gerichtet gegen die laufende Umstrukturierung im Kiez, Aufhebung der Mietpreisbindung, illegaler Leerstand und bezog sich auf den Kampf der Genoss/inn/en in der Hafenstraße.

Die Kämpfe um die Hafenstraße in Hamburg haben uns in den letzten Wochen gezeigt, wie das Zusammenwirken von militantem Kampf der Hafenstraße und dem gesamten politischen Prozeß der Linken in Hamburg solch eine Kraft und Dynamik entwickelt hat, daß die Schweine punktuell zurückgeschlagen werden konnten und Befreiung für uns und andere spürbar war.

Wir wollen in der Mobilisierung gegen den IWF-Kongreß an diese Erfahrungen anknüpfen. Es geht uns jetzt darum, die Diskussion unter uns zu vereinheitlichen, gemeinsame Angriffsziele rauszuarbeiten und so in einem Prozeß von praktischen Initiativen hin zur Verhinderung des IWF-Kongresses untereinander verbindliche Strukturen zu organisieren. Wir begreifen Imperialismus als weltumspannendes Ausbeutungs- und Herrschaftssystem: Ausbeutung der Menschen im Trikont und in der Metropole wird als gemeinsames, zusammengehöriges Projekt geplant, organisiert und durchgesetzt. Die Formierung Westeuropas ist darin ein zentraler Bestandteil auf ökonomisch-politischer Ebene. Es geht uns darum, Angriffslinien gegen Projekte der Formierung Westeuropas in allen Bereichen zu entwickeln, das aufzugreifen und weiterzuentwickeln, was von Guerilla und Militanten u.a. in der Offensive 86 (DEG, Friedrich-Ebert-Stiftung, Braunmühl) durchgesetzt wurde. Daraus wird gemeinsam die Kraft entstehen, den IWF-Kongreß zu verhindern und die Schweine zu blockieren. Im Kampf gegen die strategischen Projekte der Schweine ihre Strategie blockieren und für uns Gegenmacht entwickeln - so kann der Widerstand Teil der westeuropäischen Front werden und in Zusammenhang mit Guerilla, Militanten und Gefangenen hier in der Metropole die Perspektive von Sieg eröffnen.

Die Situation weltweit ist bestimmt vom Antagonismus zwischen Befreiungskampf und Imperialismus.

Überall entwickeln sich Massenkämpfe, wie in Südkorea und Brasilien; die palästinensische Revolution; der kurdische Befreiungskampf und die Befreiungsbewegungen in unterschiedlichen Ländern wie El Salvador, haben eine reale revolutionäre Perspektive und materielle Gegenmacht entwickelt; in den Metropolen hat sich der Kampf der Guerilla und des militanten Widerstands als Faktor durchgesetzt und über das Zusammenkommen und die Vorstellung von einer gemeinsamen Front auch für hier eine Perspektive für Befreiung entwickelt. Gleichzeitig verwandelt sich die Perspektivlosigkeit der Menschen in diesem System zunehmend in Wut und drückt sich in spontanen Kämpfen aus, wie z.B. am 1. Mai in Kreuzberg. Weltweit ist ein Prozeß im Gang, daß sich die Kämpfe aufeinanderzuentwickeln aus dem Bewußtsein, an verschiedenen Abschnitten einer internationalen Front gegen denselben Feind zu kämpfen und auch für dieselben Ziele.

Das Bewußtsein, daß der Imperialismus nur als Ganzes in dem Zusammenwirken der Kämpfe an den verschiedenen Frontabschnitten besiegt werden kann, setzt sich auch zunehmend als subjektive Erfahrung in den Kämpfen aller Völker durch; auch die Kämpfe für das Etappenziel nationale Befreiung werden geführt als langandauernder Volkskrieg, als Teil des internationalen Klassenkrieges mit dem Ziel, den Imperialismus zu zersplittern und als Ganzes zu besiegen. In diesem langandauernden Prozeß geht es um die Einbeziehung aller Menschen in den Aufbau politisch-militärischer Gegenmacht. Folgendes Zitat aus einer Zeitschrift aus Managua soll dies verdeutlichen: "Die historische Situation, in der die mittelamerikanische Krise steht, bewirkt, daß sie einen Charakter erhält, der weit über die eigene Region hinausgeht, und daß die historischen Forderungen des neuen mittelamerikanischen Subjekts der Geschichte einen internationalen Charakter erhalten und sogar Teil einer Bewegung werden, die aus der 3. Welt und aus neuen politischen Subjekten der ersten Welt hervorgeht...an diesem historischen Kreuzweg kompliziert sich die mittelamerikanische Problematik und erhält eine die Größe sowie die wirtschaftliche und auch strategische Bedeutung der Region transzendierende Bedeutung...Unter diesen Umständen gewinnt der subjektive Faktor, die neue kollektive Identität des revolutionären Subjekts der Geschichte, eine entscheidende Bedeutung. Die Art, wie ein Volk sich selbst in seiner neuen Praxis begreift und die Sicherheit, mit der es diese Deutung vornimmt, werden innerhalb des historischen Humanisierungsprozesses zu gemeinschaftlichen Werten von allerhöchsten Bedeutung und tragen als kulturelle Grundlage darum eine neue Kraft zum Widerstand in sich." (Envlo, Centroamericano Managua, 1979-85).

In den Metropolen, wo jeder Winkel und auch das Bewußtsein der Menschen vom Imperialismus besetzt sind, ist das von jeher die Erfahrung aller, die anfangen zu kämpfen: daß Menschen werden hier nur möglich ist im totalen Bruch mit dem ganzen System, daß der Angriff gegen die Herrschenden untrennbar verbunden sein muß mit der eigenen Veränderung des Bewußtseins und der Verhaltensweisen, dem Aufbrechen der kapitalisierten Strukturen untereinander und der Schaffung kollektiver, befreiter Beziehungen als Kern revolutionärer Gegenmacht, die wir aufbauen wollen.

Die Tendenz zu einer veränderten Bestimmung der Befreiungs- und Klassenkämpfe weltweit resultiert aus der Erfahrung, die alle vom imperialistischen Kapital befreiten Länder und alle Befreiungsbewegungen in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, daß solange die Macht des Imperialismus nicht endgültig gebrochen ist, die Länder der drei Kontinente - auch die befreien - abhängig vom kapitalistischen Weltmarkt und dessen Strukturen bleiben. Hierzu gehören IWF und Weltbank.

"Während die Militärs ein Mittel zur Sicherung, Verteidigung und Rückeroberung der Gebiete sind, die vom imperialistischen Weltsystem beherrscht werden oder wurden, ist der IWF das Instrument der direkten Beherrschung, weil er die Basis des Systems organisiert, seine Ökonomie. Da ziehen sie den ganzen Reichtum, den sie in Macht umsetzen, raus, das ist das Fundament des ganzen Systems, eine der Quellen des Kapitalismus, die Ursache für Ausbeutung, Erniedrigung, Entfremdung, Vereinzelung, Entmenslichung, usw. direkt." (Brief von einer Gefangenen aus der Guerilla vom 28.10.87).

Der Sieg des vietnamesischen Volkes hat für die Imperialisten einen Einbruch bedeutet. Danach konnten sich mehrere Länder von der politisch-militärischen Macht des Imperialismus befreien, und die imperialistischen Staaten selbst waren gezwungen, sich neu zu organisieren, um wieder weltweit die militärische und politische Vormachtstellung und ihre ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse zu sichern. Umstrukturierung der Weltwirtschaft, beschleunigte Aufrüstung und die Forcierung neuer Technologien waren und sind sichtbare Erscheinungen dieses Prozesses.

"Seit Vietnam ist klar, daß die Yanks die Bekämpfung des Befreiungskampfes nicht mehr alleine tragen können, bzw. daß die Entwicklung so weit fortgeschritten ist, daß auch die Imperialisten ihre ganze Kraft zusammenballen und anwenden müssen, um den Durchbruch der revolutionären Kräfte zu verhindern, um das Kräfteverhältnis für sich zu bestimmen. Dabei hat Westeuropa schon lange nicht mehr nur die Aufgabe, politisch, diplomatisch und finanziell die US-Strategie zu flankieren. Überall setzen jetzt die Westeuropäer ihre politische, ökonomische und auch ihre militärische Potenz als Teil der gesamtimperialistischen Herrschaftsstruktur ein. Darin haben die BRD und Frankreich die am weitesten entwickelte Verzahnung und mittlerweile auch die Ansätze einer militärischen Macht, um die übrigen europäischen Staaten in die neue imperialistische Gesamtstrategie zu integrieren." (Redebeitrag Anti-Carp-Demo, Juli 87).

In der Mobilisierung gegen den IWF können wir sicher die Institution IWF nicht wegkriegen. Aber wenn wir die Tagung angreifen, können wir den Imperialisten hier eine politische Grenze setzen. Wir machen den IWF als Kriegsmaschine offen. Darin können wir uns nicht nur den um Befreiung kämpfenden Menschen vermitteln und annähern, sondern auch in der Metropole, in Westberlin und der BRD der Herrschenden den Konsens weiter entreißen.

Für uns ist es heute zentral, die Situation in der Metropole grundlegend zu verändern, den Widerstand weiter zu verankern und zu vertiefen, mit der Guerilla zur revolutionären Front in Westeuropa zusammenzukommen. Die Ansätze zur Front haben sich in den letzten Jahren in den Teilbereichsbewegungen und den militanten Kämpfen auf der Straße entwickelt. Heute entwickeln sich alle neuen Kämpfe auf dem bereits erkämpften Boden weiter - die langjährigen Kämpfe an der Startbahn und im Wendland sind die Grundlage für die schnelle und heftige Eskalation in Wackersdorf, die Stahlarbeiter in Rheinhausen können sich auch an den Kämpfen um die Hafenstraße orientieren.

Das entspricht den objektiven Bedingungen, daß sich gerade durch die Monopolisierung des westeuropäischen Kapitals (EG,WEU) der Riß zwischen Staat und Gesellschaft verschärft, aber auch den subjektiven, wo Jede/r sehen kann, wie in anderen Bereichen oder Städten Ansätze von Befreiung entstehen und dann selbst mobilisiert ist. Der Mythos von der Unbesiegbarkheit der Herrschenden und der Unveränderlichkeit der eigenen Situation wird weiter zerstört. So können wir aus verschiedenen Kämpfen und Erfahrungen auf neuer Stufe zur Einheit werden. Denn diese Einheit steht auf der Grundlage vom Bewußtsein, daß es keine einzelnen Lösungen gibt, daß es um das Ganze geht - Imperialismus zerschlagen. Und umgekehrt setzt die Einheit die antagonistischen Bewegungen ermöglicht durch. Die Schweine können Terrorurteile fällen, Gesetzesverschärfungen, Counterlinie, Massendurchsuchungen, Bullen prügeln lassen - sie kriegen den Widerstand nicht wieder weg, wenn wir zusammen kämpfen.

Das sind authentische Bedingungen für uns in der Metropole BRD. Sie sind zunehmend auch die einheitlichen Bedingungen für unsere GenossInnen in allen westeuropäischen Ländern, weil die Kämpfe nicht an lokale Schweinereien stoßen. Im Häuserkampf waren und sind wir nicht mit zufälligen Spießern oder Ordnungsstrategen konfrontiert, sondern mit vereinheitlichter Umstrukturierung und Aufstandsbekämpfung: siehe Hamburger - Londoner Hafenrand; IBA/Kreuzberg - Thessaloniki, Porto...; Spanien und BRD haben größtenteils wortgleiche Kriegsdienstgesetze, die gefangenen Revolutionäre sind mit einem vereinheitlichten Vernichtungs- und Integrationskonzept konfrontiert, die Umstrukturierungskonzepte sind dieselben, die Asylgesetze werden vereinheitlicht, Stahl- und Agrarkrise usw.

Die Formierung Westeuropas materialisiert sich auch entscheidend nach außen. Für den IWF gilt was auch sonst der imperialistischen Arbeitsteilung entspricht: Westeuropa, angetrieben von der Achse Paris-Bonn, ist die zweite Säule des IWF /Weltbank-Gebildes, die den Hegemonialverlust der USA aufzufangen soll. Je stärker die USA weltweit zurückgedrängt werden, desto mehr muß Westeuropa in diese Bresche springen zunächst ökonomische und diplomatisch, aber zunehmend auch militärisch: deutsch-französisches Herbstmanöver, Force du frappe - schnelle Eingreiftruppe; Kurdistan-Manöver; Verpoilzeichnung des Krieges z.B. in Guatemala; Intervention im Golf. Obwohl die Rolle Westeuropas zunehmend von den Befreiungskämpfen (z.B. Kurdistan) als Partei im Klassenkrieg ausgemacht wurde, trägt sie noch immer; bestes Beispiel ist die Sozialistische Internationale, mit der sich auch die jungen Nationalstaaten noch auseinandersetzen müssen, selbst wenn sie die SI-Funktion für das imperialistische Gesamtsystem längst geblickt haben. Das wird sich in dem Maße verändern, wie wir im imperialistischen Kriegszentrum in der umgekehrten Bewegung von hier aus den Widerstand zur Front im internationalen Klassenkrieg bringen, die Vernichtungsstrategie, die ihre Wurzel hier hat, hier angreifen. Es geht uns darum, die westeuropäische Dimension von Krisenlösungsstrategien, mit denen wir hier konfrontiert sind, klarzukriegen und in unseren praktischen Schritten als Kampfbedingungen und Kampfbegriff durchzusetzen. Die Möglichkeit, den Imperialismus letztlich zu besiegen, eröffnet sich für uns in der Vereinheitlichung der Kämpfe in Westeuropa zur revolutionären Front an diesem Abschnitt. In der Mobilisierung gegen den IWF können wir konkret mit GenossInnen in andern westeuropäischen Ländern zusammenkommen, kann sich unsere strategische Vorstellung ein Stück weiter materialisieren.

In diesem Kampf werden wir aber auch über Westeuropa hinaus erfahrbar für die GenossInnen in El Salvador, Südkorea, Chile, Palästina und überall dort, wo der Imperialismus als Feind begriffen und für die Befreiung gekämpft wird. Wenn wir hier von uns aus den Kampf organisieren, der von den Menschen weltweit auch als ihre eigene Sache begriffen wird, entwickeln wir proletarischen Internationalismus.

BEI PEUGEOT-WILMERSDORF KLIRRTEN DIE SCHEIBEN + EIN AUTO WURDE BESCHÄDIGT

KAMPF DER IMPERIALISTISCHEN AUSLIEFERUNGSPOLITIK SIEG DER BASKISCHEN REVOLUTION

In den letzten Wochen wurden bei grossrazzien in Frankreich 120 und Spanien 90 Basken festgenommen, in Italien einer. Nach 60 Auslieferungen an Spanien, 18 Abschiebungen in Drittländer, sitzen noch 55 von ihnen in spanischen Knästen, die massiver Folter ausgesetzt sind, seit 1984 wurden ca. 160 Basken von Frankreich an Spanien ausgeliefert. Diese Massnahmen kennzeichnen eine neue Dimension der westeuropäischen Zusammenarbeit bei der Aufstandsbekämpfung. Seit Mitte der 70er Jahre, läuft der Prozess der Vereinheitlichung, wesentlich auf Initiative der BRD. Dazu gehört auch die Abschaffung des Asylrechts und somit der entpolitisierung des Widerstands.

NO PASARAN - PASAREMOS

KEINE AMNESTIE FÜR RICHARD VON WEIZÄCKER, GERHARD BÖDEN, BAUM, COHN-BEHNDIT, ANTJE VOLLMER UND JUTTA DITFURTH

Zusammenlegung der politischen Gefangenen jetzt

Laut Badischer Zeitung vom 20.11.87 tritt der ehemalige Innenminister Baum dafür ein, daß die Isolationshaft gegenüber polit. Gefangenen - soweit sie nicht durch Sicherheitserwägungen gerechtfertigt sei - beendet werden müsse. Weizäcker verlangt bei "neuen Einsichten" von Gefangenen positive Reaktionen des Strafvollzugs. Bölling, 1977 Mitglied des kleinen Krisenstabs, geht einen Schritt weiter. Eine Amnestie sei rechtlich problematisch, Strafaussetzung zur Bewährung oder Begnadigung aber ein Gebot der Stunde. Auf der gleichen Linie Christian Lochte (Präsident des Verfassungsschutzes in Hamburg) in einer Stellungnahme in "TEMPO", Zeitung für jungdynamische Aufsteiger. Noch weiter tasten sich Dr. Hackethal, Antje Vollmer und Manfred Rommel vor: "Eine starke Demokratie kann großzügig sein. Eine Amnestie für RAF-Aussteiger wäre die beste Widerlegung des Zerrbildes, welches in und von RAF-Kreisen von dem dt. Staat und von der dt. Gesellschaft verbreitet wird."

Und schließlich sei auf die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutzpräsident Böden und Daniel Cohn-Behndit (Pflasterstrand) verwiesen, in der das Gespräch mit der RAF und den Gefangenen gesucht wird, um durch neue Existenzen der "Neurekrutierung" von Mitgliedern das Wasser abzugraben.

Die Damen und Herren streiten sich über Taktisches, es gibt aber folgenden Konsens:

1) Die zu Amnestierenden sind ehemalige "Terroristen", Menschen, die "zu Unrecht" oder "mit den falschen Methoden" versucht haben, das staatliche Gewaltmonopol zu durchbrechen. Es sind für den Großteil der Träger jener Kampagne "Kriminalität", für einen kleineren Teil im Höchstfall "politisch motivierte Gewalttäter" oder "Irrläufer".

2) Sie sind nur deshalb zu amnestieren, weil a) der Konflikt beendet ist - die Zeiten des bewaffneten Kampfes sind vorbei - b) abgeschworen wurde, also "Einsichten" in die eigenen "Fehler" vorliegen und c) auch vom Staatsapparat vor 10 Jahren überzogen reagiert wurde".

All diejenigen wollen bewußt nur amnestierte Haftverleichen für die, die abschwören, der Rest soll zu den bisherigen Bedingungen oder etwas gemilderten Bedingungen im Knast bleiben.

Gegen diese Position zu sein, die Abschwören oder teilweise sogar Verrat verlangen, ist nicht schwer: Sie lügt über Tatsachen hinweg, indem sie einen politischen Konflikt als kriminell und terroristisch bezeichnet, und zwar wider besseres Wissen der Verantwortlichen, die die Auseinandersetzungen zwischen den bewaffneten Kämpfern/innen einerseits, und dem Staatsapparat andererseits, als "Krieg" (so Bangemann) bezeichnen, der jetzt nur mit anderen Mitteln, Zuckerbrot statt Peitsche, gewonnen werden soll.

Die weitestgehende Position kommt von Christoph Wackernagel (bis vor einigen Tagen selbst Gefangener), Jutta Ditzfurth, Wolfgang Pohrt und der Schauspielerin Katharina Thalbach (in TEMPO, Oktober 1987): "Natürlich bin ich für eine Amnestie. Aber wieso nur für RAF-Aussteiger: besser wäre es doch, alle RAF-Gefangenen freizulassen."

Was Katharina Thalbach sonst so meint, wissen wir nicht; deutlich wird's aber bei Jutta Ditzfurth, Wolfgang Pohrt & Co. Jutta Ditzfurth akzeptiert die Amnestie auch für "angebliche oder tatsächliche Geiselmörder" (und meint damit die Gefangenen aus der RAF), weil auch alte Nazis in der BRD nie zur Rechenschaft gezogen wurden. Wolfgang Pohrt in Vorschlag: Amnestie-Kampagne (taz, 4.1.1984):

"Nach Ablauf einer gewissen Frist entläßt der Sieger seine Gefangenen, er erläßt Amnestie - eine großzügige Versöhnungsgeste, die gleichzeitig seine Macht unterstreicht und beweist, daß er die Lage unter Kontrolle hat und den Gegner nicht mehr fürchtet. Daß die RAF und die gesamte Linke in der BRD verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares Faktum."

Was ist aus Pohrt's "Argumenten" aus dem Jahr 1984, angesichts der Vorgänge um Beckurts, Braunnühl, Startbahn und Wackersdorf geworden? Aufrechterhaltung der Isolationsfolter? Glauben diejenigen wirklich, daß ein Staat, der sich derzeit voll auf eine zugespitzte Lage einrichtet, (strafbewehrtes Vermummungsverbot, Sicherheitsgesetze, Ausweitung des Par. 129a) gleichzeitig seine Gegner, die er mit allen Mitteln bekämpft, laufen läßt? Sprechen die Beschlagnahme von Geldern von Kurden, die für die Freiheit ihres Volkes kämpfen, durch Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof keine deutliche Sprache?

Amnestie für politische Gefangene hat es immer nur dann gegeben, wenn der Staat tatsächlich durch Befriedung integrieren wollte - etwa durch die Amnestie 1970 für Landfriedensbrecher aus der Studentenbewegung. Damals ist das gelungen; im übrigen wurde parallel dazu für diejenigen, die dann immer noch unbelehrbar waren, das Berufsverbot eingerichtet. Gefangene aus RAF und Widerstand werden sich wohl auch nach ihrer Freilassung nicht befrieden lassen.

Die Durchsetzung der Freilassung von politischen Gefangenen ist ansonsten nur aus starken Massenbewegungen entstanden, denen die Herrschenden Konzessionen machen mußten. Den Propagandisten einer Amnestie muß das klar sein. Offensichtlich wollen sie - unbewußt oder in der Mehrzahl bewußt - die Forderung nach Zusammenlegung der polit. Gefangenen (die von denen im Knast kommt, welche ihre Situation am besten kennen) torpedieren.

Angesichts der ganzen Repression gegen jeglichen Widerstand, im Zusammenhang mit Terrorismushetze, zeigt sich, daß es sich der Staat gar nicht leisten will (und nicht leisten kann!), "großzügigerweise" alle polit. Gefangenen einer Generalamnestie zu unterwerfen, weil sich seine Gegner nicht kaufen und integrieren lassen. So sucht er vielmehr die Flexibilität der Spaltungsmaßnahmen, eben auch in Form von Amnestie für Aussteiger; den sogenannten "Normalvollzug" für die Unbelehrbaren - und hier und da ein kleiner Versuch des Dialogs, um dann die Letzten "vielleicht doch noch auf seine Seite zu ziehen". Gegen diese Diffamierungs- und Vernichtungsversuche von polit. Identität im Kampf, gilt es, die Forderung nach Zusammenlegung der polit. Gefangenen zu unterstützen und voranzutreiben!

ERKLÄRUNG VON ANDREAS SEMISCH

erst einmal möchte ich mich bedanken für die breite solidarität und die vielen briefe, die ihr mir und den anderen gefangenen des startbahn-widerstandes geschickt habt. ich glaube auch im namen der anderen gefangenen zu sprechen, wenn ich sage, daß eure briefe unsere entschlossenheit und unseren widerstand hier drinnen stärken, daß wir uns nicht aufgeben werden.

knast ist außer der gezielten liquidation eines der offensten und letzten mittel ihrer herrschaftssicherung, das dann eingesetzt wird, wenn andere maßnahmen zur korrumpierung und brechung deiner identität versagt haben. an knast und isolation wird das gewaltverhältnis in diesem system am klarsten zum ausdruck gebracht. es ist eine neue, subjektive erfahrung, die jede, jeder macht, der einfährt. die isolation zu durchbrechen, den kampf gegen die organisierte unmenschlichkeit auf allen ebenen zu führen, heißt für mich, permanenter kampf um eigene identität, aber auch kritik- selbstkritik an unseren fehler und schwächen, wie an unseren stärken zu führen. das gleiche fordere ich natürlich auch von euch draußen!

zu den politischen konsequenzen der schüsse am 2.11.87, wie z.b. die zerschlagung von sozialen bewegungen, ist schon eine menge qualifiziertes und unqualifiziertes gesagt, bzw. geschrieben worden. ich möchte dem nicht noch eins draufsetzen, sondern vielmehr das unrelissen, was uns alle hier und jetzt angeht.

nur so viel zu dem thema: die schüsse nur als "politischen fehler" zu begreifen, heißt die dimension dieser tat nicht zu erkennen. ich meine damit nicht nur die moralische zweifelhaftigkeit dieser aktion, sondern vor allen dinge ihre verantwortungslosigkeit gegenüber vielen menschen, die dadurch in eine auseinandersetzung hineingezogen worden wären, der sie weder politisch noch praktisch gewachsen sind. was wäre passiert, wenn es einen schußwechsel gegeben, bzw. die polizei zurückgeschossen hätte? auch wenn es inzwischen müßig ist weiter über diese frage zu spekulieren, so muß man sie sich immer wieder vor augen halten, um zu begreifen wie viele menschenleben diese aktion gefährdet hat, sie ist politisch gesehen objektiv konterrevolutionär.

jede bewegung, die sich revolutionär nennt, hat auch eine verantwortung in bezug auf die mittel, die in einer auseinandersetzung zum tragen kommen, sie müssen die situation und dem kräfteverhältnis angemessen sein, im politischen wie im praktischen.

deshalb ist in der momentanen politischen auseinandersetzung auch innerhalb der autonomen bewegung, bei unserer klarheit /unklarheit, der einsatz von schußwaffen kein mittel autonomer politik und daher abzulehnen. trotzdem finde ich es politisch falsch, sich in eine distanzierungskampagne des staates und der öffentlichen medien einspannen zu lassen, wie es anfangs auch in teilen der autonomenszene geschehen ist. diese tate sind zu unfreiwilligen Helfern der bürgerlichen hetzkampagne gegen die autonome bewegung geworden. er trifft sie, wenn auch nur zu einem kleinen teil, die verantwortung für die situation wie sie gerade ist. man muß es ganz klar formulieren: die bundesanwaltschaft wäre mit ihrer abstrusen konstruktion einer terroristischen vereinigung, wegen der ich und andere jetzt im knast sitzen, nie durchgekommen, wenn nicht in einer atmosphäre der entsolidarisierung und gegenseitigen distanzierungswahn viele leute aus der szene, die vorgeladen und verhaftet worden sind, der polizei alles mögliche erzählt hätten. aus angst und aus dem wahnwitzigen bestreben irgendetwas zu erzählen, nur damit ja kein verdacht auf einen zurückfällt, sind einige sogar so weit gegangen, andere aus unwissenheit oder bewußt mit falschen aussagen zu belasten. nicht nur diese leute, sondern jeder der eine aussage gemacht hat, und sei sie angeblich noch zu unwichtig, hat objektiv dazu beigetragen, der bundesanwaltschaft der möglichkeit zu geben, diese umzudrehen und in ihrem sinn zur legitimierung ihres konstruks zu verwenden. für uns als gefangene ist dies natürlich eine bittere erfahrung, letztendlich werden diese aussagen dazu benutzt, uns länger in haft zu halten.

die frage, die wir uns stellen müssen, ist die, wie wir uns gemeinsam der repression gegenüber verhalten und zur wehr setzen wollen, dazu ist es notwendig über den regionalen tellerrand der startbahnbewegung hinwegzusehen und andere politische gefangenen bei einer eventuellen kampagne miteinzubeziehen. für die festlegung gemeinsamer forderungen ist es notwendig, ein konsens zu finden und mit der diskussion drinnen wie draußen anzufangen.

es ist für uns drinnen nicht nützlich, ideologische gräben noch zu vertiefen und zu streiten wer zu wem und warum das richtige politische verhältnis hat, oder nicht hat. es ist klar, daß es unterschiede und widersprüche in der einschätzung bzw. beurteilung der situation zwischen den gruppen gibt, es gilt diese in der diskussion aufzulösen.

am 19.12.87 gab es eine bundesweite durchsuchungs- und verhaftungswelle von bundeskriminalamt und bundesanwaltschaft mit dem ergebnis, daß vier leute: andrea slevring, eric praus, ingrid strobil, ursula penselin wegen angeblicher mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung im knast gelandet sind. auch wenn die bundesanwaltschaft behauptet, es wäre keine konzertierte aktion und es gebe keine parallelen, so ist doch allein die geringe zeitliche abfolge zu der verhaftungs- und repressiwelle im rhein-main-gebiet gegenbeweis genug. auch wenn z.b. die durchsuchung des gen-archivs in essen auf den ersten blick wenig mit der startbahnbewegung zu tun hat, so geht es doch hier um die einschüchterung von gruppen, die an konkreten themen arbeiten, wie auch um die zerschlagung jeglichen revolutionären widerstands, der für sie nicht mehr integrierbar ist.

deshalb gilt für mich als gefangener des startbahn-widerstandes meine uneingeschränkte solidarität den leuten, die am 19.12.1987 und danach eingefahren sind. sie gilt natürlich auch allen anderen politischen gefangenen, die gleich mir noch in den knästen sitzen, so auch den gefangenen von action directe, die seit dem 1.12.87 für ihre zusammenlegung im hungerstreik kämpfen.

januar, 1988

BEITRAG ZUR VERANSTALTUNG ZUR VORBEREITUNG EINER NATIONALEN DEMO ZUM 18.10.77 IN STUTTGART - GEHALTEN AM 14. OKTOBER IN WEST-BERLIN

"In unserem Kampf leben sie weiter: Gudrun, Andreas, Ingrid, Jan."

Ich will was zu '77 sagen, in dem was ich damals war: Verteidiger von Ingrid und Irmgard. Ich gehörte also zu den wenigen - will sagen: Glücklichen -, die aus der Auseinandersetzung, die unter den Gefangenen einerseits (vgl. INFO-Buch, herausgegeben von Pieter Bakker-Schut, 1987), vor allem aber aus der Konfrontation zwischen dem Staat und den Gefangenen andererseits - und diese Konfrontation hatte sich ja über den Jahr lang seit der Gefangennahme von Siegfried Haag und Roland Mayer (30.11.1976) ständig eskaliert - schon damals, an unseren eigenen Verfolgungen die Situation klar bekommen haben, die damals herrschte:

Krieg

Begriffen hatte ich, daß daraus die einfache Schlußfolgerung kam: wer in dieser Situation seinen Begriff von sich selbst und seiner Funktion - bei mir die eines Anwalts -, ernst genommen hat, der hat sich bewußt in diese Konfrontation gestellt. Alles, was ich mir damals an Begriff der Situation und Auseinandersetzung verschaffen konnte - sehr, sehr lückenhaft nach meinem heutigen Verständnis -, war in diesen Prozeß der Auseinandersetzung zwischen den Gefangenen und dem Staat eingebettet. Diese Beziehung war damals deshalb wohl einmalig gewesen, weil seitdem nie mehr politische Gefangene, die einfach weitergekämpft hatten auf diesem neuen Terrain:

Knast und Isolation,

eine solche Bedeutung - eine wirkliche zentrale Bedeutung - für den Widerstand draußen gehabt haben: Zu Zeiten wie 1975/76, als es praktisch draußen keine RAF mehr gegeben hatte, und ne Linke, die wo sie sich nicht sowie so nur distanziert oder gar direkt sich als Gegner des Konzepts Stadtguerilla begriffen hatte, es eben einfach nicht geschafft hat, sich über den Begriff der Folter und Isolation hinaus bewußt in diese, will mal sagen: Front, zu stellen, die der Kampf der Gefangenen für ihre Zusammenlegung beinhaltet - immer antilinstitutionell und revolutionär und so auch international begriffen wurde - doch dazu später mehr. Die Linke reduzierte sich tatsächlich auf den "Kampf gegen die Vernichtungshaft". Sie kam nicht darüber raus; und das ist wichtig, um zu begreifen, warum die Auseinandersetzung RAF-Staat und Gefangene-Staat die euch schon bekannte Entwicklung 1977 genommen hat, und darüber auch die Offensive '77 der RAF mit einer Niederlage geendet hat.

Mir geht es im Folgendem um zweierlei - die beiden Punkte sind identisch mit dem eigenen Prozeß, den ich da hatte: zu vermitteln

1. wie sehr, sehr wichtig der Kampf, der Einsatz jeder einzelnen Frau, von jedem einzelnen Typen ist, die/der sich bewußt in die Konfrontation stellt hat, "im Kampf um die Befreiung" - ganz egal, auf welchem Terrain, in welchem Zusammenhang, in welcher Form auch sie/er kämpft; und daß es wahr ist und bleibt, daß darin jede/r einen sehr hohen menschlichen Wert erringt und auch eine große Bedeutung, die ja das System durch die diversen Gehirnwäscheprogramme in unserem Bewußtsein systematisch eliminieren will.

2. Daß wir gemeinsam sehen und begreifen lernen, daß der Verlauf der Offensive '77, auch die Niederlage der Linken insgesamt, nichts Schicksalhafteres war - das da jede/r sich im Rückblick fragen und klar werden kann, woran es bei ihr /ihm gefehlt hat. Um dadurch zu begreifen, daß Kampf um Befreiung nicht Fertiges und nicht Automatisches ist, sondern nur unter dem ganz persönlichen Einsatz möglich ist. Denn natürlich hatte die Linke damals auch die Möglichkeit, nen sehr weiten Sprung nach Vorne zu machen, in dem worum's geht:

Organisation der revolutionären Gegenmacht

Klar auch gegen die Propaganda innerhalb der Linken damals, der zur Offensive nur noch eingefallen war: durchgeknallte Kleinbürger, die den Staat (den allmächtigen) frontal angreifen wollen.

Nach dieser Einleitung etwas zum konkreten Ablauf '77- und natürlich beschränke ich mich auf die Aspekte, die für den Widerstand heute wichtig sind (ich sage nichts über die Entwicklung des Staats BRD über den modernen Faschismus hin zum Staatsschutz-Staat, wie ihn die herrschende Klasse während und durch die Schleyerentführung hervorgebracht und seitdem weiterentwickelt hat; o.ä.).

Man kann sagen, daß am Anfang der Offensive '77 ein Ereignis im Zentrum gestanden hat: die Ermordung von Ulrike im 7. Stock in Stammheim in der Nacht vom 8./9. Mai - aus vielerlei Gründen;

Zum einen ist klar geworden, daß die Muster und das Umfeld, nach denen der Staatsschutz diesen Mord hatte durchführen lassen, einschließlich der propagandistischen Aufbereitung dieses Mordes als "Selbstmord" in allen Medien - exakt die Muster und das gleiche Umfeld geblieben sind, unter denen er dann die Gefangenen im Oktober '77 ermorden ließ, bzw. es bei Irmgard versuchte (und das konnte man alles vorher schon im Untersuchungsbericht einer TUK, "Internationales Untersuchungskommission" zum Tod von Ulrike nachlesen).

Zum andern war aber genauso bedeutend die Reaktion der Linken hier dazu - weil da natürlich ein ganz breites Bewußtsein davon vorhanden war, daß Ulrike ermordet worden war. Aber:

Sie fand zu keinem praktischen Schritt, keinen Ansatz, dem Wüten von Buback und Herold Einhalt zu gebieten. Den Gefangenen selbst war das ja nicht möglich: Sie hatten im großen Hungerstreik vom 13.9.1974 bis 5.2.1975 für ihre revolutionäre Organisation im Knast gekämpft, waren bis an ihre Grenzen

gekommen, um den HS zu brechen hatte der Staatsschutz gezielt Holger ermordet, am Ende des HS hatten sie nicht mal die Aufhebung der Isolation für alle politischen Gefangenen durchsetzen können. Seitdem gab es eine strategische Bestimmung der RAF, die Gefangenen zu befreien - bevor sie noch alle ermordet werden würden (ich spare es mir, darauf einzugehen, wie unsäglich diese selbstgefällige Linke über diese Art "Strategie" dachte und redete, die sich angeblich darauf beschränken würde, nur die "eigenen" Gefangenen zu befreien- und sonst nichts). Darin drückt sich aber ein sehr wichtiger Punkt aus:

Das, was damals der Widerstand draußen war, egal in welchem Bereich, hatte kein eigenes Verhältnis zum Kampf der Gefangenen, im besten Fall waren die ihren fern/weit weg und fremd, es gab überhaupt keine Diskussionen in der Linken darüber, was z.B. der Kampf für die Zusammenlegung der eigenen, selbstbestimmte Organisation - zum Aufbau revolutionärer Gegenmacht - eigentlich bedeutet, selbst Beispiel dafür ist/sein kann; sie hat das alles gar nicht wahrgenommen. Schon als nach der Ermordung von Ulrike bei der ersten großen Demo in Frankfurt ein Brandsatz in einen Bullenwagen geflogen war und die Schweine darauf hin einen unter "Mordverdacht" festgenommen hatten, drehte sich die ganze Auseinandersetzung nur noch drum, den Typen aus dem Knast zu kriegen - der Mord an Ulrike war damit praktisch vom Tisch. Schon gar kein Bewußtsein gab es unter der Linken darüber, was das für Schweine waren: Herold und Buback, daß die wirklich drauf waren, weitere Gefangene zu liquidieren - die Linke erblickte in denen eben nicht ihren eigenen Feind. Sie konnte nicht wahrnehmen, was mit Händen zu greifen war:

daß eben genauso konkret der Krieg hier in der Metropole lief, mit der ganzen psychologischen Kriegsführung auch - und weil sie sich weigerte, diesen Begriff der Situation sich zu eigen zu machen (sondern sich innerlich darüber beschwerte, daß ihnen die RAF abgeblieben den Krieg herbeigebracht habe), war die klare Folge, daß sie entweder überhaupt keine Praxis mehr entwickelte, oder aber diese bedeutungslos blieb. Diese Distanziertheit (und eben auch: Wirkung der ganzen Hetze und Einschüchterung auf die Linke) war also die ganze Zeit über ne feste Größe in der Auseinandersetzung, mit der die Strategen der Konterrevolution fest rechnen konnten. (Und jedesmal ist damals ihre Rechnung dabei auch aufgegangen-).

Jedenfalls war als Ergebnis klar, daß nur die RAF selbst den Vernichtungskrieg des Buback stoppen konnte und ihn auch gestoppt hat - als einzig wirksamen, unmittelbaren Schutz für die Gefangenen (Denn die Aktion hat den Apparat natürlich insgesamt in Mark und Bein getroffen und sie konkret soweit in die Defensive gedrängt, daß sie zum ersten Mal dem Kampf der Gefangenen für ihre Zusammenlegung (HS vom 28.3.-30.4.'77) nachgegeben haben - es war Rebmann aus dem bad.-würt. Justizministerium, der die verbindliche Zusage gab ("Wer keine Angst vor der Vortreibung hat, zieht den Kaiser vom Pferd"), mit diesem Satz in der Abbrückerklärung beendeten die Gefangenen diesen fight). (Nur am Rand die Bemerkung, daß der Staat schon damals die Kontaktsperre praktiziert hat: vom Mittag des 7.4. bis am Morgen des 12.4. kam kein Anwalt zu den Stammheimer Gefangenen mehr rein).

Aber auch dieser große Sleg - und wir dürfen den wichtigen Aspekt nicht vergessen, daß diese Gefangenen als erste durchgesetzt hatten: Zusammenlegung von Frauen und Typen im Knast - blieb gefährdet, weil die Linke und die Öffentlichkeit - einmal in Abwartehaltung verblieb - bis eben der Staat sich bequeme, seine Zusage einzuhalten, und auch: wieweit er sie einhalten würde;

- zum anderen, weil die Linke sich mal wieder auf eine gezielte Desorientierungskampagne einließ, die unter dem Begriff "Mescalero-Nachruf" (auf Buback) bekannt geworden ist. Als nämlich der Staat in ner konzertierten Aktion diesen Nachruf kriminalisierte (nebst Hausdurchsuchungen, AStA-Räume usw.), waren alle damit beschäftigt, Artikel 5 GG und die Meinungsfreiheit (und damit sich selbst) zu verteidigen und zu rechtfertigen - und die Vorstellung war aus dem Kopf, daß es jetzt drum gegangen wäre, offensiv nicht nur das Kollektiv in Stammheim, sondern eben die Zusammenlegung für alle Gefangenen aus der RAF und dem 2. Juni durchzusetzen.

Oder ein anderes Beispiel: Anfang '77 war bekannt geworden, daß der Staatsschutz illegal einen Atomphysiker (Klaus Traube) per Wanze abgehört hatte, das Ereignis war in aller Munde (der SPIEGEL-Kommentator sah deshalb bereits die "fallende Wand der Rechtsstaats-fassade"). Daß gleichzeitig aber jedes Gespräch zwischen Gefangenen und Verteidigern in Stammheim abgehört worden war, und noch immer mitgehört wird, daß es deshalb gar kein Urteil gegen sie hätte geben dürfen, war natürlich kein Thema. Fakt ist, daß die Gefangenen aus dem KOMMANDO HOLGER MEINS noch während ihres Prozesses im Juli '77 einen Hungerstreik machten - und daß sie mangels Druck und Öffentlichkeit draußen es nicht schafften, für sich Umschluß und gemeinsamen Hofgang zu erkämpfen.

Das alles drückt aber nur sehr unvollkommen aus, unter welchen Bedingungen - immer mit den Rücken an der Wand -, die Gefangenen gekämpft haben, jede Minute am 24-Stundentag. Denn es ist ja so, daß sie - vom ersten Augenblick ihrer Gefangennahme an - Geiseln des Staates sind, es natürlich bis heute geblieben sind, so wenn jetzt am 6. Oktober wieder Zellenrazzien gelaufen sind, parallel zu Hausdurchsuchungen draußen. So war es 1976/77 in ganz extremen Umfang. Kaum war Buback tot, da wurden alle Gefangenen in Stammheim voneinander getrennt und in leere Löcher eingeschlossen. Sie waren immer die ersten, die die ganze Wucht staatlicher Vergeltungsmaßnahmen zu spüren bekamen - und ich glaube, sie wußten in jedem Augenblick, daß es ein Kampf auf Leben und Tod war -, und seit Holger wußten sie alle, daß eigentlich jede/r in diesem langdauernden Kampf würde getötet werden können. Und nur so ist zu verstehen, als auch die Gefangenen alles auf die Karte ihrer Befreiung setzten.

Um die Schärfe der Auseinandersetzung zu begreifen: Es war der Staat BRD, der sein eigenes Selbstverständnis,

also den Begriff, den er von sich selbst hat und definiert, also seine Staatsräson an diesen zwei Dutzend Gefangenen festgemacht hat - bis zu ihrer Liquidierung am 18.10 und 12.11.; und daß es keine Phrase war, keine Sprechblase, wenn Schmidt am 25. April 1975 vor dem Bundestag erklärt hat, daß die Freilassung der Gefangenen aus der RAF für den Staat eine unerträgliche Zerreißprobe bedeutet hätte (na ja und bei der Kontaktsperre war es dann ganz klar, als in diesem Putsch die Exekutive die sog. Dritte Gewalt ganz einfach liquidiert hat, am 7. September 1977).

Ich meine: Obwohl diese Situation damals so ganz offensichtlich war, es hat kaum eine Hand gegeben, die etwas an der Seite der Gefangenen gegen dieses Vernichtungsprojekt gemacht hat - trotz des unerschütterlichen Bewußtseins und Kampfbegriffs, den die Gefangenen sich in dieser Eskalation der Auseinandersetzung erkämpft hatten. Es ist wahr - und oft hab ich das damals selbst mitgekriegt: sie sind wirklich zum Äußersten gegangen, was Menschen möglich ist - das alles unter den Bedingungen der Isolation, die ja kein Zustand, sondern der permanente Angriff des Staates auf das Bewußtsein des Gefangenen ist.

So war die Ausgangslage - und darin hat jede/r sich entscheiden können, sich ebenfalls in diese Konfrontation zu stellen- und natürlich immer nur:

freiwillig

Die Hetze nach Buback hieß dann: diese Aktionen seien in den Zellen im 7. Stock geplant und aus ihnen gesteuert worden, permanente Razzien und Durchsuchungen in den Zellen und in einigen Anwaltsbüros. Als dann Ponto am 30. Juli auf der Strecke geblieben war, war der Tenor der Hetze so: die Kommandoerklärung zu Buback sei von den Gefangenen im 7. Stock formuliert worden, konkret zielte das natürlich auf Andreas und Gudrun. Das ist ja nur ein Beispiel von vielen, wie, mit welchen Mitteln der Staat den Krieg gegen die Gefangenen geführt hat.

Dennoch - kann man sagen - war das Kräfteverhältnis zwischen Gefangenen, der Linken einerseits, dem Staat andererseits bis Ponto in etwa ausgeglichen, insbesondere wegen der immensen Bedeutung, den der Kampf der Gefangenen, darin vor allem auch der Stammheimer Prozeß, international gewonnen hatte. Darin war das zugleich auch Schutz für das Leben der Gefangenen - bis hin zur Initiative/Beschwerde vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte wegen der Isolationsfolter, Ausschuß aus dem Prozeß usw.

Mir ist wichtig, das hier festzustellen, weil's natürlich die Frage stellt, wodurch dieses Kräfteverhältnis sich dann so dramatisch schnell verändert hat - und zwar nach der Einführung von Schleyer radikal verändert hat, also nach der vierten Aktion der RAF im Zeitraum von nur sechs Monaten, mit einer Verdichtung gegen das Ende hin: 30. Juli (Ponto), 25. August (Angriff aufs Gebäude der Bundesanwaltschaft) und 5. September (Schleyer). Herold, das ganze BKA waren hilflos, wußten nichts, hatten keinen Fahndungsansatz usw.:

Man kommt nicht um die Erklärung rum, daß ab dem 5. September bereits das Gesamtsystem hier in Aktion getreten ist - wenn sich's auch noch anders konstituiert hatte als z.B. am Ende des letzten HS im Januar 1975: es war so, daß Schmidt, daß der kleine Krisenstab letztendlich in Einzelabsprachen mit den Regierungen der west-europäischen Staaten unter Aufsicht/Weisung der USA freie Hand für die Endlösung der Gefangenenfrage bekommen hatte, verbunden mit den Zusicherungen, daß sie der BRD deshalb nicht politisch in den Rücken fallen würden. Und dies, obwohl die Freilassung von politischen Gefangenen aus der Roten Armee Japans durch die japanische Regierung nach der Kaperung einer Linienmaschine im September 1977 gezeigt hatte, daß es auch anders ging. Mit Ausnahme von solchen Marionetten des Imperialismus wie Pinochet in Chile und General Evren in der Türkei haben sich auch alle an diese Absprache gehalten.

Es ist auch nicht Sache hier, sich noch einmal alle die exotischen Lösungsmöglichkeiten zu vergegenwärtigen, mit denen die imperialistischen Medien (DER SPIEGEL v. 31. August 1987) jetzt zehn Jahre danach mal wieder auf dem Markt gekommen sind. Uns geht es drum, herauszufinden, worin das Versagen des Widerstands der Linken hier in der BRD bestanden hat: Wo selbst bürgerliche Advokaten in der Öffentlichkeit davon gesprochen hatten, daß die Kontaktsperre der "partielle Staatsstreich von oben" ist, dann konnte jede/r auch klar werden, daß hier der offene Faschismus herrschte, gegen den nicht nur Widerstand in jeder Form ganz allgemein die erste Bürgerpflicht war, sondern für die Linke galt ganz konkret: 1. Druck, Kampf gegen die Kontaktsperre als unmittelbares Ziel, um Schutz, Öffentlichkeit und Kontrollierbarkeit des Apparats für die Gefangenen wieder durchzusetzen (und zwar stell ich's mir so vor wie während des letzten HS) 2. Die breite politische Diskussion und Auseinandersetzung darüber, warum es richtig und so wichtig war, daß die Gefangenen endlich ausgetauscht und freigelassen würden.

Die Gefangenen und die RAF haben in ihren Erklärungen gesagt, daß dies für die Situation der BRD hier die einzige Möglichkeit gewesen war, es Schmidt und dem Krisenstab aus der Hand zu schlagen, daß sie die Lösung nur auf der polizeilich-militärischen Ebene definiert und angesiedelt haben, um die Auseinandersetzung - wie eben Politik der Guerilla überhaupt - wieder auf die politische Ebene runterzuholen - sprich daß der Preis der militärischen Lösung wegen des Drucks in der Öffentlichkeit, wegen des zu befürchtenden Loyalitätsverlustes für sie zu hoch gekommen wäre.

Das war aber nicht mal in Ansätzen der Fall, vielmehr brach das Gegenteil durch: Soweit sie überhaupt nen Begriff der Auseinandersetzung hatte, hat diese Linke sich widerstandslos dem Staat unterworfen, der Dampfwalze - und mehr noch: wichtige und beachtliche Teile von ihr haben sich als propagandistische Verlängerung des Staatsschutzes in die Bewegung hinein begriffen, sich so geäußert und verhalten. Als politische Kraft des Widerstands waren sie damit natürlich restlos geschluckt - heute findet man sie, wenn überhaupt noch, als

"Bürger" für den Staatsschutzstaat wieder - ob Mahler oder Fichter oder egal wie sie heißen.

Der Einbruch war so tief, die Lähmung so umfassend und ausgeprägt, daß die Linke nicht mehr in der Lage war, zu verhindern, daß der Staat Ingrid Schubert am 12. November 1977 in Stadelheim ermordet hat - trotz der breiten internationalen Öffentlichkeit und des Drucks, den der Mordversuch an Irmgard bewirkt hatte, und nur diesen war zu verdanken, daß sie heute noch lebt.

Die Geschichte danach ist ja bekannt, da beginnt unsere Geschichte, die Geschichte des Widerstands, der in diesen Gefangenen ein so starkes Beispiel hatte (mehr noch, die durch ihre Diskussionen und Kämpfe gegen die imperialistische Struktur, die in jeder/m von uns tief drinsteckt, den Boden bereitet haben, von dem aus wir kämpfen). Von denen wir heute noch unbedingt lernen können und lernen müssen - und aus den Fehlern, die gemeinsam gelaufen sind, weil ohne das die Durchsetzung einer organisierten Gegenmacht, ja der Weltrevolution, nicht möglich sein wird. Unsere Geschichte ist der Kampf der Gefangenen und der RAF aber auch, weil sie die Bedingungen gesetzt, die Voraussetzungen - gerade in ihren Diskussionen und Briefen im INFO-Buch - geschaffen haben, an denen hier keine revolutionäre Bewegung oder Gruppe oder Organisation vorbeikommt - und:

auf denen wir - wie auf einem Fundament - den weiteren Prozeß aufbauen können. Darum wäre es auch viel zu schwach ausgedrückt, wenn wir sagen, daß ihr Kampf nicht umsonst gewesen ist - trotz der bitteren Niederlage und dem unersetzlichen Verlust für uns alle, den ihr Tod bedeutet. In ihnen ist uns der Satz lebendig geworden, daß die Macht des Staates dort endet, wo seine Repression, sein Terror nicht mehr schreckt - jenseits von dem wir im Kampf die neue Gesellschaft aufbauen, frei von Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.

Armin Newerla

Pieter Bakker-Schut, Das INFO-Buch, Malik-Verlag, 1987
Erklärung der Gefangenen im IVK (Internationales Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener) vom 19.8.1977;
Erklärung der Gefangenen aus dem KOMMANDO HOLGER MEINS November 1977

Aussage von Irmgard Möller vor dem bad.-württ. Untersuchungsausschuß am 16. Januar 1978

Dokumentation Arndt Müller und Armin Newerla "Wer jetzt noch vom 'Selbstmord'..", darin: Beweisantrag vom 22. Januar 1980

Mal-Papier 1982 der RAF

Erklärungen im Prozeß von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar zur Offensive '77 (1984)

Erklärung von Knut Folkerts im Prozeß gegen Christian und Brigitte am 5.5.1984

Erklärung von Irmgard Möller im selben Verfahren am 28. Februar 1985

FRANCE: THE TARGET OF THE OPPRESSED PEOPLES OF THE MIDDLE EAST

- ☐ Beirut (christian phalangist section)
- ☐ October 29. 1987
- ☐ 10.10 am

☐ Three French military officers, members of a special group, appointed to guard the security of the French diplomatic establishments in the Lebanese capital are assaulted by a commando group.

☐ The operation is carefully planned till its least detail, as it is obvious from the fastness and the accuracy of its execution. The three officers are attacked while they are inside the shop of an Armenian, in the Armenian neighbourhood of Dora, very close to the Armenian, as well, region of Bourj-Hamoud.

☐ Two of the French officers (Christian Monzon and André Cruz) are immediately shot dead, while the third (Miguel Collignon) is transferred to the hospital in an extremely critical condition.

☐ The very next day of the assault, an anonymous caller claims the responsibility of the operation in the name of the Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia (ASALA).

The caller affirmed that the attack "is part of the pressures imposed on the French government so that it liberates the members of the organization who are now imprisoned in France". A source close to the phalangist party, referring to the operation stated that it was meant to defame the phalangists' country and prove to the foreigners who have found shelter in Eastern Beirut, that it is no more safe and secure for them and no better than the Western Beirut, which for the last years has been the theatre of Western interventions.

For once more France and specifically the French strategic, economic and diplomatic interests are the target. And it seems that they will keep on being so, for as long as the French imperialist government stays faithful to its oppressive policy towards the peoples of the Middle East.

heute vor 10 jahren wurden in stuttgart-stammheim die gefangenen aus der raf, andreas baader, jan-carl raspe und gudrun enselin vom brd-staat ermordet, irmgard müller wurde lebensgefährlich verletzt. drei wochen später wurde in stadelheim die gefangene aus der raf, ingrid schubert ermordet. am 17.10 stürmte ein gsg-9-kommando in somalia die lufttransmaschine und liquidierte 3 der 4 genoss/innen des palästinensischen kommandos martyr halimeh.

vorausgegangen war die offensive der raf: die erschliessung des generalbundesanwalts rebmann und des chefs der dresdner bank, ponto; der versuchte anschlag auf die bundesanwaltschaft in karlsruhe und die entführung des arbeitgeberpräsidenten und chefs der deutschen industrie, schleyer.

die raf forderte im austausch für schleyer die freilassung von 15 ihrer gefangenen aus der vernichtungshaft in ein land ihrer wahl. das palästinensische kommando martyr halimeh griff mit der entführung der lufttransmaschine in die laufende offensive ein, um den druck auf den brd-staat weiter zu verstärken und die offensive zu einem siegreichen ausgang zu bringen.

der staat reagierte auf die offensive mit der verhängung des ausnahmestands. das parlament wurde ausser kraft gesetzt, an seine stelle trat der krisenstab. der krisenstab hatte alle fäden in der hand. zusammengesetzt war er aus einzelnen wichtigen politikern aller parteien, vertretern des bka (bundes-kriminalamtes), der baw (bundesanwaltschaft) und aus der wirtschaft, die über mehrere wochen das staatliche kommando übernommen hatten.

im krisenstab wurde die kontaktsperre der gefangenen aus der raf beschlossen und danach als sogenannt schnellgesetzt durchgepowert. dadurch waren die gefangenen aus der raf wochenlang ohne jeden rechtlichen beistand und ohne irgendeine kontaktmöglichkeit untereinander und nach draussen, sozusagen unter der verfügungsgewalt des staatsschutzes. ausnahmestand, das war damals die totale kontrolle über sämtliche medien, durchgesetzt über ein staatlich verordnete nachrichtensperre;

durchsuchungen ganzer häuserblocks; massenhafte abhöraktionen von telefongesprächen...

im krisenstab fiel die entscheidung, schleyer nicht auszutauschen und dort wurden die morde an den gefangenen beschlossen, so wie der sturm der gsg-9-killer auf die lufttransmaschine in somalia.

die konfrontation zwischen raf und den brd-staat 1977, ihr verlauf und ausgang, hatte tiefgreifende auswirkungen auf die politische entwicklung in der brd selbst, aber auch international.

über die entwicklung des rev. kampfes bis 77; über die offensive 77 und die staatl. reaktion darauf, haben wir mit genoss/innen aus dem revolutionären widerstand diskutiert. wir wollten wissen, welchen einfluss der kampff der raf auf die entwicklung des revolutionären widerstands in der brd hatte...

frage: ihr habt die konfrontation zwischen der raf und dem brd staat 1977 eher unbewusst erlebt; die auswirkungen davon mitgekriegt. inzwischen seid ihr im rev. widerstand aktiv, zählt euch zu dem teil des revolutionären widerstands, der sich in seiner politischen bestimmung an der strategie der raf orientiert. hatte die konfrontation 1977 unmittelbare auswirkungen auf euren subjektiven politisierungsprozess?

antwort: zu eurer frage. ja für uns kann man das so sagen, dass die konfrontation guerilla/staat 1977 unmittelbare auswirkungen auf unseren politisierungsprozess hatte, obwohl das nicht auf alle genoss/innen trifft, die heute in der brd am aufbau der rev. front beteiligt sind. wir haben die offensive 77 nicht als kämpfende subjekte erlebt und deshalb damals auch inhalt und ziel davon nicht begriffen.

die auswirkungen der konfrontation hatten in mehrfacher weise einfluss auf unsere politisierung. die morde in stammheim und stadelheim, mogadischu - der ausnahmestand - faschismus einfach, so haben wir das damals erlebt und das hat unser verhältnis zum staat entscheidend verändert und geprägt. alles was wir bis dahin noch illusionen bezüglich irgendwelcher freiräume innerhalb der gesellschaft hatten, fiel in sich zusammen, wurde niedergewalzt. es waren ja nicht nur die konkreten bullenaktionen, wie strassensperren und kontrollen, durchsuchungen etc., es war die ganze militärische lösung gesellschaftlich durchzusetzen. sie haben damals gezeigt, wie weit sie bereit sind zu gehen, wenn sie angegriffen werden, wenn sie keine spielraum mehr haben. und das ganze lief ja unter spd-regie: "kleineres übel" oder sowas, das war auf einen schlag alles weg...was übrig blieb war der offene faschismus, der faschistische staat, der zur verteidigung der kapitalistischen produktionsbedingungen zu allem bereit war. faschismus zielt ja immer darauf, angst und hoffnungslosigkeit zu schüren, was damals bei vielen gewirkt hat. wir haben diese erfahrungen produktiv umsetzen können, indem wir nach und nach aus dem "erlebnis 77" eine politischen begriff erkämpft haben, der für das, wie wir unseren kampff bestimmen, wesentlich ist. das war die eine seite davon, wie die konfrontation unmittelbare wirkung auf uns hatte.

die andere war, dass zwar unsere illusionen zerplatzt sind, aber nicht unsere träume und sehnsüchte und das ist das entscheidende, weil das der motor für unsere politisierung war. wir haben vorhin kurz gesagt, dass die offensive der raf politisch nicht zu uns durchkam.

wir hatten von den angriffen aus der bürgerlichen presse gehört, begleitet von einer gewaltigen faschistischen hetze und bestimmt der erzwingen nachrichtensperre. das da wenig übrig bleibt, nicht authentisches drin ist, ausser die aktionen in ihrer wirkung, kann man sich gut vorstellen. wesentlich war da unsere eigene situation. es gab nichts worin wir uns mit dem kapitalistischen staat identifizierten. wir wollten "anders leben", frei sein, selbstbestimmt leben und arbeiten. gesellschaftlicher aufstieg in form von eigenheim, glänzendem auto, jährlicher run in den süden und ständiger garderobenwechsel entsprechend der neusten mode war nicht die freiheit von der wir träumten, das dasein unserer eltern, eigene erfahrungen aus der schul- und jobzeit hatten gereicht, um zu wissen, dass diese ganze konsumschelisse das "geschenk" der kapi-

talisten ist, um die wirklichen bedürfnisse darunter zu ersticken. wir waren nicht bereit, uns der gewaltsamen unterwerfung unter diese kapitalistischen lebens- und arbeitsbedingungen zu beugen. das war der subjektive boden, auf den der kampff der raf bei uns fiel: eine diffuse anziehungskraft kann man das vielleicht nennen und hoffnung, klar. weils neben dem faschismus eine alternative zu ihm gab, die die gegen ihn kämpften, das war wichtig.

frage: bleiben wir bei der offensive 77. was waren, eurer meinung nach die gründe dafür, dass der brd-staat gegenüber der forderung der offensive hart geblieben ist?

antwort: tja, ausschlaggebend für die damalige niederlage war nicht die unbezwingbarkeit des brd-staates. über sieg oder niederlage im rev. kampff entscheidet einzig und allein das konkrete kräfteverhältnis, das die rev. kräfte fähig sind zu schaffen. das wollen wir hier betonen, einfach weil das ziel der staatlichen reaktion war, in der gesellschaft die aussichtslosigkeit revolutionärer politik in den köpfen festzuklopfen. in der umkehrform heisst das, dass fehler und schwächen der rev. bewegung damals die gründe für die niederlage geliefert haben. im einzelnen auf diese schwächen und fehler einzugehen an dieser stelle, würde das ziel unserer diskussion an dieser stelle sprengen. es gibt inzwischen von der raf verschiedene texte, in denen sie auf die bestimmung und den verlauf der offensive eingehen. die staatliche reaktion auf die offensive hatte das grosse ziel, endgültig schluss zu machen mit der raf, dem politisch-militärischen kampff eine strategische niederlage zuzufügen. in diesem sinn war es zum einen eine reaktion auf den konkraten angriff der offensive, zum anderen steckte in der reaktion der angriff auf das konzept der guerilla. sie wollten, dass schluss damit ist, weil ihnen die politische bedeutung bewusst war.

sie wissen gut genug, dass die kapitalistischen herrschafts- und produktionsverhältnisse ständig neue widersprüche hervorbringen, aus denen neuer kampff entsteht, revolten ausbrechen. diese immer wieder im keim zu ersticken ist einfacher, wenn es kein kämpfende revolutionäre bewegung gibt.

richtig zu begreifen ist die staatliche reaktion nur, wenn man sich ranholt, dass es der brd-staat ist, der angegriffen wurde, mit allem was das fürs imperialistische kapital bedeutet. der staat, der nach 45 bruchlos dazu überging, die us-interessen mit durchzusetzen: deren funktion für das us-kapital den politischen prozess in westeuropa massgeblich mitbestimmt hat und der inzwischen zu einer der stärksten ökonomischen kräfte innerhalb der imper. riege gewachsen ist. dass sich in einem solchen staat eine revolutionäre kraft festsetzt, die ihre macht bedroht, sollte verhindert werden.

und die offensive selbst: auf die forderung einzugehen, d.h. die gefangenen freizulassen, hätte natürlich den durchbruch des revolutionären kampfes in der brd gebracht. kann sich jeder ranholen, was das für eine politische wirkung gehabt hätte. isolationsfolter, hochsicherheitstrakte- das war damals schon alles da und bekannt, da haben sie ja alles reingesteckt, um die gefangenen zur aufgabe ihres kampfes zu zwingen. wenn sie die forderung der offensive erfüllt hätten, wäre sichtbar für jeden gewesen, dass ihre macht grenzen hat, dass sie zu besiegen sind. und ganz materiell: 15 gefangen. der staatlichen vernichtungsmaschine entzissen, die sich mit ihrer erfahrung und kraft dem kampff draussen anschliessen. kann man sich doch gut vorstellen, dass so ein sieg unmittelbar durch seine politische wirkung mobilisierende kraft hat. die niederlage hatte ihre auswirkungen. es hat einige zeit gedauert, bis politisch wieder was offensives hochgekommen ist. die erste zeit nach der offensive 77 war die politische scene in der brd im grossen und ganzen von der scheinbaren allmacht des staates geprägt.

wichtiger ist aber, dass der staat sein strategisches ziel, nicht nur nicht erreicht hat, sondern dass die rev. bewegung heute auf der basis des begriffs der damaligen konfrontation ihren kampff bestimmt, was nen teil unserer politischen stärke ausmacht.

wir wollen ein kurzes zitāt aus dem mal-papier anfügen:

' die situation heute - dass wir durch die wirkung, die die konfrontation entwickelt hat, stärker als vorher daraus hervorgekommen sind - zeigt, dass fehler und niederlage nicht das entscheidende waren. in grundsätzlicher sicht hat die offensive unseren kampff zusammengefasst und zur entscheidung gestellt. die gesamte fase der kämpfe um die entstehung und entwicklung der raf war in der einen machfrage konzentriert: ob diese gefangenen freikommen, mit denen der staat die raf und die staatsraison verbunden hat - wie überhaupt der kampff um die durchsetzung der konzepte der metropolenguerilla: ob bewaffnete politik in der brd tatsächlich verankern und so die revolutionäre perspektive eröffnen kann, die erste grundsätzliche machfrage war, die in allen aktionen, gefechten, fahndungen, medienkampagnen in den jahren bis dahin enthalten war.'

frage: ihr habt vorhin gesagt, dass die reaktion auf die offensive auch eine strategische war und in dem zitāt steckt das auch mitdrin, dass sie verhindern wollten, dass sich das konzept der metropolenguerilla festsetzen und entwickeln kann, welche relevanz hat diese konzept für den rev. prozess in der metropol...

antwort: wir können das erstmals für uns sagen, welchen einfluss die raf auf den politischen prozess in der brd hatte, als genoss/innen vor 17 jahren angefangen haben, den politisch-militärischen kampff zu organisieren. damals war das eine ganz fundamentale veränderung der politischen realität in der brd. sie waren nach vielen jahren die ersten, die in diese politische wüste die möglichkeit und notwendigkeit der sozialen befreiung konkretisiert haben und darin die moral, politische orientierung und praxis für den unwiderruflichen prozess und die zerstörung des imperialistischen systems. nach langjähriger politischer orientierungslosigkeit gab es wieder eine revolutionäre kraft und damit eine alternative zum imperialistischen system.

das hatte von anfang an strategische bedeutung und der brd-staat hat von anfang an auch so darauf reagiert. 77 hat das ganze zusammengefasst. der massive fahndungsterror, die isolationsfolter in den knästen damals ausschliesslich gegen die genoss/innen aus der raf, liquidationsfahndung, sondergesetze...das waren ja auch alles mittel, die schon vor 77 eingesetzt wurden, die raf wieder zu zerschlagen.

man darf auch nicht vergessen, dass die raf in einer zeit entstand, als die spd das regierungskommando übernommen hatte. innen- wie aussenpolitisch musste aufgrund der ökonomischen und politischen krise eine 'neue' politik durchgesetzt werden.

innenpolitisch betraf das u.a. die integration der 68er-bewegung, dem was noch davon übrig war, und die fähigkeit zu entwickeln jeden weiteren ausbrechenden widerspruch zu kanalisieren. die ganze pol. linie der sozialdemokratie als krisenpolitik des kapitals hatte damals noch weit grössere bedeutung - national wie international, in dem widerspruch ist die schmidtregierung auch 77 gesteckt.

dass die sozialdemokratie just zu dem zeitpunkt an der staatlichen macht beteiligt wurde, als sich in der brd in den 60er jahren eine neue politische bewegung bildete, um diese im keime zu ersticken, hat mit der politischen und ökonomischen funktion zu tun, die dem brd-staat vom us-kapital nach 45 zugedacht war. wir haben das vorhin schon gesagt, dass der ganze charakter der konfrontation guerilla/staat erst dann ganz begriffen werden kann, wenn man sich jeweils die objektive seite darin herholt.

sie wollten einfach, dass nichts mehr hier hochkommt, was ihre macht wirklich bedroht. im ganzen aufbau nach 45 war das ein wesentlicher moment. dafür hatten sie die vom nazi-faschismus geschaffenen ausgangsbedingungen - die sich in mehreren wichtigen punkten von der politischen situation in anderen westeuropäischen ländern unterschied.

in deutschland wurden die ansätze eines organisierten kampfes sehr kurz nach der machtergreifung des nazi-faschismus zerschlagen. der faschismus hat massenhaft kader des proletariats ermordet, nicht im kampff, sondern längst entwaffnet und in den kz's. in allen anderen staaten, die der nazifaschismus besetzt hielt, gab es bewaffneten widerstand - resistance- die kräfte, die aus den widerstandsbewegungen hervorgingen waren zu einem politischen faktor gewachsen, der in der zeit nach der niederlage des faschismus die politik des wiederaufbaus in den ländern wesentlich mitbestimmt hatte.

in der brd waren die kommunistischen kräfte schwach; die spaltung deutschlands bewirkte dazuhin, dass ein grosser teil der kommunistischen linke - überhaupt die intellektuelle linke - in die ddr ging.

die andere seite war, dass der us-imperialismus im aufbau des brd-staates die von anfang an grösstes gewicht darauf gelegt hat, dass sich keine neue kommunistische kraft rekonstruieren kann. sicher wurde in keinem anderen staat - ausser in den usa selbst - der kalte krieg so scharf auch nach innen geführt. nicht nur propagandistisch, sondern materiell. die autonomen arbeiterorganisationen, die sich unmittelbar nach der kapitulation der nazis entwickelt hatten, wurden von den alliierten zerschlagen.

1951 wurde die kommunistische jugend verboten.

1956 die kpd. diese ganzen massnahmen wurden auf der basis einer permanenten antikommunistischen mobilisierung durchgesetzt. viele verhaftungen von kommunisten und ein massiver terror warfen die junge und noch immer schwache kommunistische bewegung erneut zurück.

parallel dazu die zeit des deutschen wirtschaftswunders und der massive versuch der klassenbefriedung durch den aufbau der gelben gewerkschaften - andere gewerkschaften gab es nicht. sozialpartnerschaft anstelle von klassenkampf ist immer schon der hauptinhalt dieser gewerkschaft gewesen. politische streiks sind in der brd seit ihrer gründung verboten. das imperialistische ziel dieser gewaltsam durchgesetzten befriedung von oben ist über jahre hinweg erstmal aufgegangan - allerdings - das wollen wir betonen - war das nur auf der basis der unmittelbaren auswirkungen des nazifaschismus und des kalten krieges möglich.

dann kamen die spontan vom ende dieser phase und aus ihnen ging dann die raf hervor.

das ist ein wesentliches moment der strategischen bedeutung der raf - es rekonstruierte sich eine neue revolutionäre kraft.

frage: wie meint ihr das, wenn ihr sagt, dass ein teil eurer heutigen stärke aus dem kommt, was inhalt der konfrontation 77 war?

antwort: einen teil haben wir vorhin genannt: dass sich der imp. staat als das gezeigt hat, was er ist und wozu er fähig ist. es ist für jede revolutionäre bewegung lebenswichtig, genau zu wissen, mit welchem gogner sie es zu tun hat. wir wissen heute, wovon wir ausgehen müssen, wenn wir unsere ziele gegen die imp. bourgeoisie durchsetzen wollen. damit wollen wir nicht sagen, dass es in der konterrevolution keine weiterentwicklung gibt und dieses grundsätzliche wissen ersetzt auch nicht die ständige anstrengung, sich über diese weiterentwicklung einen konkreten begriff zu erkämpfen.

der andere teil ist das, was die genoss/innen aus der raf in und durch ihren langjährigen kampff an konkreten begriff vermittelt haben, vom dem wir auch ausgehen können, in allem was wir anpacken.

sie haben von anfang an eine offensivposition gegen den imperialismus aufgebaut. offensivposition in dem sinn, dass sie mit aller kraft und consequens eine politik des angriffs auf die imperialistische macht entwickelt und das terrain dafür erobert haben, aus dem heraus das nur möglich ist - die illegalität. nicht nur für einen angriff, sondern als raum, in dem sich langfristig revolutionäre gegenmacht entwickelt. dieser angriff hat sich inzwischen in der rev. bewegung durchgesetzt. wir meinen das nicht als frage des mittels, also ob bewaffnet oder nicht, sondern als politischer begriff.

die raf hatte von anfang an eine internationalistische bestimmung, d.h. sie entwickelte ihren angriff aus der analyse des internationalen kräfteverhältnisses und der besonderen funktion der brd. in der konfrontation zwischen imp. bourgeoisie und internationalem proletariat. damit entwickelte sie ein fundamentales moment revolutionärer strategie. die angriffe, in denen diese strategie jeweils ihren konkreten ausdrück gefunden haben, haben den politischen bewusstseinsprozess bei uns wesentlich mitbestimmt.

frage: sagt ihr noch kurz was zur situation der linken unmittelbar nach 77?

antwort: wir haben vorhin gesagt, der ausnahmestand sollte in seiner wirkung alle treffen. 77 war neben den morden/mogadishu der massive angriff des staates auf die bewegung/

linke, als beispiel einmal kalker, wo zu der demo der ganze bullenapparat in der brd mobilisiert wurde, kontrollieren schon hunderte von km vorher, züge wurden von hubschraubern angehalten und durchsucht, kalkar selber zur festung ausgebaut, die erfahrung des polizeistaates.

dann der mescalero-aufruf, dem staät genügt es nicht mehr, sich politisch von der raf zu distanzieren, was schon in breiten teilen der linken gelaufen war, sondern schon die klammheimliche freude am tode bubacks wurde massiv verfolgt, genauso wie es am 18.10 nicht mehr um die frage ging ob es morde waren, weil das jeder wissen konnte, sondern wie man sich dazu verhält.

also der starke staät, der alles kontrollierende apparat, da gabs anscheinend nur noch die alternative zwischen der aufgabe/hoffnungslosigkeit und zu rückzugsgefechten, soll-arbeit, anti-repressionsarbeit, das bischen freiraum, das scheinbar noch da war, zu verteidigen. nicht das gewaltmonopol des staates angreifen, sondern die gewaltfrage als lähmende glocke über den widerstand zu stülpen. das war der nährboden der staatsschutzlinken, aus der z.b. die grünen und die taz rauskamen; reformismus statt revolutionäre umwälzung, der staät, die lähmung, die staatsschutzlinke, das waren die mauern nach 77 durch die wir uns durchkämpfen mussten.

frage: wie war dann die weitere entwicklung des widerstands nach 77?

antwort: praktisch geworden/artikuliert hat sich der widerstand eigentlich erst wieder 79/80, die iran-demo in frankfurt, die neue qualität des anti-akw-kampfes, die starke solidarität mit den befreiungskämpfen in der 3. welt, häuserkampf, rekrutierungen, der kampf gegen die stationierung, gegen die nato, da entwickelte sich auch wieder ne breite militanz. wir erlebten in diesen jahren eine geschichtlich beispiellose konventionelle und atomare hochrüstung, eine politische und materielle kriegsmobilisierung für einen krieg, den wir nicht wollen.

wir wurden uns bewusst über das ausmass, das die zerstörung der lebensbedingungen in allen bereichen angenommen hat durch die atomenergie; die umweltzerstörung; den einatz von hochtechnologie im produktionsprozess und für die manipulation und kontrolle der gesellschaft; die gezielte zerstörung sozialer lebensräume und ersatzweise dafür die neuzusammensetzung der gesellschaft entsprechend den interessen des kapitals und der ziele der konterrevolution (bei uns wird die stadtplanung/sanierung z.b. zusammen mit den bka (bundeskriminalamt)-spezialisten gemacht).

wir haben die direkten auswirkungen der imperialistischen politik in der 3. welt mitgekriegt. dort blockiert dieses system jede eigenständige entwicklung, produziert massenelend und treibt täglich hunderttausende von menschen in den hungertod. zur selben zeit bezahlt die eg millionen für lebensvernichtung, aus pol. gründen und weil das profitbringender ist. diejenigen, die sich im kampf dagegen organisieren und um ihre befreiung vom imperialismus kämpfen, werden in konterrevolutionären kriegern massakriert. nicaragua, el salvador, palästina usw.

wir haben nach und nach begriffen, dass das alles nicht voneinander losgelöste einzelscheitungen sind, sondern dass sie eine totalität bilden, die von den interessen der imperialistischen bourgeoisie bestimmt ist.

uns wurde bewusst, dass das kapitalsystem nur noch zerstörung hervorbringt - in jedem teil der erde, der noch vom imperialismus beherrscht wird, in jedem lebensbereich und in seiner ganzen politik.

dieser bewusstseinsprozess war der boden für die politische radikalisierung und für die neue militanz, die bei uns entstanden ist, dass das bewusstsein gewachsen ist, dass innerhalb dieses systems keine menschliche, produktive perspektive mehr möglich ist, dass wir die imperialistische ausbeutungs- und machtsverhältnisse zerschlagen müssen, um unsere bedürfnisse und ziele verwirklichen zu können.

d.h. um eine gesellschaft aufbauen zu können, in der der mensch im mittelpunkt steht und nicht der profit- und machtsanspruch einer klasse;

eine gesellschaft, die auf dem reichum an gedanken, gefühlen und der kreativität jedes einzelnen basiert, in der diese überhaupt freigesetzt werden können und nicht mehr ständig unterdrückt und verstümmelt werden. eine gesellschaft, in der die lebens- und arbeitsbedingungen an den bedürfnissen aller orientiert sind und so einen produktiven, gesellschaftlichen sinn haben. kurz gesagt: eine gesellschaft, in der sich kollektivität und selbstbestimmung verwirklichen und entfalten können. für diesen bewusstseinsprozess war auch die auseinandersetzung mit der politik der guerilla wichtig. die forderung zi (zusammenlegung), der kampf der gefangenen für kollektivität war uns auch subjektiv nah. der angriff 79 auf nato-oberbefehlshaber halg, dann 81 auf das natohauptquartier und luftwaffenbase ramstein, auf us-general kroesen war politische orientierung für uns in dieser phase, für die mobilisierung/den kampf gegen die nato und mittelstreckenraketenstationierung. das waren unsere anfänge für ne politische bestimmung, gegen welchen feind gehts, wer bestimmt hier unsere lebensbedingungen, ihn als ganzes angreifen zu wollen und ihn auch so angreifen können. parallel sind in ganz we (westeuropa) aktionen und militante initiativen gegen us-militär und nato-strukturen gelaufen, das hat, wie die gefangenen in einem prozess gesagt haben, die verschiedenen ebenen und bewaffneten gruppen in we näher zusammengebracht.

viele flingen eine politische auseinandersetzung mit gefangenen aus der raf an. und als diese im frühjahr 81 einen hs (hungerstreik) für ihre zi (zusammenlegung) machten, kam aus allen kämpfen eine starke solidarität.

ja, und die angriffe der guerilla wurden politisch aufgegriffen. bei der halg-demo 81 in berlin war eine parole 'ramstein, ramstein'. und immer öfter gabs, wenn auch nur aus einer diffusen vorstellung heraus, bei demos, an häuserwänden...die parole 'eine front mit der raf'.

frage: mai 82, da kam ja dann auch das frontpapier der raf raus...

antwort: ja, und das wurde auch quer durch alle scenes, natürlich auch kontrovers, diskutiert. für uns wars ein weiterer anstoss dafür, eine entwicklung zur antiimperialistischen front konkreter vorzustellen, anzupacken.

der praktische durchbruch zur front, d.h. einheit des kampfes lief dann in der offensive 84/85. damals haben die gefangenen aus der raf und gefangene aus dem widerstand einen hs für ihre gemeinsame zi gemacht. kräfte aus allen teilen des widerstandes haben mit ihnen zusammen gekämpft. die raf und die ad intervenierten gemeinsam in diese politische situation. in dieser offensive hatte der kampf der guerilla, des widerstandes und der gefangenen zum ersten mal eine unmittelbare, gemeinsame wirkung und kraft. es war für uns spürbar, welche stärke wir im gemeinsamen kampf entwickeln, wie wir das kräfteverhältnis zu unseren gunsten ändern können.

frage: die forderung nach zusammenlegung wurde in der offensive damals ja nicht durchgesetzt. was war denn die stärke und kraft von der ihr redet?

antwort: ob die rev. bewegung an stärke und kraft gewonnen hat, kann man nicht nur danach beurteilen, ob sie ihr konkretes materielles ziel erreicht hat. ja, wir haben damals die zusammenlegung nicht durchkämpfen können, wir waren noch zu schwach dafür und trotzdem sind wir in dieser offensive um wichtige politische erfahrungen reicher geworden. wir machen das an den wesentlichen punkten der damaligen entwicklung genauer: die politische bestimmung von einzelnen militanten angriffen und die der guerilla damals lagen schon sehr eng beieinander. der nächste schritt aufeinander zu war greifbar nah und hat sich dann ja auch in der sommeroffensive 85 in die praxis umgesetzt. damals haben raf und ad zusammen mit militanten eine gemeinsam bestimmte offensive gemacht. die entwicklung im knast, wo gefangene aus dem widerstand gemeinsam mit den gefangenen der aus der raf für ihre zusammenlegung gekämpft haben und damit der politischen durchsetzung der gemeinsamen forderung einen wichtigen schub gegeben haben.

der durchbruch in die westeuropäische front durch die gemeinsame erklärung von raf und ad und den aktionen gegen zimmermann und audran. das war ja nen strategischen durchbruch. sie begründeten diesen schritt in dem gemeinsamen text, in dem sie entwickelt haben, wie die politische und soziale realität in we ist, aus der heraus die einheit der revolutionären bewegung heute möglich ist.

für uns war das auch ein gewaltiger sprung. es gab im widerstand zwar schon länger die parole für die einheit der rev. bewegung in we, aber wir hatten noch nicht das bewusstsein, dass sie jetzt möglich ist und das es jetzt ein konkretes ziel ist, sie aufzubauen.

die weiterentwicklung der offensive im winter 84/85 zeigt, dass das, was damals mehr oder weniger spontan nebeneinander zum praktischen ausdruck kam, unmittelbar zum subjektiven ziel gemacht wurde, d.h. seit damals ist der aufbau der kämpfenden front in we konkret angepackt worden. praktisch umgesetzt hat sich das in den offensiven der kämpfenden front, die es bisher gab.

insgesamt war die offensive 84/85 für uns eine lebendige erfahrung davon, wie sich vorstellungen in eine konkrete praxis umsetzen - also das zu erleben, was bisher nur als vorstellung im kopf war.

frage: welche politische ziele hat sich die rev. bewegung gesetzt?

antwort: von den politischen zielen DER BEWEGUNG können wir nicht reden, weil es bisher noch keine gemeinsamen politischen ziele gibt. seit einer weile drehen sich die politischen diskussionen im wesentlichen um fragen, die grundsätzlicher natur sind und aus denen heraus die entwicklung einer authentischen metropolenstrategie kommen soll. diese diskussionen sind so kontrovers, wie die bewegung aus verschiedenen teilen besteht. es gibt ja nicht nur uns, also diejenigen, die sich politische an der strategie der raf orientieren. bewegung, das fasst sämtliche politische subjekte, die aus den kämpfen hervorgegangen sind, von denen wir vorher geredet haben und da wurde deutlich, dass der ursprung zum teil sehr unterschiedlich ist. unser ziel in dieser phase jetzt ist, aus den politischen diskussionen die momente rauszuarbeiten, in denen wir übereinstimmen und von da aus die nächsten praktischen schritte gemeinsam anzupacken.

um es noch etwas greifbarer zu machen; was diese politischen diskussionen sind, nennen wir ein paar stichpunkte: aktuelle imperialistische strategie der krisenlösung - wie sieht sie konkret aus; welche bedeutung hat darin westeuropa für den gesamtimperialismus und speziell nochmal die brd; was sind die erfahrungen aus den kämpfen bei uns, d.h. revolutionärer widerstand, wie kann/muss er bestimmt sein, damit er sich weiter durchsetzen kann; fragen nach dem rev. subjekt oder diskussionen an proletarischem internationalismus...das ist klar nicht alles, aber genügend, damit ihr euch darunter etwas vorstellen könnt, oder?

was uns betrifft, so können wir sagen, dass das wesentlichste politische-praktische ziel von uns ist, die einheit der kämpfe in westeuropa zu entwickeln, sie so zu entwickeln, dass sie als abschnitt im internationalen klassenkrieg zur wirkung kommen. wir stehen am anfang der etappe, in der wir dieses ziel durchkämpfen wollen, genauso wie wir überhaupt als rev. kraft die um eine konkrete politische identität kämpfen, am anfang stehen.

wir haben sehr viel über die entwicklung des rev. kampfes bei uns gesagt.

zum grossen teil gings darin um die guerilla, einfach weil sie bis zur offensive 84/85 die politische entwicklung massgeblich bestimmt hat. die politischen momente ihres kampfes, die heute für uns im aufbau eines kämpfenden widerstands fundamental sind, haben wir versucht, in unseren antworten rauszuarbeiten.

frage: welche analyse liegt dem zugrunde, dass ihr jetzt von einer möglichen einheit der kämpfe in we ausgeht?

antwort: es ist eine analyse der subjektiven und objektiven bedingungen, die uns dazu gebracht hat zu sagen, dass die einheit der kämpfe in we jetzt möglich geworden ist. der objektive teil aber ist der, dass wir davon ausgehen, dass innerhalb der imperialistischen bourgeoisie ein prozess im gang ist, in dem diese versucht, die widersprüche untereinander soweit im griff zu behalten, dass sie trotz anhaltender politisch-ökonomischer krise, nicht gegeneinander ausbrechen.

gleichzeitig und als bedingung dafür die ganze anstrengung darauf richtet, eine gemeinsame politik/strategie zu finden die dem charakter der krise gerecht wird und die gleichzeitig eine krisenlösungsstrategie für sie ist. eine strategie also die in ihren bestandteilen darauf zielt, weltweit neue verwerungsbedingungen durchzusetzen, die den aktuellen bedürfnissen des kapitals genauso gerecht werden, wie dem entwickelter klassenkampf.

wir sagen auch, dass westeuropa in diesem prozess eine zentrale bedeutung zukommt, nicht irgendeinem einzelnen staat westeuropas, sondern westeuropa als politisch-ökonomisch-militärische macht. die bedeutung westeuropas innerhalb der imp. bourgeoisie hat sich verschoben und zwar in dem mass, wie die usa, die nach 45 die stärkste imp. macht war, seither stück für stück ihrer hegemonie verloren hat. japan und westeuropa im gegensatz dazu zu einem politisch-ökonomischer faktor gewachsen sind, und heute weit mehr die imperialistische strategie/politik mitbestimmen können, auf der basis der jeweiligen ökonomischen potenz, als das früher möglich war.

dieser prozess läuft nicht unabhängig vom us-imperialismus weil dieser nach wie vor über die stärkste potenz verfügt und auch noch über genügend ökonomische macht. wir gehen davon aus, dass zwischen den imperialistischen mächten gegenüber dem hauptwiderspruch, nämlich dem internationalen befreiungskampf eine solche übereinstimmung besteht, die es möglich macht, dass alle anderen widersprüche diesem in der konkreten politik untergeordnet sind. aus der einfachen tatsache heraus, weil allein der internationale befreiungskampf in der lage ist, dem imperialismus den todesstoss zu versetzen.

wir lassen es mal stehen - in seiner allgemeinheit. nochmal zurück auf westeuropa.

der ganze prozess der vereinhüttung ist im gang, ihn durchzusetzen ist ein ziel, das aber überall auf massive probleme stösst. jeder von euch kennt dafür irgendwelche beispiele. immer wieder kann man in den zeitungsen lesen, wie die unterschiedliche entwicklung in den einzelnen westeuropäischen ländern den prozess der vereinhüttung behindern und oft ist das am schwersten für sie, wo es jeweils die ökonomische stellung eines einzelnen trifft und verschlechtert. wir sagen nur mal agrarbereich, werften, stahlindustrie...

andererseits darf man nicht übersehen, dass im moment mehrere wichtige europäische staaten ihre kriegsschiffe an den gol geschickt haben, um zusammen mit den usa die sog. westlichen interessen zu verteidigen. die brd tut an dem punkt das ihrige entsprechend ihrer momentanen politischen möglichkeiten und wenn man sich mal die aktuelle hochschul- oder bildungs politik im einzelnen vornimmt, oder die rationalisierungsprogramme...man wird kaum noch wesentliche unterschiede zwischen den einzelnen staaten in we feststellen können.

es gibt genügend gemeinsame arbeitsstäbe und gremien in westeuropäischen rahmen, die gemeinsame politik und strategie entwickeln und massstäbe setzen, die dann von den jeweiligen regierungen im nationalen rahmen umgesetzt werden.

und als letzten, aber nicht unwichtigen punkt: westeuropa ist in der internationalen politik sehr bedeutend geworden. ob die philipinnen, chile, naher osten,...überall tritt westeuropa auf den plan, um den politischen machtsverlust und die politischen einflussmöglichkeiten der usa auszugleichen und ein beispiel noch aus der aktuellen entwicklung: die achse bonn-paris war schon immer massgebend für den formierungsprozess. in we. nachdem sie seit längerem schon durch ständig tagende gemeinsame gremien ihre aussenpolitik zusammen bestimmen. so formieren sie jetzt die institutionalisierung der militärpolitik das ist jetzt noch ein ganzer batzen geworden und trotzdem sehr allgemein. alles auf einmal können wir auch nicht sagen und zu mehr als einer groben vorstellung von unserer bestimmung reicht wohl auch nicht aus.

frage: sagt doch noch etwas zu den subjektiven bedingungen aus denen raus ihr meint, dass die einheit der kämpfe möglich ist.

antwort: dieser teil ist sehr schnell beantwortet. einmal ist es die entwicklung der kämpfe in westeuropa in den 70er jahren. die rev. organisationen in we haben sich in ihrem kampf, in der bestimmung ihres kampfes aufeinanderzubewegt. als beispiel verweisen wir hier nochmals auf die vielen kämpfe, die überall in we während der offensive 84/85 liefen und die sich ja auch damals schon punktuell aufeinander bezogen haben.

dann sind die erfahrungen in diesen kämpfen teils identisch. z.b. ist inzwischen jede rev. bewegung in ihrem kampf mit der gesamten imperialistischen macht konfrontiert. in der umkehrform bedeutet das, dass einem nationalen rev. prozess die gesamtimperialistischen interessen entgegenstehen und da spielt es auch keine rolle mehr, wie wichtig oder unwichtig das einzelne land für den imperialismus ist - also ob es ein schwaches oder ein starkes glied in der kette ist. als jüngster beispiel nehmen wir den koordinierten schlag der französischen und spanischen bullen gegen den befreiungskampf.

und als letzten punkt: die massen antagonistismen, ihr ausdruck und ihr inhalt haben sich schon sehr weit angeglichen. ausserdem, der beste beleg für unsere aussage, dass die einheit in we heute möglich ist, ist für uns der gemeinsame kampf der front. also der kampf der raf, ad und militanten, wie er sich in den 2 letzten offensiven ausgedrückt hat.

frage: aber damit könnt ihr nicht sagen, dass der politische prozess in frankreich mit dem bei euch zu vergleichen ist...

antwort: nein, das haben wir damit auch nicht gesagt. wir sagen auch nicht, dass die einheit erst dann möglich ist, wenn sich die politische situation noch weiter aufeinanderzuentwickelt hat. die politische realität in den einzelnen ländern unterscheidet sich zum teil sehr stark voneinander. sei es aufgrund der objektiven bedingungen - klar ist die lebensrealität in portugal z.b. eine andere als in der brd. portugal ist ein ganz armes land, die brd wohl das reichste in westeuropa. das bestimmt das tägliche leben natürlich bis in den letzten winkel. genauso gross sind zum teil die unterschiede auf der subjektiven seite. nehmen wir doch gleich nochmal das baskenland als beispiel. dort gibt es einen sehr weit entwickelten nationalen befreiungskampf, der auch bis in die breitesten schichten des baskischen volkes verankert ist. das ist eine völlig andere realität, als bei uns. oder auch italien, die kämpfe in den

letzten 15 Jahre waren andere als bei uns und deshalb ist auch die politische Realität eine andere. wenn wir trotzdem sagen, dass sich die Einheit aus dieser unterschiedlichen Realität heraus entwickeln lässt, dann deshalb, weil wir sagen, dass es in erster Linie eine Frage an jedes einzelne rev. Subjekt ist, die Fähigkeit zur Einheit aus den jeweiligen authentischen Bedingungen heraus zu entwickeln. diesen Prozess als etwas lebendiges zu behandeln, in dem wir nur zusammen bestimmen können, wie es gehen kann und gleichzeitig jeder für sich eine Vorstellung entwickeln muss, wie das im jeweiligen Land konkret den rev. Prozess weiter voranbringt. Einheit ist der Kampf entlang einer gemeinsamen Strategie, deren Grundlage eine Übereinstimmung an wesentlichen Punkten der politisch-ökonomischen Analyse voraussetzt. wir haben dazu vorhin gesagt und in den offensiven im Sommer 85 und im Sommer 86 hat die kämpfende Front wesentliche Linien in dieser Strategie gesetzt.

frage: gut, jetzt gehen wir nochmals zu unserem Ausgangspunkt zurück - 10 Jahre nach der Offensive 77. ihr habt mit anderen zusammen in Stuttgart eine Demo gemacht. was wolltet ihr damit politisch zum Ausdruck bringen?

antwort: die Idee der Demo ging nicht von uns aus. sie kam von anderen Kräften aus dem Widerstand. für uns ist die Demo ein Ausdruck davon, wo der Prozess zur Einheit im Moment innerhalb der verschiedenen Kräfte des Widerstands angelangt ist. das wollten wir an dem Punkt in konkrete gemeinsame Praxis umsetzen. und klar unser politisches Verhältnis zum Kampf der Guerilla und der Gefangenen. die Demo hat deshalb auch die Ziel (Zusammenlegungsforderung) als gemeinsame Forderung gehabt. im Zentrum der Diskussionen vor der Demo standen nicht die Morde an den Gefangenen aus der RAF, sondern das was wir vorher zu den Diskussionen gesagt haben, die im Moment im Widerstand geführt werden. einfach weil es der Kampf ist, der uns mit der RAF und den Gefangenen aus der RAF verbindet.

ERKLÄRUNG

Am 10.10.87, parallel an den Aktionstagen in Wackersdorf und der Großdemonstration, ist die Umspannstation Schönaauer Hof von uns zerstört worden. Damit haben wir die Atomstromversorgung der RWL unterbrochen. Unsere Aktion ist ein Beitrag zur Sabotagekampagne gegen die WAA. Die letzten Anschläge auf die WAA-Infrastruktur, wie auch die Strommastaktionen zeigen uns, wie wichtig es ist, diese Aktionsform als ein Standbein des Teilbereichskampfes Anti-AKW-Bewegung, effektiver zu machen und politisch weiter zu entwickeln. Angriffe auf die Infrastruktur der AKW-Betreiber und der Firmen die daran verdienen, wie z.B. Hoch-Tief oder der Elektrokonzern RWE, zeigen nicht nur den hohen Grad der Kapitalverflechtung auf, sondern auch ihre Angreifbarkeit. Auch wenn schon viel über die Rolle des Elektromultis RWE als Vorreiter zur Verwirklichung des Atom-Energie-Programms in verschiedenen Publikationen geschrieben worden ist, wollen wir doch auf einige Fakten hinweisen, die uns wichtig erscheinen. Der Konzern war maßgeblich an der Inbetriebnahme des 1958 fertiggestellten Atomversuchskraftwerk Kahl und darüber hinaus am ersten großen AKW in Grundremmingen (1966) beteiligt. Insbesondere die Wegrationalisierung von menschlicher Arbeitskraft und ihre Ersetzung durch fixes Kapital war und ist schon immer die Devise dieses Konzerns. Mit dem zur damaligen Zeit spektakulären "Schlucken" der "Gelsenkirchener Bergwerke AG" mit ihrem Ruhrgas-Anteil Anfang 1969 sicherte sie sich eine breitgefächerte Energiebasis und stieg in sämtliche miteinander gekoppelte Energie-Wirtschaftszweige wie Kohle, Öl, Chemie, Gas und Strom, sowie deren Handel, ein. Gleichzeitig forcierte die RWE die Atom-Energie und errichtete im Mai 1969 in Biblis das größte europäische AKW. Und nicht nur dort hat die RWE ihre Hand im Spiel. Seit der Beteiligung von diesem Konzern an dem Projekt Schneller Brüter Super Phénix in Malville (Frankreich), der das Rohmaterial für die Atombomben, das Plutonium liefert, ist offensichtlich wohin der ökonomisch völlig unsinnige Kurs der BRD-Regierung und Atomindustrie in Bezug auf die Urananreicherungsanlage in Gronau und die WAA in Wackersdorf steuert: auf die Produktion von Atombomben im Rahmen der westeuropäischen NATO-Atomstrategien. 1995 läuft der Atomwaffenpaktvertrag aus, bis dahin soll die WAA endgültig in Betrieb gehen. "Elektrizität ist Macht", sagte RWE Aufsichtsratsvorsitzender Abs. Und das Stromleitungsnetz ist das Symbol der multinationalen Konzerne. Die Atomkraftwerke, Urananreicherungsanlagen, Endlagerstätten und nicht zuletzt die WAA bringen die Expansion dieser Stromleitungen, somit neuer Verteilungsstrukturen, Infrastrukturen. Die Elektrizitätskonzerne, als Schrittmacher der kapitalistischen Entwicklung, als Knotenpunkt eines gigantischen Kapitalverwertungsprozesses, schaffen die kapitalmäßigen und technologischen Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung der ökonomischen Ausbeutung in den Entwicklungsländern (Uranabbau in Namibia, Atomtechnologietransfer nach Brasilien, Argentinien - Verschuldung, Abhängigkeit), und darüber hinaus Bedingungen für die immer offener werdende Nuklearstrategie des imperialistischen Gesamtsystems.

Unser Kampf richtet sich also nicht nur gegen die Atomtechnologie, sondern auch gegen die Formierung Westeuropas im ökonomischen, militärischen (SDI-Forschung) und sicherheitspolitischen (Konsolidierung des "Modell Deutschlands" in anderen Ländern) Bereich. Aus eigener Betroffenheit heraus, weil sie es wieder geschafft haben, über eine Lügenkonstruktion eine Genossin einzufahren, versuchen wir, weil wir ein solidarisches Verhältnis zu Andrea und allen anderen Gefangenen haben, unsere Klarheit/Unklarheit trotzdem zu Papier zu bringen. Über die politische Einschätzung, (welchen Prozess die Bullen gerade stoppen, bzw. zerschlagen wollen) können und wollen wir noch nichts sagen, dazu wird später noch was folgen.

Deswegen ist dieser Beitrag eine nur unvollständige Wiederspiegelung unseres Diskussionsprozesses an den Themen Knast, Isolation und Gefangene.

Knast und Isolationshaft sind immer Mittel der Herrschenden um die Identität und die Subjektivität der Gefangenen zu zerstören.

Es ist, außer der gezielten Ermordung, wie z.B. an den Genossinnen und Genossen in Stammheim am 18.10.77, und der Folter durch Zwangsernährung, ihr letztes Mittel, um eigenes Bewusstsein, der Gedanke daran, wofür Frau/Man kämpft, zu brechen. Sie zu willenslosen "resozialisierten" Opfern zu machen, die alles negieren, wofür sie früher gekämpft haben, und danach (wenn sie wieder rauskommen) zu einem Rädchen im Prozess der Verwertung im imperialistischen Gesamtgetriebe zu werden, ohne Sand zu sein im Getriebe der Macht.

Unser Verhältnis zu Gefangenen bestimmt sich nicht nur durch eigene Identität und Solidarität, sondern auch durch eigene Praxis. Konkret heißt das: Wir haben diese Aktion nicht nur wegen der Aktionstage und zur Unterstützung des Widerstandes gegen die WAA gemacht, sondern auch aus der Bestimmung unseres Teilbereichskampfes heraus, aus Protest gegen die Verhaftung von Andrea, der Isolationshaft gegen sie und den drei anderen Frauen aus RAF und Widerstand.

Eine wirklich revolutionäre Bewegung kann Frau/Man daran messen, wie sie sich zu ihren Gefangenen verhält. Wir müssen die politischen Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, die Zusammenlegungsforderungen der Gefangenen durchzusetzen. Wir wissen, daß wir nur ein kleiner Teil dieser Bedingungen sind.

- Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in große Gruppen!
- Zusammenlegung aller Gefangenen, die das für sich fordern!
- Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle!
- Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information!
- Unterstützung von Kämpfen der Gefangenen gegen Folter und unmenschliche Behandlung!
- Gegen Zwangsarbeit und Psychiatrisierung in den Knästen!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen!
- Liebe und Kraft für Andrea im Knast von Preungesheim!

10.10.87 Revolutionäre Zellen

ERKLÄRUNG

Wir haben heute eine Aktion gegen die US-Armee bei Göppingen durchgeführt.

Unsere Aktion versteht sich als direkte Unterstützung des palästinensischen Volkes.

Im Laufe des nun seit Anfang Dezember anhaltenden Volksaufstandes in dem von Israel besetzten Palästina wurden mindestens 60 Palästinenser/innen erschossen, unzählige verletzt, 2000 interniert.

Mit entfesseltem Staatsterror geht Israel bei der Bekämpfung des palästinensischen Widerstands vor.

Hubschrauber versprühen Tränengas über dichtbesiedelte Flüchtlingslager, Panzer und Militärfahrzeuge fahren in Demonstrationen hinein, mit Gummigeschossen und scharfer Munition schießen sie gezielt auf Kinder und Jugendliche, schlagen Gefangene bewußtlos, binden sie auf die Kühlerhauben ihrer Jeeps, um sich so vor Steinwürfen zu schützen, stürmen Krankenhäuser, um Verletzte zu verhaften.

Die zionistischen Behörden betreiben seit Jahrzehnten eine faschistische Politik gegen das palästinensische Volk, verstossen tagtäglich gegen die elementarsten Menschenrechte.

Die Beschlagnahme von Land ist ein Mittel der zionistischen Politik, die de facto die Westbank und den Gaza-Streifen annektiert und die Palästinenser vertriebt.

Teil des Gesamtplans der Besatzungsbehörden ist es, die palästinensische Landwirtschaft zu zerstören und die Umwelt und die gewachsene Gesellschaftsstruktur zu verändern.

So werden neben Häusern auch ganze Wälder und immer wieder Anpflanzungen von Mandel- und Olivenbäumen geplant.

Das Siedlungsprogramm wird intensiviert, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Möglich ist diese faschistische Politik durch Rückendeckung durch die USA und die NATO.

Ohne US-Hilfe wäre der Staat Israel schon längst bankrott und militärisch zu schwach, seine expansiven und völkerunterdrückerischen Maßnahmen durchzuführen.

Zusammen mit der NATO will der US-Imperialismus seinen Brückenkopf Israel, der am Öl mitten im arabischen Raum liegt, weiter stärken, um sich Öl und Rohstoffe zu sichern.

Die Durchsetzung der imperialistischen Pläne der westlichen Industriestaaten in der arabischen Region setzt die Vernichtung von Befreiungsbewegungen voraus.

Hier existiert eine Interessengleichheit mit dem israelischen Staat. US-Gelder werden u.a. für Investitionen in den Westbank verwandt, um dort mit ökonomischen Mitteln die Region zu befrieden.

Solche und andere wirtschaftliche Aderlässe können sich die USA u.a. durch den künstlichen Dollarsturz leisten, der ihre Profite erhöht. Gleichzeitig greift der Imperialismus zu militärischen Mitteln. Daß die direkte militärische Aggression durch die NATO als Herrschaftsmittel aktualisiert wird, zeigt der Angriff auf Libyen im April 1986.

Das Mittelmeer und auch der persische Golf befinden sich fest in NATO- Händen.

Die Nr. 2 der NATO, die BRD, bringt dabei immer stärker

ihre eigenen spezifischen imperialistischen Interessen ins Spiel. 1/4 ihrer Zerstörer- und Fregattenflottil stach jüngst unter großen Presse- und Fernsehrammel auf Feindfahrt Richtung Mittelmeer in See.

Kanonbootpolitik wie bei Kaiser Wilhelm, als z.B. 1911 deutsche Kriegsschiffe den marrokanischen Hafen Agadir bedrohten. Ferner unterstützt der BRD-Imperialismus durch seine Abschiebepolitik gerade auch bei palästinensischen Flüchtlingen die Versuche, den palästinensischen Widerstand zu zerschlagen.

Eine Genossin aus einem Flüchtlingslager in Syrien in einem Brief:

"...was Euch angeht, denke ich, daß das wichtigste, was ihr für uns tun könnt, neben der propagandistischen Arbeit, der Kampf gegen die NATO-Bedrohung und damit gegen die NATO schlechthin ist."

Für den proletarischen Internationalismus!

Für den sozialen, ökonomischen, politischen und militärischen Kampf gegen den Imperialismus!

Solidarität mit den 2000 politischen Gefangenen in Kurdistan, die sich im Hungerstreik befinden!

Spezielle kämpferische Grüße an die Gefangenen von Action Directe!

22.2.88
Revolutionäre Zellen

ANMERKUNG ZU DEN EREIGNISSEN IN FRANKFURT:

In Zusammenhang mit den Schüssen an der Startbahn versucht der Staat, den autonomen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet aufzurollen.

Die Möglichkeit, daß die Schüsse selbst eine Staatsschutzaktion waren, war von Anfang an die wahrscheinlichste Erklärung. Die gesamte revolutionäre Linke muß sich gegen die Konstrukte wie "Terrorgruppe Eichler" offensiv zur Wehr setzen.

Wir fordern Solidarität mit Andreas und allen anderen Einsitzenden.

Schon oft hat der Staat Handlanger geopfert, um für sich eine bessere Ausgangslage zu schaffen.

Die Freilassung aller im Zuge der Staatsschutzaktionen im Rhein-Main-Gebiet Verhafteten und die Freilassung von Ingrid und Ulla muß offensiv gefordert werden. Die Stärke einer Bewegung zeigt sich immer an ihrem Verhältnis zu ihren Gefangenen, das ist keine Phrase.

PRESSESPIEGEL

BRANDSÄTZE AN AMERIKANISCHEN LASTWAGEN EXPLODIERT

An vier Lastwagen der amerikanischen Armee sind am Montag in Göppingen vier Brandsätze explodiert. Dies teilte die Polizei mit. Nach ihren Angaben waren die Fahrzeuge auf dem Kasernengelände der "Cook Barracks" abgestellt worden. Einzelheiten über eventuelle Verletzte und Schäden lagen zunächst nicht vor. Das Landeskriminalamt wurde hinzugezogen.

(TAZ, 22.2.88)

